kostet 2.50
januar 97

Klarofix

Dein Fahrplan für die U-Bahn

Jetzt billiger!!!
Kostet nur noch 1,56
Kurzstreckentarife!!!

Olympisch fair im Nahverkehr

DRUCK

Editorial

Jetzt wird´s ernst, das Editorial schiebe ich immer bis zum Schluß vor mir her. Ist ein undankbarer Job, jedesmal krieg ich von irgendeiner Seite Prügel dafür. Na egal.

Diesmal ist ein ellenlanger Wurzen-Teil im Heft, ihr findet ihn ab Seite 6. Da ist das Nachbereitungspapier der Vor-(oder besser Nach-)bereitungsgruppe etwas zusammengestrichen abgedruckt, zwei drei Sachen von außerhalb, und eine kurze Einschätzung der Verhältnisse in und um Wurzen nach der Demo. Jetzt, wo´s eigentlich losgehen sollte, findet kaum noch jemand den Weg zum Bündnis gegen Rechts, die meisten Leute betrachten das Thema wahrscheinlich nach der Demo als gegessen. Das ist aber nicht schön von euch (und mir). Außerdem ausführlichst behandelt werden die Vorgänge um den Lübecker Brandanschlag, bei dem 10 Menschen starben. Zur Zeit sitzt Safwan Eid, selbst Bewohner des abgebrannten Hauses, vor Gericht und muß dort ein übles Schauspiel über sich ergehen lassen, während die tatsächlichen Brandstifter sich unbehelligt ihrer Freiheit erfreuen können. Journalist/inn/en spielen in diesem Fall eine besonders unrühmliche Rolle, denn sie in ihren konstruieren Zusammenhänge, wo keine sind, bestimmen das öffentliche Bild vom „Ausländer als Brandstifter seines Hauses". Und wenn ihnen mal ein Detail nicht in den Kram paßt, so erfährt auch niemand was davon. Aber lest selbst ab Seite 27.

Die Diskussion, die vor drei Ausgaben mit einem Artikel um das Ende des Sozialstaates eingeleitet wurde, setzt sich auch in diesem Heft fort. t.v. reagiert auf die letzten beiden Artikel. Das ist diesmal ziemlich theoretisch gehalten und wer seine vollständige Marx-Ausgabe nicht zur Hand hat, hat´s natürlich schwer. (Ganz so wild ist es nicht.) Dennoch ist der Text typisch für die Tendenz, aus fehlender Praxis (Hausbesetzung? Out! Stadtteil-Inis? Wo? Sonstige Aktivitäten? Wofür?) etwas mehr Theorie zu zaubern. Dieses Philosophieren über Ursachen, Art und Lösung der aktuellen Krise hat natürlich nur Sinn, wenn daraus mehr entsteht, wenn Leute aus den Theorien Praxis machen, an den Bruchstellen des Systems politisch ansetzen. Flucht in die Privatsphäre oder ins schützende Alibi einer Zeitung (a la „ich mache doch beim Heft XY mit") verhindern nötige Veränderungen. Zeitungsseiten sind wichtig, aber sie ersetzen nicht die persönliche Auseinandersetzung. Das Erkennen gesellschaftlicher Zusammenhänge (bzw. das Streiten darüber) sind natürlich Voraussetzung für einen politischen Ansatz für Veränderung (deshalb sollt ihr den Text ruhig mal lesen), aber die Veränderung geschieht woanders als auf dem Papier.

Im letzten Monat hatten wir Veranstaltungs-Termine der KAHINA abgedruckt, die schon zwei Tage nach Druck wieder gecancelt

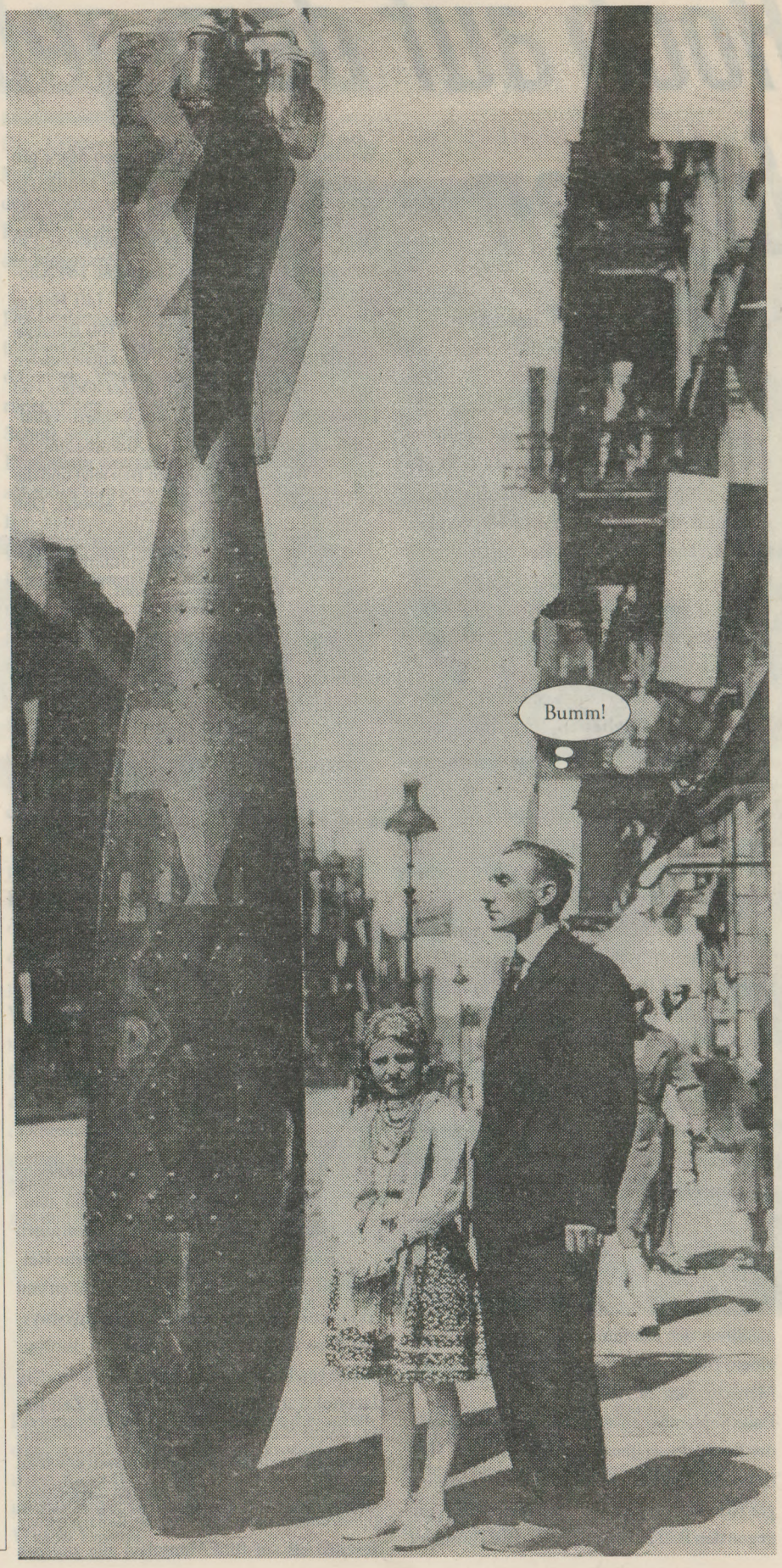
Inhalt

4 Hüttendorf und Autowahn
6 hinterher: zur Demo in Wurzen
16 News
18 Chronik deutscher AusländerInnenpolitik
27 Lübecker Brandanschlag
Freiheit für Safwan Eid!
34 Rechter Rückspiegel
36 Kapitalismus, Krise - wie weiter?
44 Kahina-Veranstaltungshinweise
46 in Vorbereitung: Ostermarsch
48 Ein Dorf wird verkauft
51 Der Ball ist rund
55 Überlegungen zum Thema Trash
58 Phantasie und Praxis: Rainer Dinser
60 Animal Man:
Er rettet Tiere aus fun!
61 Buchbesprechung:
Die Tochter des Vulkan
62 Filmriß
64 Star Trek VIII: First Contact
66 Rundumschlag
70 Important Shit
71 Horror-Kreuzworträtsel

Herausgeberin:
DRUCK c/o Infobüro,
Peterssteinweg 13,
Leipzig 04107,
E-Mail: Druck@Link-L.d.sub.de

wurden. Die diesmalig veröffentlichten (Seite 44/45) sollen aber nun verbindlich sein. Zwecks absoluter Sicherheit ruft vorher trotzdem lieber noch mal bei den Kahinas an, man weiß ja nie.
Naja, nach hinten raus gibt´s außer den üblichen Standards, wie Filmriß, Ball ist rund, Buchbesprechung, diesmal einige Gedanken über Trash-Literatur. Wir hatten ja in unseren letzten Ausgaben schon angedeutet, daß wir mit unserer Veröffentlichung der Geschichten „Das Susannilein-Syndrom" und „Blutbad auf Niglam" nicht ganz glücklich waren. Eine Diskussion unter uns und daran anschließend ein Gespräch mit Izy Kusche sind die bisherigen Resultate unsererseits. Ab Seite 57 (oder so) findet ihr also etwas zur Sache - nicht ausführlich, nicht umfassend - wir arbeiten noch am Thema. Vielleicht demnächst mehr.

bis dahin
euer foxi



Klarofix bietet Gruppen, Personen und Organisationen ein monatliches Podium, um Informationen, Standpunkte und Diskussionsbeiträge zum politischen Geschehen in Stadt und Region über Themen jenseits der "Aufbau-Ost" Jubelberichterstattung und jenseits der Kommerz- und Yuppiekultur einer breiten Öffentlichkeit anzubieten. Es öffnet sich vor allem Themen, die von anderen regionalen Medien ausgespart, verschwiegen oder verfälscht dargestellt werden, weil sie entweder nicht ins herrschende Meinungsbild passen, weil sie nicht den entsprechenden verkaufsfördernden Sensationscharakter besitzen, oder weil sie unbequeme Widersprüche und Problemfelder im gesellschaftlichen Alltag aufzeigen.
Klarofix begreift sich nicht als Zentralorgan einer konkreten politischen Gruppierung oder Organisation und wird von allen Helfer/innen und Mitarbeiter/innen unentgeltlich hergestellt. Der veranschlagte Preis stellt ausschließlich den Materialpreis zur Herstellung eines Heftes dar, alle inhaltlichen Zuarbeiten, die Herstellung, der Vertrieb, sowie die technischen Hilfsmittel werden unentgeltlich zur Verfügung gestellt.
Alle im Heft erschienen Beiträge stellen, wenn nicht anders gekennzeichnet, die Meinung des/r Autors/in/innen dar.
Wir bedanken uns bei allen Autor/innen, Helfer/innen und Freund/innen, die durch ihre Mithilfe das Erscheinen der vorliegenden Ausgabe ermöglicht haben und hoffen, daß Klarofix seinen Leser/innen Spaß macht und Ansatze aufzeigt, um die Entwicklungen, die uns wichtig sind, selbst mitzubestimmen.
DRUCK, Leipzig

Hoch auf dem gelben Wagen

„Deutschland verrecke - aber nicht so ! Seit nunmehr sieben Wochen macht ein Großaufgebot der Polizei aus dem Raum Erfurt/Gotha/Arnstadt/Ilmenau den lieblichen Wald „Bettelmannsholz“ zwischen Görbitzhausen und Branchewinda (kurz vor Beginn des Thüringer Waldes) unsicher und stört jäh die friedliche Waldes- und BesetzerInnenruh, um auch diesen entlegenen Winkel wieder mit der zum Leben notwendigen Sicherheit und Ordnung zu Beglücken. Anlaß dieser Notstansmaßnahme war nicht etwa, wie zunäxt von den dort ansässigen naiv-kindlichen, arbeitsscheuen BaumbesetzerInnen, in ihrem Profil-neurotischen, bolschewistisch-indoktrinierten Wahn angenommen, ein exemplarischer betonierungswütiger Generalangriff des deutsch-europäischen Großkapitals auf jegliches Leben in der Region bzw. die Vorbereitung des mörderischen Kettensägenmassakers. Nein, vielmehr ging es um eine routinierte gewöhnliche Polizeimaßnahme anläßlich der Verstöße gegen Bauordnungs-, Eigentums-, Wald- und Naturschutzgesetze und der Verletzung existenzieller ethischer und moralischer Grundwerte durch diesen bunten zusammengewürfelten stinkigen Haufen von ca. 20 ungewaschenen orientierungslosen Jugendlichen (zwischen 17 und 23 Jahren) aus dem gesamten Bundesgebiet.“

Was so beginnt, ist ein vierseitiges Flugblatt anläßlich der Räumung des letzten noch auf einem Baum in der Winterkälte ausharrenden Menschen am 29.11.96.

Ende September entstand in diesem Wald - auf der Route des ersten Bauabschnittes der Thüringer Waldautobahn A 71/73 plus zugehöriger ICE-Strecke liegend - ein Hüttendorf, um gegen den Bau zu organisieren. Die Thüringer Waldautobahn ist mit 24 Millionen Mark pro Kilometer, und insgesamt über 6 Milliarden Mark, die mit Abstand teuerste Straße, die je in Deutschland gebaut wurde, eine teilweise 130 Meter breite und allein in Thüringen 164 Kilometer lange Todeszone, für die 1140 Hektar Land und Wald zubetoniert und 160 Brücken und Tunnel errichtet werden. Die entstehenden Schäden für die Natur durch die Zerstörung von Lebensräumen und -strukturen werden verbalpolitisch gegen eine ominöse Ankurbelung regionaler Wirtschaft durch den Bau jetzt und die Autobahnanbindung in Zukunft gesetzt. Daß die vielfach versprochenen Arbeitsplätze und Aufträge bis jetzt an „Importunternehmen“ gehen, sei nur am Rande erwähnt.

Was geschah:

Das Hüttendorf wurde Ende September nach zwei Tagen eifrigen Plattformbauens und Walkway(Seilbrücken)-spannens von 60 Bütteln und einem vermummten Anti-Terror-SEK (aus Erfurt) fachmännisch und selbstsicher von Baum und Boden geräumt. Die Ausrüstung wurde beschlagnahmt und alle ArrestantInnen in die nächste Kaserne verfrachtet, wo sie faschistische Sprüche, Macker-Posen, sieben Stunden Knast und ED-Mißhandlung über sich ergehen lassen mußten. Tags darauf gab es in Arnstadt eine Spontandemo gegen die Räumung und etwas später noch eine bunte und laute Demo gegen ICE und die Autobahn mit über dreihundert Leuten in Erfurt. Eine geplante Baustellenblockade von zwanzig Menschen scheiterte daran, daß die Bauarbeiter einfach blau machten.

Nach den Vorbereitungen für eine Neubesetzung pirschten sich am 8.10. um vier Uhr morgens zehn Menschen über den schlammigen aufgeweichten Waldboden und durch die Reihen der Büttel, die diesen bewachen sollten und erklommen einige Bäume. Netze-, Walkways- und Transpispannen (was angesichts des sintflutartigen Regens bis in den späten Vormittag dauerte) war gerade noch zur linken Zeit fertig, damit die, einer heißen Story entgegensabbernde, anrückende Mediengewalt etwas zu fotografieren hatte. Leider führten die großzügigen himmlischen Ergüße dazu, daß nach zwei Stunden bis auf fünf Menschen alle anderen durchnäßt und entkräftet die Bäume verließen und sich zum Bodentrupp formierten, um die oben gebliebenen zu versorgen.

Was folgt, waren vier Wochen Besetzung zweier wunderschöner alter Buchen mit Netzen, Planen und irre viel Krimskrams. Und angesichts der vielen verschiedenen aufgeschlossenen BesucherInnen am Boden und auf den Bäumen und der oft nervenden und billig rumposenden, doch meist belustigenden Exekutivpräsenz - die rund um die Uhr aufpassten, daß weder den Bäumen noch ihren BewohnerInnen etwas geschah - hätten sich die Bäumler manchmal eher etwas Ruhe gewünscht.

Doch statt dessen rückten nach einer Woche wieder die Cops, SEK und ein Trupp Holzfäller an, um ihren mörderischen Auftrag, die Hinrichtung von unzähligen Bäumen und Tieren, zu vollziehen. Geräumt wurde in diesem Augenblick noch nicht, jedoch wurden einige Bäume von Seilverbindungen „befreit“ und der Boden beräumt, damit die Roboter ungestört killen konnten. Ohnmächtig, entsetzt und wütend mußten die BäumlerInnen dieser Zerstörung aus zwanzig Meter Höhe tatenlos zusehen. Am Abend jenes Tages war eine dreißig Meter breite Schneiße in den Wald geschlagen. Nach all dem Baggern, Raupen, Walzen und Häckseln blieb eine, als Baustraße genutzte, leblose Wüste. Daraufhin ketteten sich zwei Menschen an einen Bagger und legten somit den gesamten Baubetrieb lahm, doch auch sie verschwanden, als eine halbe Bereitschaftshundertschaft und ein SEK über sie herfiel.

Unverzagt wurde das Vernetzen und Baumhüttenbauen forciert, bis der DEGES (Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH) der kalte Angstschweiß die fetten Nackenfalten hinunterlief. Um den Widerstand völlig zu zerschlagen, wurde also eine erneute, endgültige Räumung angeordnet. Das SEK stürzte sich wieder auf die Bäume, auf denen sich zum Zeitpunkt leider nur fünf Menschen befanden (der Bodentrupp hatte angesichts der Schergen das Weite gesucht). In den Wipfeln hatten sich einige mit Bügelschlössern um den Hals befestigt und bewarfen die Staatsmacht mit faulen Joghurts, Kompost, abgestandener Pisse und allerlei Ekelkrams, was die Kampfstimmung wieder euphorisch werden ließ. Zudem hatten sich zwei Leute mit ihren Armen durch ein Metallrohr um einen Baum aneinandergekettet, woraufhin die „Befreier“ nur noch verzweifelt

an den Armen herumreißen konnten und Decken, Klamotten und Proviant herunterwarfen. Bedauerlicherweise mußten die beiden in der Nacht deswegen dann aber doch entkräftet und frierend den Baum verlassen, waren sie doch jeder Durchhaltemöglichkeit beraubt. Zwei andere, auf einem entfernteren Baum, wurden einfach ausgehungert. Zurück blieb ein einziger Mensch im entlegensten dreißig Meter hohen Winkel, da er dort ein erhebliches Räumungsrisiko darstellte und außerdem die schon ziemlich verschmierten SEK-Schergen mit den gesammelten Exkrementen einer Woche versorgte. Nach drei Tagen gelang es, ihn abzulösen, denn obwohl die halbe Hundertschaft zur Bewachung des Baumes strammstand, waren sie nicht in der Lage, den Besuch eines zweiten Kletterers zu verhindern.

Als nach einer weiteren Woche wieder Menschen den Baum einfach rauf und runter gingen und wieder mehrere Netze hingen, waren die ohnehin entnervten Betonköppe völlig sauer und schickten nocheinmal das SEK, das alles absperrte und so ungehindert alles Lebensnotwendige von dem Baum runterwarf, was die verbliebene Person zur vorläufigen Aufgabe zwang.

Die DEGES steht mit der vorläufigen Beseitigung des Protestcamps, der Beschlagnahmung der Kompletten Ausrüstung (gespendetes Bauholz für fünf Hüttendörfer, Unmengen Werkzeug, Kletterkram etc.) und drohender, einschüchternder Kriminalisierung zunächst auf der Siegerseite. Die Bautrasse ist erstmal fertig und weitere Bauarbeiten und Transporte gehen zügig voran.

Soviel sollte klar sein: Verkehrspolitik ist Wirtschaftspolitik und somit Staatspolitik. Und die wird auf dem Rücken der Menschen, Tiere und überhaupt der gesamten Natur in dieser Region und überall ausgetragen.

Zum einen ist das Ganze ein riesiges Geschäft, daß sich die Bonzen natürlich nicht nehmen lassen wollen. Straßen sind ungemein ökonomisch, optimieren sie doch Transportwege von und zu den Märkten und dienen der operativen Kapitalverwertung. Die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit, die demagogisch als verkehrsstrukturelle Erschließung des Territoriums der Ex-DDR popagiert werden, dienen der profitorientierten Expansion gen Osten. Zum anderen wird dem Fetisch Auto allerorten kriecherisch gehuldigt. Er ist auf Grund seines enormen Absatzpotentials und seiner Prestigefähigkeit - als Teil einer herrschaftsstützenden Konsumstruktur - zur unerläßlichen Machtfrage geworden.

Die „Lebensadern der Nation" verdeutlichen klar die Mobilitätsphilosophie der herrschenden Gesellschaft. Zudem sind sie eine schöne Parabel für die ökonomische Mechanisierung des Menschen.

Der Widerstand ist nicht explizit auf die Verhinderung der Verkehrsprojekte, bzw. eine indifferente „Verkehrswende Jetzt!"-Haltung zurückzuführen. Er dient auch nicht nur dem Schutz der Natur. Sondern er reiht sich ein in Kämpfe für eine radikale Veränderung der herrschenden Verhältnisse, mit dem Ziel einer wirklich herrschaftsfreien Welt, in der Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung, sowie Solidarität untereinander und zu allen Lebewesen mehr zählen als die Verwertungsinteressen und terroristischen Konsum- und Machtansprüche irgendeiner dekadenten Gesellschaftsgruppe.

In den völlig unverhältnismäßigen Reaktionen (hier ist doch eigentlich jede Reaktion von der Seite unverhältnismäßig, oder?) des Staates auf die kleinen Aktionen der BesetzerInnen zeigen sich seine Angst und Schwäche gegenüber phantasievollen Protestformen und der Möglichkeit einer zunehmenden Solidarisierung durch die örtliche Bevölkerung. Womöglich ist die Reaktion ein Präventivschlag gegen eine potentielle „Massenprotestbewegung". Wackersdorf ick hör dir tapsen oder so. Das Unmengen eigenen Wunschdenkens hierbei im Spiele sind, ist die andere Seite der bedauerlichen Wahrheit. Zwar waren die Reaktionen und die Presse fast ausnahmslos gut, doch der Widerhall, sprich die Beteiligung war eher schlaff. Zu zwanzigst läßt sich eben schlecht eine Welt aus den Angeln heben.

schraat

Liebesgrüße an die drei anderen kämpfenden, wunderhübschen Hüttendörfer, an der A 33, in Dissen und Ostbarthausen und an der A 20, in Breechen bei Greifswald. Wut & Power!

Geld könnt ihr hier loswerden:
Raiffeisenbank Arnstadt, Kto.Nr.: 5732263 - BLZ 82064128
Kontakt und nähere Infos zur Geschichte:
c/o Gruber, Mozartstrasse 5, 99310 Arnstadt - 0171/8234846 oder 03628/47791

Von Stasi-Keksen und gewalttätigen Verkehrsverbindungen

Wurzen - Aufwertung, die zweite

Bürgermeister Pausch, 1995: "Bei uns gibt es keine Rechten", "Ich bin der Auffassung, daß zum Großteil die Probleme von außerhalb in die Stadt getragen werden. (...) Für mich stellt sich die Frage, wer die Fäden zieht, wer bundesweit zu Demo und Terror in Wurzen aufruft und in einer verblendeten Art und Weise den Schaden (...) nicht bedenkt." (In einem Interview mit der Muldentalzeitung am 14.7.1995) "Wurzen ist in Hamburg an der Reeperbahn angeschlagen und in Szenezeitungen dargestellt als Treffpunkt, und detailliert mit Anmarschwegen bis hin zu S-Bahn-Anschlüssen, auch in Dresden, Kreuzberg, Köln." (Interview mit der MTZ am 19.7.1995)

Im Jahre 1995 unterschied sich Pausch nicht viel von anderen Bürgermeistern kleiner ostdeutscher Städte. Der von Grevesmühlen hat über seine Faschos, die im Verdacht stehen, für den schwersten rassistischen Anschlag verantwortlich zu sein, gesagt, es gäbe sie gar nicht. Auch vom Bürgermeister in Mahlow, dessen Bahnhofs-Fascho-Clique nach monatelangen Pöbeleien zur Tat überging und drei britischer Bauarbeiter bei einer Autoverfolgungsjagd zum Teil lebensgefährlich verletzte, war zu hören, es gäbe keine Rechten in seiner Stadt. Der Bürgermeister von Gerichshain lobte seine Faschos, nachdem sie den für 1996 bundesweit größten Führergeburtstag sauber über die Bühne gebracht hatten, daß sie die Aussiedler nicht angegriffen hätten und versprach als Belohnung gleich einen neuen Jugendtreff. Und recht haben sie alle, wahrscheinlich sind die blöden Straßenfaschos nicht viel rechter als die blöden Bürgermeister, die nur Bürgermeister sind, weil sie etwas älter sind. Auch die Wurzner Bullen verstehen ja nicht, was an den Faschos so schlimm sein soll: „Alles in bester Ordnung: saubere Aschenbecher, die Luftmatratzen in Reih´ und Glied"; „Die Bunten pöbeln uns immer an. (...) Die anderen machen das nicht". Pausch also Mittelmaß. Sein Hang zum Genialen war nur in Ansätzen spürbar: Er verortet die Gefahr, wohlgemerkt die linke, außerhalb seiner Stadtmauern. Sein technischer Beigeordneter analysierte die linke Gefahr: sie ist ein undurchdringbares Konglomerat aus ZDF („Wer hat die Filmleute aus dem ZDF in Mainz nach Wurzen geschickt"), der PDS aus Sachsen-Anhalt und den Autonomen - von der Reeperbahn, aus Dresden, Köln und Kreuzberg, wie wir von Pausch wissen. Auch erklärte er, was Demos mit Terrorismus zu tun haben: „Es ist gerade ein Jahr her, als ein gewisser PDS-Abgeordneter in Wurzen eine sogenannte ANTIFA-Demo organisierte und zu Brand und Gewalt aufrief." (Brief des Dr. Jürgen Schmidt)

Bürgermeister Pausch, 1996: „In Wurzen ist bisher niemand wegen Rechtsradikalismus verurteilt worden." (im junge Welt-Interview vom 15.11.1996) „Von Seiten der Staatsanwaltschaft und der Ermittlungsbehörden geht gegen die (rechte) Szene in Wurzen im Moment nicht eine Ermittlung und es ist auch nicht eine Person verurteilt wegen rechtsextremistischer Straftaten." Pausch strengt sich an, seine Ausflüchte kommen nicht mehr so grob und undifferenziert daher. Seine wohlbedachten Worte regen an zum Philosophieren: Wurde denn wirklich niemand verurteilt, ist ja der rassistischen Justiz und der schlampig ermittelnden Polizei zuzutrauen? Ist eine Verwarnung eine Verurteilung? Gab es nicht sogar Ermittlungsverfahren gegen Wurzner Bullen, weil sie seelenruhig zugesehen hatten, wie Faschos Nazi-Parolen grölend verschiedene Menschen einer hessischen Sportmannschaft verletzten? Hat der Verfassungsschutzpräsident, der Wurzen für das „wohl wichtigste Zentrum der Neonazis in Deutschland" hält, nicht die Polizei für ihre vorbildliche Arbeit gelobt? Stand nicht sogar im Hausblatt, der Muldentalzeitung, daß es laut Sächsischem Innenministerium in der ersten Hälfte von 1996 in Wurzen acht „fremdenfeindliche oder rechtsorientierte" Straftaten gab? Oder könnte die Lösung sein, daß mensch nicht wegen rechtsextremen Straftaten verurteilt werden kann, es fehlt ein entsprechender Paragraph, sondern „nur" wegen (versuchtem) Mord, Totschlag, schwerer Körperverletzung, Waffenbesitz, verfassungswidrigen Symbolen usw.? Vielleicht drückt sich Pausch auch nur vorsichtiger aus, weil sein Vertrauen in seine Faschos leicht angekratzt wurde. Was mußte er da hören, 1991 hatten sie noch erfolgreich alle Flüchtlinge aus Wurzen vertrieben, 1996 sollen erneut AsylbewerberInnen in den Muldentalkreis, vielleicht sogar nach Wurzen, zugeteilt werden. Die Lage ist ernst, und was machen die Faschos? Sie überlassen das Unterschriftensammeln gegen ein Heim der Normal-Bevölkerung und feiern selbst nur Partys in einem besetzten Haus. In dem Haus mahnen zwar viele Schilder, Ordnung und Sauberkeit einzuhalten, aber was mußte dem Bürgermeister zu Ohren kommen. Sie betrieben dort einen nicht genehmigten Alkoholausschank. Also forderte er die Jungs per BILD-Zeitung auf, den genehmigen zu lassen. Leider wurde das Haus vor der Genehmigung geräumt, so daß die Faschos das Vertrauen nicht in vollem Umfange zurückerlangen konnten. Seitdem gibt Pausch eben so zweideutige Antworten: „Das steht dort, ja bitte schön. (Verfassungsschutzbericht Sachsen, 1995, über Wurzen als ein Zentrum der Faschos). Das ist auch durchaus im Bereich des Möglichen der Einschätzung. Nur kann ich das nicht bestätigen." (Interview mit Radio Mephisto, 23.7.1996) Alles eine Einschätzungsfrage. Und dann kam die Demo. Brand und Gewalt. Terror gegen leckere Kekse, kleine Kinder und große Glatzen. Pausch wollte sie verbieten lassen, die SPD auch, die DSU sowieso, von der FDP ganz zu schweigen, die Grünen/Opfer des Stalinismus fanden die Demo auch nicht gut

(„Zur falschen Zeit am falschen Ort"). Daß sie trotzdem stattfand lag wohl weniger an dem demokratischem Verständnis beim zuständigen Ordnungsamt, sondern an der Einschätzung (im Bereich des Möglichen der ~), daß ein Verbot nur noch mehr Chaoten anlockt und dann die Lage schwieriger unter Kontrolle zu halten sei - so ein Polizeisprecher.
Und wieder bekamen alle recht. Die Lage hielt sich selbstauferlegt gut unter Kontrolle. Und trotzdem kam es zu Brand und Gewalt. Es brannten z.B. während der gesamten Demo 4.153 Zigaretten und 17 Zigarren. Das ist Gewalt an den Lungen aller jetzigen und zukünftigen Faschokids. Außerdem wurden flammende Losungen an Häuserwände gesprüht. Das ist Gewalt gegen das Ozon-Loch, wegen Treibgas und so. Und es wurden mit Heißhunger Wurzner-Kekse von Punks gegessen. Das ist metaphorische Gewalt. Undsoweiter.

Bürgermeister Pausch, nach der Demo: „Zwei bis drei Sympathisanten der NPD sind hier ansässig und trotzdem stürzen sich die Medien auf Wurzen. Man nimmt uns einfach übel, daß wir hier mit den Altlasten aufräumen und Stasi-Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst herausnehmen. (...) die alten Seilschaften, die die Medien im Griff haben." (im Gespräch mit der Berliner Zeitung, 18.11.1996). Aha, die Stasi also. Die Stasi organsiert vermeintliche rechte Angriffe, schickt die Medien da hin, daraufhin meldet die PDS eine Demo an und dann kommen die Chaoten von der Reeperbahn. Das ist eine Höchstleistung. Welcher Bürgermeister will folgen. Die Latte liegt hoch. Pausch hat auch gesagt: „Die NPD ist doch eine demokratische Partei." Über einen rechten Überfall: „Auf jedem Stadtfest gibt es eine Rauferei." Über die portugiesischen Opfer eines Faschoangriffs: „Die Herren hatten nach der Disko Probleme, wem welches Mädchen gehört." Na. traut euch, beim Wettbewerb um die normalste deutsche Kleinstadt.
Demokratie ist, unterschiedliche Meinungen zur Diskussion zu stellen, dachte sich Wurzens Vizebürgermeister Ebert (FDP) und suchte nach einem eigenen Grund für die Demo. Das mit der Stasi wollte ihm nicht so recht gefallen. Vielleicht war er ja selbst mal dabei. Aber Verkehrsplaner war er nie. Und deshalb sagte er in der Demoauswertungsstadtratssitzung, daß die gute Verkehrsanbindung von Wurzen an Leipzig Schuld für die Antifa-Demo war. Als Alternative zu seiner ersten Erklärung bot er an, den Wurzner Keks-Boykott, den es nur in der Vorstellung paranoider Wurzner Lokalpatrioten gab, weiter auszudeuten: Die Demo fand statt, weil andere, normale ostdeutsche Kleinstädte nicht etwa neidisch auf die Reihe der rechten Straftaten wären, sondern weil sie der prosperierenden Stadt ihren wirtschaftlichen Erfolg nicht gönnen.
Demokratie ist, sich für die Klein- und Großunternehmer einzusetzen, dachte sich die DSU und forderte die PDS im Wurzner Stadtrat auf, Stellung zu den besprühten Häuserwänden und den zerstörten Glasscheiben zu nehmen, wer solle das bezahlen und wenigstens müsse sich die PDS dafür entschuldigen und davon distanzieren.
Demokratie ist, sich für die großen Nöte der kleinen Bürger einzusetzen, dachte sich die SPD und kritisierte die DSU, die sich zuerst auf den materiellen Schaden stürze, wo doch der ideelle und persönliche (verletzte PolizistInnen) Schaden, den die Demo angerichtet hätte, viel größer wäre. Inzwischen entstand auf Anregung der DSU ein Fond beim Landratsamt, der den geschädigten Ladenbesitzern mit 100,- DM hilft „Mit einem zweimaligen Anstrich läßt sich in den meisten Fällen das schlimmste beseitigen. Bei denkmalgeschützten Häusern überlegen wir, den entsprechenden Fördertopf anzuzapfen. Die Farbe läßt sich von der Steuer absetzen." erklärt der Farbtopfbeauftragte in der Muldentalzeitung. So wird unsere Stadt wieder schön. Ob das Gerücht stimmt, daß die SPD eine Psycho-Selbsthilfegruppe für geschädigte Ideal-WurznerInnen unter Anwendung der Keks-Theraphie gegründet hat, ist ungewiß.
Die Probleme in Wurzen machen es für andere Städte natürlich einfach. So kann der Eilenburger Bürgermeister nach Fascho-Randalen in seiner Stadt am 4.12.1996 behaupten, daß die Wurzner Faschos in Wurzen verdrängt wurden und jetzt auf andere Städte ausweichen, was er natürlich nicht schön findet. Immerhin wurden dabei acht Wurzner Faschos von der Polizei festgenommen. Überraschend nur, daß diesmal der Sprecher des LKA Sachsen widerspricht: „Wir haben es flächendeckend mit Rechtsextremismus zu tun. Die Prognose, die Wurzener weichen aus, kann man nicht geben."
Bürgermeister Pausch, 1997: „Es gibt bei uns wirklich keine Rechten. Im Bereich des Möglichen der Einschätzung mag aber sein, daß manchmal Rechte aus anderen Städten, z.B. Eilenburg, bei uns - natürlich nur durch Links provoziert oder durch die Stasi-Medien oder durch Ausländer, die nicht wissen, daß deutsche Mädchen ihnen nicht gehören - über das rechte Maß hinaus auffällig werden." Mal sehen, was das neue Jahr bringen wird. Wir dürfen gespannt sein, auf neue Erklärungsversuche, Dementis, Produktofferten und Verschwörungstheorien.

Uns flatterten mehrere Materialien des *Bündnis gegen Rechts (BGR)* auf den Tisch, aus denen sich solche erhellenden Chroniken über die Wurzner Stadtentwicklung ablesen lassen. Ein Teil des Nachbereitungsreaders des BGR wollen wir im folgenden dokumentieren. Es handelt sich dabei um Diskussionspapiere des BGR für das Nachbereitungstreffen zur Wurzen-Demo am 7.12.1996 in Leipzig (stark gekürzt, weil sehr lang). Außerdem dokumentieren wir eine Presseerklärung der HamburgerInnen, die nach der Demo von der Polizei stundenlang festgehalten und schikaniert wurden. Es schließt sich eine Erklärung der kurdischen TeilnehmerInnen der Demo an, die die Zusammenarbeit von deutscher Polizei und türkischem Geheimdienst bei der Observation während der Demo anprangern. Zum Schluß möchten wir einen Text einer westdeutschen Antifa-Gruppe zur Diskussion stellen (die drei letzten Sachen wurden von uns nur unwesentlich gekürzt), ein paar Anmerkungen eher formaler Art sind schon mal angefügt.

Wie zu hören war, wurde das Nachbereitungstreffen nur schlecht besucht (aber wer kommt schon zu Nachbereitungstreffen?) und somit kaum über die Texte des BGR diskutiert. Daß die Demo von allen Gruppen als Erfolg gewertet wird, ist sicherlich unstrittig. Trotzdem gibt es erhebliche Unterschiede in bestimmten Fragen. So soll es zu einer Diskussion um Organisierungsfragen gekommen sein. Bekanntlich versuchen die Gruppen der AA/BO seit Jahren, Antifaarbeit bundesweit zu vernetzen und zu koordinieren. Der Erfolg ist gering, immer mehr Gruppen sind in den letzten Jahren aus der AA/BO ausgetreten. Über den Sinn kann mensch sich streiten. Mal abgesehen von den inhaltlichen Unterschieden zur AA/BO lohnt es sich für die meisten Antifa-Gruppen nicht, regelmäßig zu irgendwelchen bundesweiten Treffen zu fahren und Kampagnen durchführen zu müssen.

Außerdem vertraten viele Gruppen von außerhalb die Auffassung, daß die Demo zu friedlich war, die Faschos leider ungeschoren davongekommen sind, auch der Bevölkerung nicht auf den Keks-Bauch gehauen wurde und die Ansagen vom Lautsprecherwagen sowie das OrdnerInnenkonzept zu deeskalierend waren. Dem hält das BGR entgegen, daß die Demo in erster Linie politische Ziele hatte, die zum einen eine Weiterarbeit in Wurzen ermöglichen sollen und anderseits in den Medien vermittelt werden sollten. Durch sinnlose Gewalt wäre diesem Anliegen nur geschadet worden. Dies sei kein Abschied von der Militanz, sondern nur ein gezieltes, taktisches Einsetzen verschiedene politischer Mittel an der richtigen Stelle, zur richtigen Zeit.

In der jungen Welt hat sich nach der Demo auf der donnerstäglichen Antifa-Seite eine Diskussion um die Inhalte, Aktionsformen und Perspektiven der Antifa-Arbeit breit gemacht, die jedoch aufgrund des beschränkten Platzes nicht sehr in die Tiefe geht, aber einige Positionen grob vorstellt. Neben der Demo-Auswertung des BGR, die schon im letzten Klarofix abgedruckt wurde und mit dem Hang zur Sozialarbeit für Überraschung sorgte, gab es einen Beitrag der Antifaschistischen Aktion Berlin, die als Vorteil für eine bundesweite Organisierung anführt, daß Adreßverteiler dann nicht mehmals erstellt werden müßten. Außerdem sei dann die Diskussion über Antikapitalismus und Faschismus besser zu führen. Das rief natürlich den Elsässer auf den Plan, der sowohl das BGR wegen seiner fehlenden Militanz gegen und Distanz zur Bevölkerung als auch die AAB wegen ihrer angeblich Fascho-kompatiblen Kapitalismuskritik angreift („ob Steine gegen West-Banken (wie in Wurzen) oder englische Bauarbeiter (wie in Mahlow) geworfen werden, ist ihnen egal"). Er spricht die Dresdner Bank von jeder Verantwortung für das Faschoproblem frei, vielmehr sollten AntifaschistInnen gegen das „Bewohnerpack", PDS-Ostrowksi und die rassistischen Gewerkschaften vorgehen. Recht hat er jedoch mit der Feststellung, daß die Freude der Antifabewegung über 6.000 DemonstrantInnen Galgenhumor gleichkommt. Laut Elsässer war Grevesmühlen mit 300 verhafteten DemonstrantInnen viel erfolgreicher. Ripplinger entgegnet dem eine Woche später, daß Militanz heutzutage teuer werden kann, und wer hat schon so viel Geld auf dem Konto bei der Dresdner Bank. Außerdem erinnert er an die Rolle der Dresdner Bank im zweiten Weltkrieg und wirft Elsässer vor, Kapitalismus mit Antifaschismus gleichzusetzen. Ein Schandl von den österreichischen Grünen will weder die Bank, noch das Bewohnerpack oder PDS-rechts-außen-Frau Ostrowski beworfen wissen, denn der klassische Antifaschismus befördere nur den Faschismus. Die Bevölkerung sollte für ihren Rassismus nicht kritisiert werden, sondern mensch sollte sich den BürgerInnen verständnisvoll annehmen, da sie die sind, die „sich nicht emanzipatorisch wenden" können, „sondern die Dummheit des hineingefressenen, realen Alltagstrotts ideell verlängern. Das darf nicht verwundern, sehen wir uns die Lebens- und Arbeitsprozesse dieser Menschen an. Die Getretenen treten zurück." Und damit sind wir wieder mitten in Wurzen. Vor und während der Demo gab es zwei Flugblätter, die die Bevölkerung ansprechen wollten und von den Linken einfordern, „den Wendefrust politisch zu besetzen" und „Antifaschismus aus der Mitte der Gesellschaft" heraus zu betreiben (im letzten Klarofix abgedruckt). Im letzten Cee-Ieh hält Ralf dagegen, aber die wenigsten werden es wohl verstanden haben.

Wir möchten auf folgende Materialien hinweisen, die über die Adresse des BGR (c/o VL, PF 54, 04251 Leipzig) zu beziehen sind:

Broschüre „Wurzen - das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen. Entwicklung im Muldentalkreis 1991-1996", August 1996, 108 S., 5,- DM

Video, 20 min., 10,- DM (Zusammenschnitt von Fernsehbeiträgen die vor und nach der Demo erschienen sind)

Pressemappe, 150 S., 20,- DM (enthält fast alle Artikel zur Fascho-Szene in Wurzen seit 1991)

Nachbereitungsreader „Antifa-Demo in Wurzen am 16.11.1996. Dokumente, Reaktionen, Auswertung, Diskussionen" 60 S., 5,- DM (enthält Demoreden - die ja leider niemand verstanden hat -, Pressereaktionen, Diskussionspapiere des BGR und anderer Antifa-Gruppen)

Wer kein Geld hat, sollte sich den Cee Ieh-Newsflyer Nr. 23 besorgen, in dem die wichtigsten Demoreden vollständig und eine sehr ausführliche und lesenswerte Demoauswertung abgedruckt sind. Empfehlenswert ist auch das letzte Frente mit schönen Fotos von der Demo...

Bündnis gegen Rechts

Einige Anmerkungen im Nachfeld zum Erfolg der Demonstration, ihrer politischen und organisatorischen Bedeutung sowie dem Erscheinungsbild

(...) Die ursprünglich inhaltlich fixierte Vorgabe für die Mobilisierung, den Muldentalkreis als Zentrum der Faschos ins antifaschistische Bewußtsein zu rücken, erweiterte sich mit der Zeit zu einer stellvertretenden Mobilisierung gegen die Erfolge der Nazis in den Ost-Provinzen. Dabei gelang es uns als Bündnis gegen Rechts (BgR) durchaus, das Organisierungsmodell der Muldentaler Fascho-Szene als ein zukunftsweisendes Szenario für die Entwicklung der Nazi-Strukturen aufzuzeigen. Wohlweislich unter der Prämisse, daß die Entwicklung dieser Strukturen im Muldentalkreis für unsere Begriffe „nur" am weitesten fortgeschritten ist.

Die Zahl der Demoteilnehmer darf dann auch nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade die real vorhandene alltägliche antifaschistische Ohnmacht gegenüber den Fascho-Aktivitäten viele Antifas nach Wurzen kommen ließ. Insofern konnte zumindest jenes antifaschistische Zeichen gesetzt werden, das gesetzt werden sollte. In Anbetracht der Einschätzung Steffen Hupkas nach der 95er Antifa-Demo in Quedlinburg war die Wurzen-Demo eine gebührende Antwort auf dessen Analyse der Antifa-Szene. Obwohl vielen als Motivation vielleicht unbewußt, ist dies ein sehr wichtiges Signal an die Adresse der Faschos - bundesweit.

Die Demo als grundsätzlichen Erfolg zu werten, bedarf an dieser Stelle keiner ausführlichen Erwähnung. Besonders hervorzuheben ist da schon eher die Einschätzung, daß tatsächlich unterschiedlichste Antifa-Ansätze die Demo als Erfolg werten können. Eine Überrepräsentanz einzelner inhaltlicher Antifa-Akzente konnte gemäß dem Anspruch an die Demo vermieden werden. So stand der vermittelnde Ansatz antifaschistischer Inhalte gleichberechtigt neben dem eher kritischen Blick auf die Bevölkerung, die Dimitroffsche Antifa-Position paritätisch neben der antinationalen u.s.f. Interessant ist dabei, daß genau dieses inhaltliche Sammelsurium tatsächlich die Verfaßtheit der Antifa-Szene widerspiegelt. Zu hoffen bleibt dann diesbezüglich, daß sich genau diese gegenseitige Akzeptanz in punkto antifaschistischer Aktionen Bahn bricht. Denn, nicht das Deckeln von Differenzen macht die Perspektive für die Antifa-Szene aus, sondern die Erkenntnis unterschiedlichster Ansätze und deren Respektierung. (...)

Polizeiverhalten

(...) Aufgrund der Gespräche mit der Polizei im Vorfeld ist der Einsatz in Wurzen selbst als insgesamt positiv einzuschätzen. Im ersten Gespräch wurden von Polizeiseite eine lockere Begleitung der Demonstration angekündigt. Es wurde deutlich gemacht, daß gegen „Straftäter" (Vermummung) in jedem Fall vorgegangen wird; Seitentransparente und Seile sollten in keinem Fall geduldet werden. Es wurden keine Zusagen gegeben, Fascho-Provokationen zu verhindern. Aufgrund dieses Gesprächs mußte man mit einem Spalier und einem harten Vorgehen rechnen.

Bei einem zweiten Treffen, am Morgen des Demotages, wurde im Gegensatz zum ersten Gespräch Zurückhaltung von Polizeiseite angekündigt. Ein Einschreiten gegen Vermummung sollte dennoch stattfinden. (...) Hier wurde auch die Zusage gegeben, Fascho-Provokationen zu verhindern.

(...) Gegenüber der Vermummung hat sich die Polizei erstaunlich zurückgehalten. Es wurden zwar immer wieder die VersammlungsleiterInnen auf die Vermummung angesprochen, die auch ein Ende der Vermummung immer wieder zusagten, also auf Zeit spielten. Mit Einbruch der Dunkelheit hatte sich dieses Thema weitgehend erledigt. Im Ergebnis wurde die Vermummung von Polizeiseite - wenn auch zwangsweise - geduldet.

Bei der Beurteilung des Polizeiverhaltens muß ganz entscheidend das Kräfteverhältnis zwischen DemoteilnehmerInnen und PolizeibeamtInnen berücksichtigt werden. Es wurde insgesamt mit einer wesentlich geringeren Beteiligung an der Demo gerechnet. Von daher war die Polizei - insbesondere auch aufgrund der engen Straßen - nicht in der Lage, gezielt in den Demonstrationszug zu greifen. (...)

Der Einsatz gegenüber den Hamburger Bussen ist natürlich negativ zu beurteilen. Hier wurden angebliche (real wohl kaum existierende) Verdachtsmomente angegeben, um eine Grundlage für das Eingreifen und somit für die Feststellung von Personalien zu haben. Dies war eine nachträgliche Machtdemonstration und Schikane, die möglicherweise auf den fehlenden Eingriffsmöglichkeiten in Wurzen beruht - Frustabbau? (siehe auch Presseerklärung der HamburgerInnen) Interessant, daß sich hier die PolizistInnen aus Bayern und Sachsen beim Vorgehen völlig uneinig waren.

Weiter negativ war der zugesagt, aber nicht bzw, kaum eingehaltene Parkplatzschutz durch die Polizei. Dieser war definitiv zugesagt worden. In der Realität war aber ein Parkplatzschutz durch die Polizei nicht vorhanden; nur auf

Nachfrage wurde gelegentlich kurz vorbeigeschaut. Teilweise waren vier Leute mit dem Parkplatzschutz völlig überfordert und wohl eher selbst gefährdet.

Mobilisierung

Einleitend könnte der provozierende Satz stehen: Die Demonstration stand in keinem Verhältnis zur vorangegangenen Mobilisierung. Und dennoch ist anzunehmen, daß ohne die geleistete Arbeit, ohne die Infotouren, ohne die Erstellung und Versendung der Broschüre die Demonstration nicht einmal diese Ausmaße gewonnen hätte. Die Demonstration war die größte antifaschistische Demonstration in diesem Jahr, auch auf der Liste „Linksradikal allgemein" rangiert sie auf den vordersten Plätzen.

War das eigentlich beabsichtigt? Unbedingt. Natürlich wollten wir eine eindrucksvolle Demonstration hinlegen, und dazu ist auch die zahlenmäßige Stärke wichtig. Doch war dies nicht der einzige Grund dafür, in diesem Ausmaße zu mobilisieren. Daneben stand noch der pure, quasi wertfreie Informationsgehalt unserer Tourvorträge, Broschüren und Demoaufrufe. Schließlich waren wir davon ausgegangen, daß unsere Analyse ein Bild von den Zuständen im Muldentalkreis zeichnet, das als exemplarisch in seiner Entwicklungsperspektive zum neonazistischen Organisierungsvorbild zu bewerten ist und daher einer Weiterbverbreitung bedarf. Diesen Zwecken - nämlich ins öffentlich-antifaschistische Bewußtsein zu hämmern, worum es sich handelt, wenn wir von diesem Landstrich als von einer „braunen Zone" reden, der der Kampf anzusagen ist - sollten alle unsere Mobilisierungsanstrengungen auch dienen.

Der Einschätzung anderer Antifa-Gruppen, die Mobilisierung wäre auf der Grundlage einer bundesweiten antifaschistischen Organisation mit weit geringerem Aufwande bei gleichem Erfolg möglich gewesen, muß man wenigstens zwei Dinge entgegenhalten: Erstens kann die durch längere intensive Beschäftigung mit dem Thema direkt vor Ort erlangte Kenntnis auch von aussagekräftigen Details nicht einfach per Veranstaltungskonzept so weitergegeben werden, ohne empfindlich an Informationswert einzubüßen. Denn unsere Erfahrung auf der Infotour war, daß gerade die kleinen Details mehr als nur durch ihre Witzigkeit oder Unbedeutendheit zur Verdeutlichung der beschriebenen Zustände beitrugen. Und eine 08/15-formatige einheitliche Vortragsreihe hätte unmöglich auf die aktuelle Entwicklung eingehen können, die von Beginn bis Ende der immerhin knapp einmonatigen Veranstaltungsreihe, die erst kurz vor der Demo vorbei war, eingehen können. Und gerade diese letzten Entwicklungen waren ungeheuer bezeichnend für die Situation im Muldentalkreis und für die Einschätzung, wie die Demo wohl werden wird.

Kurz könnten wir als Grundposition, von der aus wir versuchen wollen, antifaschistische Politik zu betreiben, den Satz formulieren: Es kann bundesweit keine antifaschistische Organisierung, sondern nur eine antifaschistische Mobilisierung geben. (Gerade an diesem Punkt vertreten z.B. die Gruppen der AA/BO, die sich bundesweit organisiert haben, eine konträre Position) (...)

Pressearbeit

Einleitend ist es ganz wichtig, zu betonen, welche grundsätzliche Einschätzung wir zur Situation im Muldentalkreis und zu unseren Kräften getroffen haben.

Nachdem die kurze antifaschistische Gegenwehr des Frühjahres und Sommers 1995 spätestens mit der Schließung der alternativen „Villa Kuntabunt" abgebrochen war, passierte mehrere Monate lang nichts. Gleichwohl war die weitere Entwicklung beobachtet worden. Die uns schnell bekanntgewordene Tatsache von der rechten Hausbesetzung in Wurzen aber löste zunächst nichts als Resignation aus; erst, als dann unübersehbar geworden war, welche Bedeutung dieses besetzte Haus für die gesamte sächsische Naziszene zu spielen begann, und - von diesem „Zentrum" ausgehend, Muldentaler Nazis auch in Leipzig immer häufiger auftauchten und Anschläge verübten, begann man, eingebettet in eine sich entwickelnde neue antifaschistische Strategie, sich dem Problem wieder konzentriert zuzuwenden.

Ausschlaggebend für diesen Schritt waren zwei Einschätzungen: Erstens, das rechts besetzte Haus besitzt einen hohen organisatorischen und jugendsubkulturellen Stellenwert für die Nazis und muß also weg.

Zweitens: Die antifaschistischen Kräfte reichen bei weitem nicht aus, um aus einer direkten Konfrontation mit den Nazis siegreich hervorzugehen und also durch ein militantes Antifa-Konzept wie im Frühjahr/Sommer 1995 die Situation in Wurzen zugunsten der dort lebenden alternativen und antifaschistischen Jugendlichen herumzureißen. (...) Damit in Verbindung stand auch die Einschätzung, wie der Apparat (Polizei, Verwaltung und Stadtregierung) in Wurzen beschaffen ist. (...)

Diese Überlegungen motivierten uns im April

1996, eine Runde zu konstituieren, der von Kirchen bis zur autonomen Antifa alle Gruppierungen und Organisationen angehören sollten, bei denen man wenigstens von einem diffusen antifaschistischen Grundverständnis ausgehen konnte. (...) Eine Gruppe, zumeist aus „gewöhnlichen" Antifas und einzelnen Menschen der PDS bestehend, sollte also klassische Öffentlichkeitsarbeit machen. Ziele dieser Strategie massiver Öffentlichkeitsarbeit waren folgende:

1. Staatliche Stellen von der örtlichen Verwaltung bis zum Innenministerium dazu zu zwingen, zu den Problemen im Muldentalkreis Stellung zu beziehen und härter gegen die dortige Naziszene vorzugehen. Hauptangriffspunkt von unserer Seite war hierbei das rechts besetzte Haus in der Käthe-Kollwitz-Straße.
2. Das Schweigen in und um Wurzen generell zu durchbrechen und dann sehen, was passiert.
3. Eigene Recherchen zu betreiben, das heißt JournalistInnen „für uns arbeiten zu lassen" (...)
4. Gewonnene Informationen zu bündeln (...), um Kleine und Große Anfragen an die politisch Verantwortlichen zu richten (...)
5. Dafür zu sorgen, daß die Öffentlichkeit ein kontinuierliches, von unserer Initiative endlich unabhängiges Interesse an den Vorgängen im Muldentalkreis gewinnt und wir so langsam einen „Selbstläufer" ins Rennen schicken können.
6. Aufgrund unserer so zu gewinnenden Informationen eine treffende Analyse von den Zuständen im Muldentalkreis zu treffen, dazu geeignte Forderungen zu entwickeln und perspektivisch damit „positive" eigene Politik in Wurzen zu betreiben - einer der Schritte sollte, eingebettet in das Konzept der Pressearbeit, eine bundesweite Demonstration sein, die nicht nur in ihrer Überzeugungskraft von den gewonnenen Informationen, sondern auch in ihrer Mobilisierungskraft von der hergestellten Presseöffentlichkeit profitieren sollte.

(...) Feste Kontakte zu JournalistInnen der unterschiedlichsten Zeitungen, Fernsehredaktionen und Magazinen konnten aufgebaut und auch für einige unserer Ziele genutzt werden. (...) In den Monaten vom Juni bis November erschienen unzählige kleinere und größere Presseartikel, die nicht nur ein Einzelereignis zu vermelden hatten, sondern - teilweise im Format einer Reportage - auch über die strukturellen Hintergründe und das gesamte Ausmaß der rechten Gewalt und Szene im Muldentalkreis zu berichten wußten. Ein wahres Trommelfeuer der Berichterstattung setzte ein, die politisch Verantwortlichen gerieten ordentlich unter Beschuß und mußten sich so zu Zusagen, dem „rechten Spuk" ein Ende zu setzen und „ganz stringent da reinzugehen" sowie zu Analysen, nach denen „Wurzen das derzeit wohl bedeutendste Zentrum der Neonazis in ganz Deutschland" sei, hinreißen lassen. Ebenfalls ins Licht der Öffentlichkeit kamen da die Machenschaften der Wurzener Polizei, die daraufhin endlich einer behördeninternen Untersuchung unterzogen werden mußten.

(...) Doch haben wir eines verpaßt: Eine qualitative Weiterentwicklung dieser Pressearbeit zu entwerfen und dann auch umzusetzen. So fiel der Erfolg unserer Arbeit als nur kurzfristiger Erfolg wieder weg; die zu Aussagen gezwungenen Verwaltungen und Staatsorgane konnten sich schnell darauf zurückziehen, daß sie das Problem nun ja erkannt hätten - ohnehin schon lange kennen würden - und nun ja handeln.

Dieser „Kurzsichtigkeit" (...) ist es geschuldet, wenn es nun neue Millionen für rechte Jugendclubs und eine weiteres Verharmlosen der rechten Szene, wenngleich auch auf höherem Niveau als vorher gibt (...) Der Bürgermeister von Wurzen kann nun nicht mehr sagen: „Bei uns gibt´s keine Rechten", sondern er muß es nun so ausdrücken, daß „ihm kein Jugendlicher bekannt sei, der aufgrund einer rechtsextremen Straftat verurteilt wurde"; das Innenministerium und die SoKoRex können die Existenz einer rechten Szene nicht mehr deckeln, aber so tun, als sei es, nun, wo sie die Sache unter Kontrolle hätten, nicht mehr so schlimm.

(...) Eine (...) wichtige Konsequenz wäre allemal, die Pressearbeit sorgfältig an die qualitativ neue Situation anzupassen. Das bedeutet den Versuch, die Presse statt auf den Gesamtkomplex „Wurzen, Nazis und andere schlimme Dinge" präziser auf die nun folgenden Entwicklungen anzusetzen, sofern das möglich ist. Die zu erwartende Einrichtung neuer Jugendclubs für Rechte und die Schwierigkeiten und mögliche Verhinderung unserer „kulturellen Invasion" bzw weiterer explizit antifaschistischer Aktivitäten. (...)

Während der Demo lief die Presearbeit eigentlich am besten; zwar war im unmittelbaren Vorfeld des 16.11. weniger Interesse zu registrieren, als wir erwartet hatten; doch 1 Tag vorher sowie am Tag selbst bewährte sich die ständige Besetzung eines Pressebüros, das die ganze Zeit über den Verlauf der Demo informiert war. Auch auf der Demo selbst waren unter der Prämisse, welche wichtige Bedeutung die Presseberichterstattung für unsere bisherige Arbeit und für den Tag selbst spielt, verschiedene Vorkehrungen getroffen worden, die sich allesamt bewährten: Ein Pressetisch mit Materialien zur Situation in Wurzen, Akkreditierung der ReporterInnen und ihre Kennzeichnung durch Armbinden und die vor Ort nach Abschluß der Demo stattfindende Pressekonferenz.

Das Bündnis

(...) Ein Bündnis antifaschistischer Kräfte sollte geschaffen werden, welches verschiedene außerparlamentarische und parlamentarische Politikformen einschließt. Praktisch bedeutete dies, daß lokale (Leipzig) und regionale (Sachsen) VertreterInnen von Parteien (SPD, B90/Grüne, PDS) Organisationen (besonders Gewerkschaften), Gruppen (Flüchtlingshilfen) und Kirchen angesprochen wurden, um sich am Bündnis Gegen Rechts (BGR) zu beteiligen. Die Reaktionen waren mehr als verhalten und schließlich konnten nur Mitglieder der PDS zu einer Mitarbeit gewonnen werden. Zeigten doch einmal Einzelpersonen anderer Parteien Anzeichen von Sympathie (...) erfolgten dann keine praktischen Schritte, wahrscheinlich weil es nicht gelang, über den Schatten der Parteidoktrin zu springen. Auch auf Bürgerinitiativen oder ähnliches, ließ sich nicht für ein antifaschistisches Bündis zurückgreifen. Gerade als es um die bekennende Unterstützung der Demonstration ging, wurde das Manko fehlender potentieller und realer BündnispartnerInnen deutlich. (...)

Die Zusammenarbeit mit der PDS in allen Einzelheiten zu analysieren, wäre mühselig und ist vom jetzigen Standpunkt aus auch nicht notwendig. Einzelpersonen mit Mitgliedsausweis engagierten sich seit Bildung des BGR in diesem Zusammenhang. Doch erst relativ kurz vor der Demonstration wurde eine öffentliche und praktische Unterstützung in den verschiedenen

sächsischen Parteigremien diskutiert. Jetzt prallten die immer latent vorhandenen Unterschiede in den Ansichten über Antifa-Arbeit aufeinander - sowohl innerhalb der PDS als auch im BGR - und sorgten für Verstimmungen auf „beiden Seiten". Letztendlich hielt das Bündnis, begleitet von beiderseitigen Zugeständnissen. VertreterInnen der Partei, die mit dem Medienbild des „Chaoten" im Hinterkopf autonome Selbstverständnisse nicht verstehen und/oder akzeptieren wollten, konnten gerade durch den Verlauf der Demo in Wurzen einige Ängste und Mißverständnisse abbauen. Ihr Bewußtsein gegenüber diskreditierenden Polizeipraktiken und darausfolgenden Reaktionen, scheint ebenfalls geschärft worden zu sein. (...)

Bei den bundesweiten Vorbereitungstreffen zur Demo in Wurzen offenbarten sich auch zwischen den autonomen Gruppen in Ansätzen die unterschiedlichen Standpunkte in Bezug auf antifaschistische Theorie und Praxis. Die differenten Meinungen über Organisierungsmodelle, antikapitalistische Positionen und besonders das Verhältnis zur Bevölkerungsmehrheit fanden in einem „Bündnis" autonomer Gruppen zusammen und repräsentierten nicht mehr und nicht weniger als einen Querschnitt durch die linksradikale Antifa-Szene in der BRD. Das BGR wertet dies als einen Erfolg, da nur durch die Akzeptanz der verschiedenen Positionen in der gegenwärtigen Situation die autonome Antifa noch eine größere Interventionsfähigkeit für das Zurückdrängen von Nazi-Strukturen beanspruchen kann.

Bevölkerung

Im Aufruf des BGR zur Demonstration wurde klar, daß eine Entlastung der Muldentaler Bevölkerung nicht in Frage kommt. Die Nazis konnten in der Vergangenheit und können auch heute immer noch auf den Rückhalt der meisten EinwohnerInnen in der Region bauen. Aus dieser Erkenntnis (...), einen verallgemeinerten symbolischen Angriff mit der Wurzen-Demo zum Ausdruck zu bringen, wurde aber abgelehnt. Die an diesem Punkt offensichtlich gewordene Gratwanderung, wurde davon beeinflußt, die ohnehin geschmälerte Bündnisfähigkeit nicht noch mehr einzuschränken sowie mit Blick auf weitere antifaschistische Arbeit im Muldentalkreis, auf eine vermittelbare Aktion zu setzen. (...) Da aber klar ist, daß die Hegemonie der Nazis im Muldentalkreis nur dann zu brechen ist, wenn antifaschistische Politik dort eine gewisse Lobby hat, ja sogar vor Ort praktischer Unterstützung findet, kann auch in Zukunft nicht auf aufklärerische Aspekte und agitatorische Initiativen verzichtet werden. Wie diese aussehen und mit welcher Konsequenz auf die Thematisierung eines rassistischen und nationalistischen Konsens verzichtet wird, die immer auf einen symbolischen Angriff hinausläuft und somit eine Solidarisierung der WurznerInnen untereinander und eine Abwehrhaltung gegenüber den Antifa-Aktivitäten hervorrufen wird, ist am Einzelfall, entsprechend den auch kurz- und mittelfristig gesetzten Zielen zu entscheiden.

Perspektiven der antifaschistischen Arbeit in Wurzen - Perspektiven des BGR

Dieser Abschnitt soll Grundlage für all jene Gruppen bilden, die sich eine weiterführende Zusammenarbeit mit dem BGR vorstellen können. In diesem Sinne ist er nicht als „Direktivensammlung", sondern als Darstellung unserer Vorstellungen zu verstehen, ohne jeden, anderesgelagerte Aktivitäten von Euch verbietenden Alleinvertretungsanspruch.

(...) Die aktuelle Situation ist gekennzeichnet einerseits durch die sture Unbelehrbarkeit der politisch Machthabenden (CDU, FDP, auch Teile der SPD) sowie Sprachlosigkeit bei den Bündnisgrünen, anderseits durch Veränderungen in der öffentlichen Wahrnehmung in der Stadt selbst. Der weitgehend friedliche Verlauf der Demo ist hierfür ebenso Grund wie ihre beeindruckende Größe. Jetzt stattfindende Verschiebungen in der Trägerschaft der Wurzener Jugendeinrichtungen bedürfen unsere Einmischung ebenso wie das Enstehen neuer. (...)

Zielvorstellungen:

(...) - die „kulturelle Invasion", um über das Dominieren bestehnder / entstehender Treffs den Nazis die kulturelle Hegemonie streitig machen zu können und Erfahrungswerte zur Situation der „normalen" Jugendlichen zu sammeln. Dies geschähe stufenweise, von „außen" her und könnte im günstigsten Falle zur Forderung und Etablierung eines alternativen Jugendzentrums führen, das bereits mittelfristig ohne unsere Hilfe bestehen soll

- Erstellung eines Heftes für Jugendliche mit sensibilisierendem, aufklärendem, ermutigendem Inhalt, um ein politisches und kulturelles Fußfassen unsererseits in der Stadt zu stützen und begleiten zu können

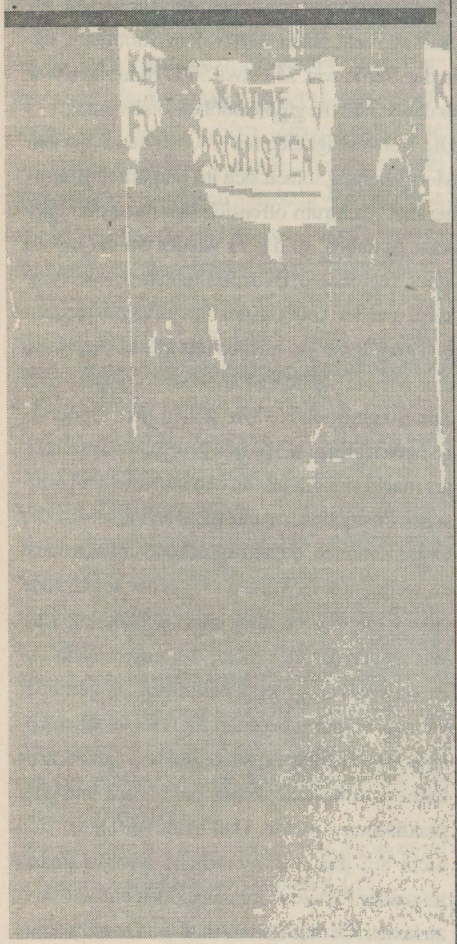
- Schaffung eines alternativen Zentrums bleibt Oberziel der bisher beschriebenen geplanten Aktivitäten, nur um das nochmals zu betonen. Ein solcher Treff wäre nicht nur Ort einer kontinuierlichen Abwerbepraxis gegen die Rechten - und nur ein solcher Ort kann das gewähr-

leisten, sondern auch möglicher Ausgangs- und Kristallationspunkt explizit antifaschistischer Aktivitäten. (...)

- Pressearbeit, die in abgewandelter Form (...) unsere weitere, vorallem „institutionelle" Arbeit begleitet und unterstützt, und direkt auf das weitere Verhalten der Stadtregierung gerichtet werden muß. (...)

- Autonome Antifa-Arbeit soll in geeigneten Situationen unsere Arbeit flankieren und absichern; dies betrifft insbesondere (...) das Fortbestehen einer Option zu militanter antifaschistischer Gegenwehr, um Leute vor Ort zu schützen bzw. ein weiteres Ausufern der Muldentaler Faschoszene auf das Umland zurückzuschlagen, aber natürlich auch als Reaktion unsererseits auf eventuelle Übergriffe der Faschos in der Zukunft. Ein weiterer wichtiger Punkt fortgesetzter autonomer antifaschistischer Arbeit ist die Recherche zur inneren Struktur und Entwicklung der Muldentaler Naziszene. (...)

Bündnis gegen Rechts



Presseerklärung zu den Ereignissen in der Nacht vom 16. auf den 17. November 1996 nach der antifaschistischen Demonstration in Wurzen/Sachsen

(...) Bereits bei den Vorkontrollen kommt es zu kleineren Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht. 15 km vor Wurzen versucht die Polizei drei Busse aus Hamburg, vier Busse aus Berlin und einen aus Lübeck an der freien Durchfahrt zu hindern. Die Busse sollen auf das genaueste durchsucht, die Teilnehmer und TeilnehmerInnen abgetastet werden. Angesichts des Drucks der großen Zahl der zu kontrollierenden Menschen bleibt die Polizei nur übrig, die geschlossen in Ketten diszipliniert herandemonstrierenden Teilnehmer durchzulassen. (...) Die Polizeiführung vor Ort zeigt sich irritiert und ermöglicht freie Fahrt.

(...) Um 18.30 h fahren die norddeutschen Busse geordnet aus der Stadt hinaus. 2 km vor der Stadt in Richtung BAB Leipzig provizieren Nazis die vorbeifahrenden Busse mit dem Hitlergruß und machen Armbewegungen, die in der Dunkelheit so gedeutet werden, als wenn die Leute am Straßenrand Steine auf Busse werfen. Die Busse halten an, Leute laufen in Richtung der Faschisten, die sich schnell aus dem Staub machen. Es ist etwa 19 h.

19.15 h. Wie aus dem Nichts tauchen plötzlich Einheiten des bayerischen Unterstützungskommandos (USK) von vorn auf. (...) Das USK blockiert die Weiterfahrt des Konvois. (...) Mitten auf der Landstraße (B6), etwa 300 m vor der Autobahnauffahrt, wird der Zug zum Halten gebracht. Zahllose Polizeifahrzeuge aller Art einschließlich dreier Wasserwerfer werden in Position gebracht, ein Lichtmast aufgebaut, der die gespenstische Szene in gleißendhelles Licht taucht. Wir wissen nicht, was die Polizei von uns will und verlangen, über einen Busdelegierten Kontakt mit den anderen Bussen aufzunehmen. Zunächst wird uns das verwehrt.

Die Polizei gibt schließlich um 20.30 h folgendes bekannt: aus dem Hamburger Zug heraus seien während der Demonstration Straftaten verübt worden. Vermummte Gewalttäter hätten Steine geworfen. Daher müßten die Busse durchsucht werden.

Wir stellen fest, daß (...) das Verhalten insbesondere des USK uns gegenüber beleidigend, anmaßend und menschenverachtend gewesen ist. So werden Leute, die nur einzeln zum Rauchen und zu zweit ihre Notdurft außerhalb der Busse verrichten durften, von Polizisten beschimpft und verhöhnt. Besonders Frauen hatten unter sexistischen Sprüchen und unter den Blicken der glotzenden Beamten zu leiden. (...) Nachdem eine weitere Stunde vergangen ist, folgendes Polizei-Angebot: je eine Person pro Bus gibt ihre Personalien mit der stillschweigenden Prämisse, daß diese „alle anderen BusinsassInnen kennt". (...) Der Vorschlag der Polizei wird wiederholt, alternativ alle männlichen Personen (da „hauptsächlich Gewalttaten von Männern verübt" werden, O-Ton Polizei) geben ihre Personalien ab.

21 h. Info über Delegiertenplenum: Einsatzleiter überlege sofortige Zwangsvollstreckung. (...)

21.25 h. Einsatzleiter will grundlos seinen eigenen Vorschlag nicht mehr gelten lassen und Gefangenentransport zum 300 m entfernten Parkplatz bringen lassen. Dort sollen von *allen* (O-Ton: „Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes") die Personalien festgestellt und alle mit Video abgefilmt werden.

(...) Auf Nachfrage nach der Rechtsgrundlage des Datenklaus wird lapidar auf Paragraph 163b StPO verwiesen. Die Busbegehung dauern insgesamt eine Stunde. In der Zwischenzeit kommt die Information, daß das USK die Busse stürmen wollte und nur durch ihre sächsischen Kollegen daran gehindert werden konnte. 23.13 h. Die Weiterfahrt aller Busse wird freigegeben. 04.00 h. Bis 130 km vor Hamburg werden wir von zehn Polizeieinsatzfahrzeugen begleitet.

Wir fordern:

- sofortige Löschung aller unserer rechtswidrig erhobenen Daten!
- Schadensersatz für die Freiheitsberaubung von insgesamt vier Stunden!
- unverzügliche öffentliche Stellungnahme des sächsischen Innenministeriums im Landtag!

HamburgerAntifaschistInnen,
Hamburg, 17.11.1996

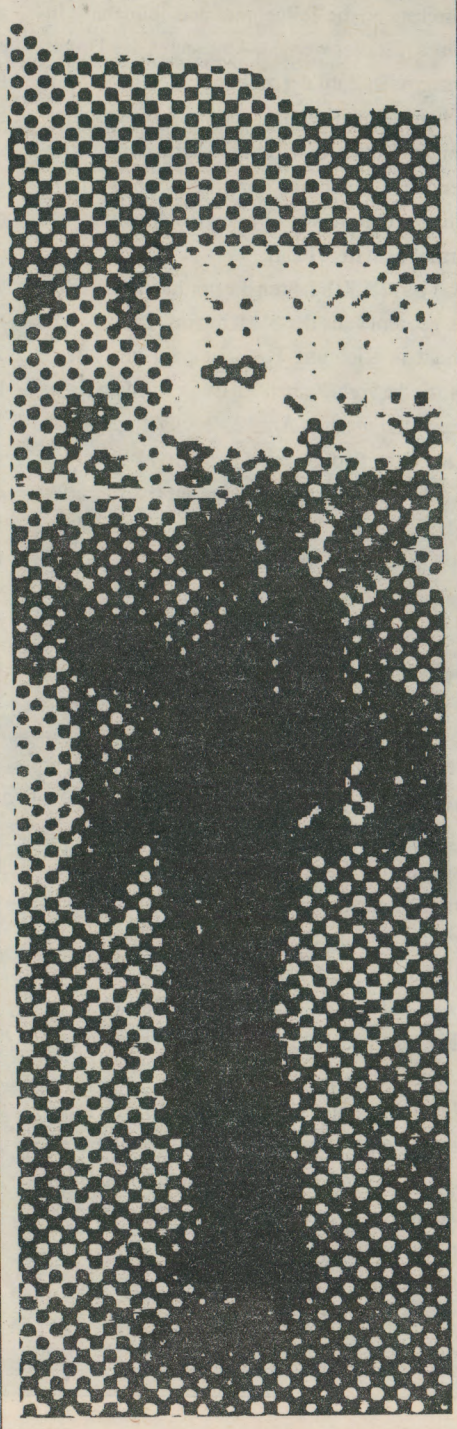
Stellungnahme von Kurden zur Zusammenarbeit von türkischem Geheimdienst und deutscher Polizei bei der Antifa-Demonstration in Wurzen am 16.11.1996

(...) Wir Kurden (kämpfen) gegen Faschismus und unterstützen antifaschistische Aktivitäten, wo immer in der Welt wir uns gerade aufhalten. Aus diesem Grund haben wir uns an der Demonstration in Wurzen am 16.11.1996 beteiligt. (...)

Doch wie bei allen Demonstrationen, an denen Kurden teilnehmen, wurde auch dieses Mal die Zusammenarbeit von türkischem Geheimdienst und deutscher Polizei deutlich. Unter den 5000 Teilnehmern bildeten wir eine Gruppe von ca. 50 Personen. Während der Demonstration tauchten am Rande der Demo zwei Männer auf, die von einem der Demoteilnehmer als Mitarbeiter des türkischen Konsulats in Leipzig erkannt wurden. Sie hatten ein Telefon dabei und einen Fotoapparat. An einer Straßenecke fotografierten sie die Gruppe der kurdischen Demonstranten. Geschützt wurden sie dabei von deutscher Polizei. Auf diese Weise versuchten sie, die 50 kurdischen Demonstranten zu provozieren. Das ist ihnen jedoch nicht gelungen, da sich die Kurden und die anderen Demoteilnehmer nicht auf die Provokation eingelassen haben.

Die Tatsache, daß zwei Männer des türkischen Geheimdienstes anwesend waren und Fotos gemacht haben, stört uns zwar, gehört jedoch zu unseren alltäglichen Erfahrungen im Exil. Daß aber diese beiden Männer unter dem Schutz der deutschen Regierung, beschützt von deutschen Polizisten, diese Arbeit tun können, wollten wir nicht hinnehmen. (...) Warum verbündet sich die Regierung der BRD mit einem Regime, daß von Faschisten und Militärs dominiert wird? (...)

Wir rufen alle Antifaschisten dazu auf, nicht hinzunehmen, daß die BRD durch ihre Kriminalisierung des kurdischen Widerstandes die faschistische Türkei in ihrem schmutzigen Krieg gegen die Kurden unterstützt und den türkischen Geheimdienst ungestört operieren läßt.



Offener Brief an die Vorbereitungsgruppe und alle TeilnerhmerInnen der Demonstration in Wurzen am 16.11.1996

Eine Reise in eine deutsche Kleinstadt oder die Reise ins fast nichts!

(...) Bundesweite Demonstrationen sollten in diesem Sinne nicht nur Menschen von überall her an einen Ort locken, sondern auch einen Austausch über Wahnehmungen, Erfahrungen und Positionen sowohl im Vorfeld, als auch in der Nachbereitung beinhalten. So soll dies verstanden werden.

Wir sind verschiedene Leute, Antifas, Frauen und Männer aus einer westdeutschen Großstadt. Wir waren nicht an der Vorbereitung der Demo beteiligt, was wir aber heute als ein Manko ansehen. Ist es doch hauptsächlich das „Konzept" dieser Demo, das uns zum Schreiben dieser Zeilen veranlaßt.

Vorab wollen wir feststellen, daß wir angenehm überrasch waren von der hohen Anzahl der DemoteilnehmerInnen und der zumindest am Anfang recht guten, kraftvollen Stimmung, die in der Demo war. Mit etwa 5000 Menschen war es dieses Jahr die größte Antifa Mobilisierung. (...)

Die Notwendigkeit einer solchen bundesweiten Mobilisierung schien sich im bürgerlich-linksliberalen Spektrum offensichtlich nicht durchgesetzt zu haben, so daß es wieder einmal nur zu einer regionalen Betroffenheitsmobilisierung kam, und der Anteil an der Gesamtdemo prozentual gering war (so blieben uns glücklicherweise eine Menge häßlicher Parteifahnen erspart). (...)

Zur Bündnispolitik: Wir stehen dem Bündnisgedanken prinzipiell positiv gegenüber. Ein Bündnis macht sich für uns an den inhaltlichen/politischen Positionen fest und nicht an Personen oder Organisationen, dementsprechend unpassend ist es, wenn - wie in Wurzen - sogar der Vorsitzende einer Partei (Bisky, PDS) einen Redebeitrag hält. Wir wollen nämlich nicht, daß unsere Demo in Parteiwahlkampfveranstaltungen umgemünzt werden. Bündnis bedeutet für uns gleichberechtigte Entscheidungen zu treffen und eine Akzeptanz der unterschiedlichen politischen und/oder praktischen Ansätze. Daß heißt vor allem, sich nicht auf das rechtsstaatliche Niveau staatstragender Parteien/Organisationen einschwören zu lassen. Gerade für uns muß ein Demobündnis

also unterschiedliches Vorgehen, um situationsbedingte praktische Handlungsmöglichkeiten zu nutzen, aber auch um Provokationen durch Nazis, Bullenabsperrungen oder Kapitaleinrichtungen zu beantworten.
Richtig ist, in diesem Sinne natürlich auch bei Bündnistreffen die reformistischen Kräfte mit unserer eigenen politischen Praxis zu konfrontieren.

Daß wir als Linke uns vor fotografierenden/filmenden Neonazis schützen durch Vermummung oder Vertreibung, ist allgemein bekannt. Logischerweise sind Polizeiaufnahmen auch nicht hinzunehmen, denn erwiesenerweise funktioniert der kameradschaftliche Austausch von Material und Information zwischen Bullen und Nazis recht gut; von staatlicher Menschenjagd ganz zu schweigen. Vor diesem Hintergrund erhält die sogenannte „Sicherheitspartnerschaft" zwischen Demoleitung und Bullen eine eigentliche Brisanz und wir finden fatal, unverantwortlich, politisch falsch und moralisch ganz abscheulich, wenn in preußischer Tradition im vorauseilendem Gehorsam über den Lautsprecherwagen mehrfach aufgefordert wird, die Vermummung abzulegen. Mehr als fragwürdig finden wir in diesem Zusammenhang, warum es keinerlei Informationen vom Lautsprecherwagen gab über die größere Zusammenrottung von Neonazis an ihrem alten Treffpunkt, obwohl dies mehrfach dem Lauti mitgeteilt wurde!!! Eine solche Situation parallel zu einer linken Demo ist für AntifaschistInnen absolut nicht hinnehmbar.
(...) Durch den bundesweiten Charakter der Demo entstand eine starke Medienbeachtung der Situation in Wurzen und Umgebung, und es bleibt zu hoffen, daß die weitere Entwicklung auch hier verfolgt wird. Die Neonazis selbst dürften vorläufig sicher Probleme haben, an neue Räumlichkeiten offiziell zu kommen. Ob dies langfristig so bleibt, ist zweifelhaft. Darüberhinaus haben sie in ihren Augen einen Tag überstanden, an dem fünftausend Linke und der Stadt waren und sie ohne Blessuren und gekrümmtes Haar geblieben sind. Mehr noch, es gelang ihnen sogar in der Nacht zuvor, eine Wohnung anzugreifen und am Tage der Demo die Reichkriegsflagge auf dem Landratsamt zu hissen, sowie vereinzelte andere Aktionen durchzuführen.
Wir werden alles daran setzen, daß sie so ungeschoren nie wieder davon kommen. (...)

Anmerkungen zum offenen Brief

1) wenn „Bündnis bedeutet, gleichberechtigte Entscheidungen zu treffen und eine Akzeptanz der unterschiedlichen politischen und/oder praktischen Ansätze" heißt ein Bündnis mit der PDS, auch jemanden von der PDS reden zu lassen, wenn sie das wünschen. Wenn die PDS ihren Chef schickt, schließlich haben die einen und zu irgendwas muß der auch gut sein, dann ist das ihre Sache. Solange der nicht den anderen Redebeiträgen widerspricht, läßt sich nichts dagegen einwenden. Natürlich betreibt die PDS damit auch Wahlkampf, schön ist das nicht. Genauso wie es für andere wohl nicht schön ist, daß das BGR sich den Erfolg für die Demo auf seine nicht vorhandenen Fahnen schreibt; oder daß die Antifaschistische Aktion Berlin die Demo mißbraucht, um für ihr veraltetes Organisierungskonzept kostenlose Werbung in der jungen Welt zu machen (es gab sicher mehr BO-Fahnen auf der Demo als PDS-Wimpel). Außerdem dürfte die PDS bei einer Positionierung zu diesem Thema eher Stimmen verlieren als gewinnen. Wer von den DemoteilnehmerInnen wählt schon die PDS. Aber wieviele von den glotzenden Wurzner BürgerInnen, die bislang PDS aus Ostalgie und wegen ihrer Arbeitslosigkeit gewählt haben, werden dies nun nicht mehr tun, weil die PDS die orthographisch falsche Schmiererei am Bäcker von nebenan nicht entfernen will. Die Demo ließ sich auch nicht wegen der PDS „auf das rechtsstaatliche Niveau staatstragender Parteien/Organisationen einschwören", sondern lief so ab, wie es sich das BGR das vorgestellt hat. Auf Provokationen durch Nazis wurde durch zwei extra Gruppen eingegangen, die Bullen haben sich während der Demo wirklich zurückgehalten und Kapitaleinrichtungen provozieren in der Regel während einer Demo nicht mehr als sonst auch. Wer also die Dresdner Bank angreifen will (was mit einer entsprechenden Begründung und aus einer anderen Ausgangssituation heraus nicht falsch sein muß), und dies unbedingt auf einer Antifa-Demo tun muß, deren Konzept ein anderes ist, soll sich nicht wundern, daß die PDS das nicht unbedingt gut findet. Außerdem sollte es klar sein, daß auch bei der Demo selbst auf die BündnispartnerInnen in einer gewissen Weise Rücksicht genommen werden muß. Gerade die Teilnahme von Menschen aus dem bürgerlichen Spektrum kann auch manchmal einen gewissen Schutz für uns bedeuten, da sie die Hemmschwelle bei der Polizei für ein Eingreifen erhöhen. Da ich die Rede von Bisky nicht hören konnte, kann ich zu den Inhalten nichts sagen. Wir mir berichtet wurde, waren die PDS-Leute aber auch nicht unwesentlich daran beteiligt, die KurdInnen vor der Polizei zu schützen.

2) Es gab nie eine „Sicherheitspartnerschaft". Sie ist Erfindung der Leipziger Volkszeitung. Es gab im Vorfeld der Demo ein Gespräch mit der Polizei, bei dem es darum ging, zu erfahren, was an Auflagen und Bullentaktik zu erwarten ist. Dieses Gespräch hat sich als sinnvoll erwiesen. Der Polizei gegenüber wurden auf dem Gespräch keinerlei Zusagen gemacht. Das Konzept des BGR und die Bündnisarbeit haben sicherlich dazu beigetragen, daß die Demo nicht verboten wurde.

3) Es hat mit „preußischer Tradition" und „vorauseilendem Gehorsam" nichts zu tun, „wenn über den Lautsprecherwagen mehrfach aufgefordert wird, die Vermummung abzulegen". Vielmehr ist das die Absicherung der DemoanmelderInnen gegenüber der Polizei und dient dem Schutz der Demo vor Polizeiübergriffen. Wer auf Demos geht, müßte wissen, wie mit solchen Aufforderungen umzugehen ist. Es ist dazuzusagen, daß die Polizei während der Demo mehrmals ankündigte, wegen der Vermummung die Demo aufzulösen.

4) Es gab keine Zusammenrottung am Faschohaus. Dieses Gerücht durchzugeben, um die Demo anzuheizen, wäre unverantwortlich gewesen.

5) Die Faschos sind ungeschoren davon gekommen, stimmt. Aber nicht jede Demo ist dazu geeignet und beabsichtigt, ein paar dahergelaufenen Glatzen auf´s Maul zu hauen und dafür die Demo zu opfern. Gezielte Angriffe auf Fascho-Kader sind aus Demos heraus schwer zu organisieren und machen wohl viel mehr Sinn durch von zuverlässigen Antifa-Gruppen ausgeführten Überraschungsaktion.

-cf

Kurzmeldungen

Staat und Kirche

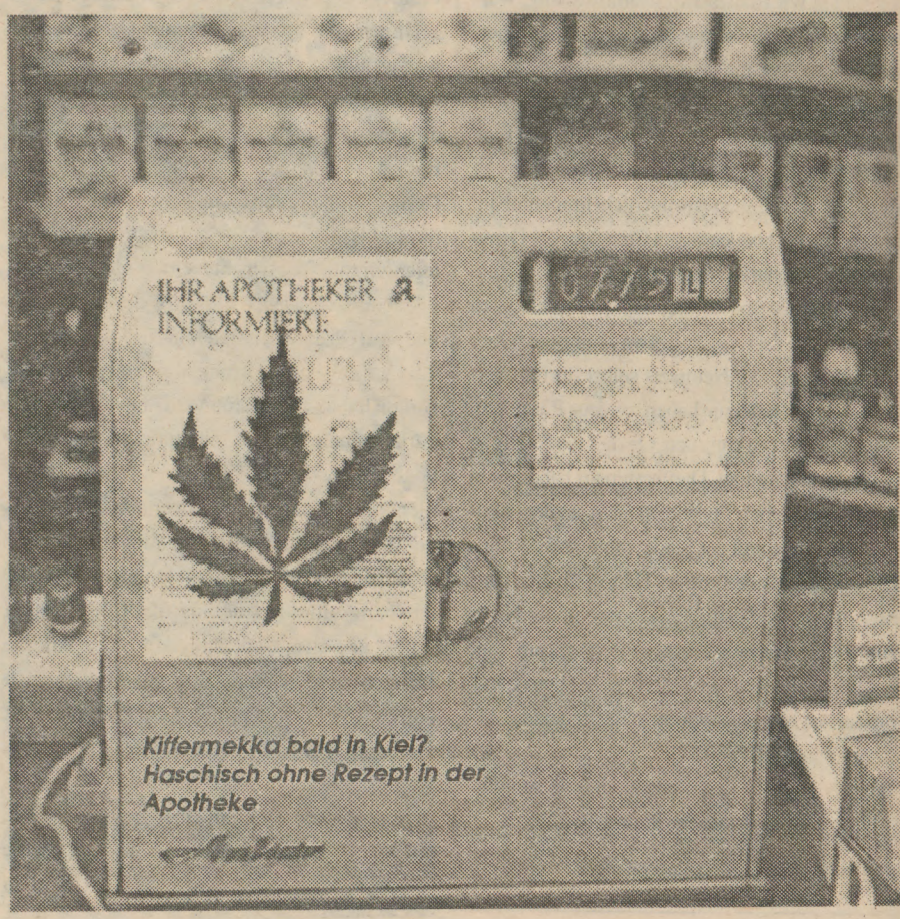
KIRCHE IN BERLIN DURCHSUCHT
Ausgestattet mit zwei Durchsuchungsbefehlen durchkämmten sieben Kripobeamte und ein Staatsanwalt die Räume einer Ostberliner Kirchengemeinde. Diese Durchsuchung stellt eine neue Eskalationsstufe in der Auseinandersetzung um das Kirchenasyl dar: die Fahnder suchten keine untergetauchten Flüchtlinge sondern die Namen und Anschriften von 20 Gemeindekirchenratsmitgliedern. Die Staatsanwaltschaft verdächtigte sie, „gemeinschaftlich" mit dem Pfarrer Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz zu leisten. Grund ist die ein Jahr zurückliegende Beherbergung eines ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiters um so Schutz vor der drohenden Abschiebung zu gewähren.

Genetischer Fingerabdruck

Der Bundestag hat es jetzt beschlossen. Zu strafrechtlichen Ermittlungen darf jetzt auf richterliche Anordnung das in allen Körperzellen enthaltene Genmaterial analysiert werden. D.h. werden Haare oder ähnliches am Tatort gefunden können die Geninformationen mit denen der Verdächtigen verglichen werden. Für eine Verurteilung reicht dieses Indiz allein noch nicht aus. Diese Analyseproben dürfen zwar nur für das Strafverfahren verwendet werden und müssen nach Gebrauch sofort vernichtet werden aber die Behandlung der Ergebnisse ist noch nicht geregelt. Die Genbefunde aller Untersuchten bleiben damit in den Akten. Auch ist noch keine Standardregelung für die Art und Weise der Arbeit der Gutachter getroffen worden. Aber solche geringfügigen Unzulänlichkeiten der neuen Regelungen müssen schon in Kauf genommen werden, wenn man endlich mal Durchblick nicht nur in die „kriminelle" Bevölkerung bekommen will.

Die Gepa und das Geld

Vor kuzem stand der Gepa noch der Konkurs in Aussicht. Der Großhändler für Dritte-Welt-Produkte wird zwar nun doch weiter bestehen und arbeiten, aber es wird einiges anders. Letztes Jahr stand die Gepa mit 2,9 Millionen Mark in den roten Zahlen. Deshalb soll bis Jahresende 1996 ein Konzept zur Konsolidierung erstellt werden. Vorgesehen sind Einsparungen und Umstrukturierungen in der Verwaltung durch z.B. Zusammenlegung der einzelnen Standorte, Stellenabbau von 110 auf 25, Minimierung des Angebots auf gut verkäufliche Produkte, weil zuviele Ladenhüter das Lager füllen und die Waren sollen hauptsächlich in guter Innenstadtlage mit hauptamtlichen Verkäufern abgesetzt werden. Letzteres dürfte für die Dritte- bzw .Eine-Welt-Vereine ein Schlag ins Gesicht sein. Die oft ehrenamtliche Arbeit zwecks Unterstützung einer guten Sache verliert an Beachtung und diese Läden werden der Konkurrenz aufgrund besserer Einkaufslage wohl kaum standhalten können.Ob die meist in diesen Läden enthaltenen Bibliotheken für Bildungs- und Informationsarbeit auch in den neuen Läden eingegliedert werden oder hinter den Konsum zu unscheinbaren Platzverschwendern herabdegradiert werden, bleibt abzuwarten. Unnütze und ökonomisch sinnlose Ausgaben einzusparen ist das Eine, aber das sollte nicht auf Kosten des Anspruchs, einen korrekteren Umgang mit den Verhältnissen in den betroffenen Ländern zu erreichen, gehen.



*Kiffermekka bald in Kiel?
Haschisch ohne Rezept in der Apotheke*

Kurzmeldungen

Daumenschrauben

Es gibt doch wirklich nichts, was es in Bayern nicht gibt. Das Sondergesetz zu Abtreibung (siehe Klaro nov/96) wird vorfristig in Kraft gesetzt. Gelten soll es eigentlich erst ab 1. Juli 1997, aber Ende September hat das baurische Sozialministerium ein Schreiben an die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenverbände in Bayern verschickt, indem es diese auffordert, bereits ab 1. Oktober 1996 nach dem Sondergesetz zu verfahren. Verschiedenen Frauen wurden die Abtreibungskosten nicht von den Krankenkassen erstattet, obwohl nach Bundesrecht die Kasse dazu verpflichtet gewesen wäre - und die Ärzte sitzen auf unbezahlten Rechnungen. Aber wer jetzt denkt, da muß frau eben in einen anderes Bundesland gehen, hat genauso wenig Glück. Die AOK in Miesbach lehnte bereits im Juli die Zahlung an einen Ludwigsburger Arzt ab - und Ludwigsburg liegt in Baden-Würtemberg.
Zwei Frauenärzte in Bayern, die sich auf Abtreibungen spezialisiert haben, klagen jetzt vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Schreiben des Ministeriums verstößt gegen höherrangiges Bundesrecht und das Gesetz dürfte wohl weder mit dem Bundesgesetz noch mit der Verfassung in Einklang zu bringen sein. Kommt das Bundesverfassungsgericht nicht zu diesem Schluß, werden in Bayern geburtenstarke Jahrgänge folgen, evt. andere Bundesländer nachziehen, das Bundesabtreibungsgesetz Schmierpapier werden und wir dürfen uns darauf freuen, was uns für Neuerungen in anderen Bereichen aus Bayern nach diesem Verfahrensprinzip noch ins Haus stehen. Als ob´s so nicht schon beschissen genug wäre. **Fuck up Bavaria**

DIE 3/8URZEN 1.:

- Der Luxus des Briefeschreibens
Ab September 1997 darf die Post das Porto erhöhen. Ein Standardbrief wird dann nicht wie bisher 1,-DM, sondern 1,10 DM und Postkarten statt -,80DM eine glatte Mark kosten. Der Rest wird auch nicht billiger. Die Post-AG erhofft sich mit der Portoerhöhung jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 800 Millionen Mark und Sekt für die leitenden Angestellten. Auch wird die Post nicht mehr gelb, sondern golden aussehen.

- Das Komitee **„Rettet die Ampelmännchen"** ist gegründet worden. Ein selbsternannter Che gibt sich klassenkämpferisch: " Das Ostampelmännchen lebt. Nieder mit den imperialistischen westdeutschen Verkehrsleuchtern. Künstler eben.

- Castor mobilisiert Polizisten und Gegner.
Der dritte Atommülltransport ins Zwischenlager Gorleben wird nun in der Woche vom 3. bis 7. März 1997 erfolgen. Laut Niedersachens Innenminister Glogowski (SPD) wird die Polizei „gut vorbereitet sein". Zwischen Bund und Ländern besteht jetzt Einigkeit über die Zusammenarbeit in dieser Frage, d.h. entsprechende Polizeikontingente sind zur richtigen Teit am richtigen Ort. Aber auch die Castorgegener rufen zu Gegenaktionen auf und bei denen sind die Zuständigkeitsfragen schon lange geklärt.

-Silvesterknaller *(zum Selbstausfüllen)*
*
*
*

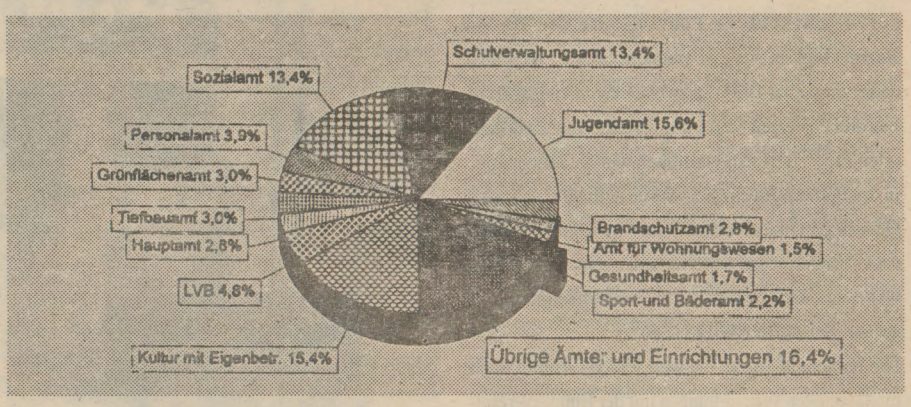
DIE 3/8URZEN 2.:

- Hamburg der Traum aller Autofahrer, fast ohne Radwege und fußgängerunfreundlich führt jetzt die brandneue AMPELCARD ein. In vorerst zwei der sieben Hamburger Bezirke wurden sämtliche Ampeln mit Lesegeräten ausgestattet, an denen mit einer Chipkarte die Grünschaltung beschleunigt werden kann. Die Karte löst das Fußgängergrün in maximal fünf Sekunden aus. Der Spaß kostet zwölf Pfennig pro Schaltung. Nicht nur, daß die Ampelschaltungen ausschließlich auf die Interessen des motorisierten Verkehrs ausgerichtet sind, jetzt sollen die umweltfreundlichen Verkehrsteilnehmer durch zusätzliche Kosten weiter benachteiligt werden. Die Politiker interessiert das wenig, bis Herbst `97 sollen alle Ampeln mit Lesegeräten ausgestattet werden. Weitere Städte haben bereits Interesse an der Ampelcard angemeldet und beraten über den Zeitpunkt der Einführung.

- Sonderpreis für das Haus Steinstraße
In diesem Jahr wurde zum ersten Mal ein Sonderpreis „Kultur von Kindern und für Kinder" vergeben. Dieser Preis wird vom Deutschen Kinderhilfswerk verliehen. Das Haus Steinstraße machte sich einen Namen mit seinen vielseitigen Kinder- und Jugendangeboten Tanz, Theater, Keramik, Video, Cafe usw. und brachte 20.000 DM nach Hause.

- Das Motto:
Leipzig. Den Wandel zeigen
Leipzig hat jetzt seine Bewerbungsunterlagen für die Teilnahme an der EXPO 2000 eingereicht und bewirbt sich mit 4 Projekten um die Anerkennung als „dezentrale Projekte der EXPO 2000 im Freistaat Sachsen"

So sieht der Haushaltsplan von Leipzig für 1997 aus. Peter Kaminski (noch im Amt) meint dazu: „Trotz Sparen wollen wir beispielsweise in Grünau eine neue Schwimmhalle bauen, wir planen ein neues Museum der Bildenden Künste auf dem Sachsenplatz, wir müssen neue Straßen und Brücken bauen und nicht zuletzt, es müssen Mittel übrig bleiben, um die Wirtschaft zu fördern, damit neue Arbeitsplätze entstehen. Das wird wieder eines dieser fetten Jahre - der Bürger steht im Mittelpunkt



Sagt nicht, ihr hättet nichts gewußt!

Eine Chronologie deutscher AusländerInnenpolitik

09.11.96

Die Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag verlangen einen speziellen **Antidiskriminierungsparagraphen für Polizeigesetze**. Sie begründen ihre Forderung mit der Tatsache, daß in bundesweit genutzten Erfassungsbögen zur Personenfahndung „Begrifflichkeiten der nationalsozialistischen Rassenlehre" benutzt würden. (jW 11.11.96)

11.11.96

Beamte des Bundesgrenzschutzes nehmen in Ostsachsen in der Nähe zur Grenze zu Tschechien 29 Flüchlinge nachdem sie **„illegal" eingereist** sind fest. (LVZ 13.11.96)

Als **„tickende Zeitbombe"** bezeichnet der Berliner CDU-Fraktionsgeschäftsführer Dieter Hapel **hohe AusländerInnenanteile in der Bevölkerung** wie in den Bezirken Kreuzberg, Wedding und Tiergarten. Erforderlich ist nach seiner Ansicht eine „Integrationsquote" die sich am stadtweiten AusländerInnendurchschnitt von zwölf Prozent orientiere. Wenn sie in einem Wohnblock erreicht ist dürfe keine AusländerIn mehr einziehen. (jW 12.11.96)

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß (PUA) der Hamburger Bürgerschaft legt seinen Abschlußbericht zum Hamburger Polizeiskandal vor. In ihm heißt es, es gebe **in der Hamburger Polizei keine „strukturellen" rechtsextremen und rassistischen Tendenzen**. Lediglich bestätigt wird, daß es einzelne Übergriffe gegeben hat die ausländerfeindlich motiviert waren. (jW 12.11.96)

Im **Prozeß vor dem Landgericht Frankfurt/Oder gegen acht frühere Polizibeamte der Wache Bernau** sagt ein weiterer vietnamesischer Zeuge aus, daß er im Januar 1994 mit zwei weiteren Vietnamesen von drei Polizisten wegen des Verkaufs von unversteuerten Zigaretten festgenommen wurde. Schon als er in das Polizeiauto einstieg wurde er mit der Faust ins Gesicht geschlagen und auf der Wache mußte er sich nackt ausziehen und wurde erneut mißhandelt. Er sagt weiter aus, daß er bei zwei früheren Festnahmen auch geschlagen wurde.(jW 12.11.96)

Die IG Bauen-Agrar-Umwelt (BAU) stimmt nach monatelangen Verhandlungen mit der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) einer **Allgemeinverbindlichkeit von Mindestlöhnen** zu. Diese soll aber erstmal auf acht Monate begrenzt sein. Jetzt gibt es kein Hindernis für die Einführung von Mindestlöhnen auf deutschen Baustellen mehr. (SZ 12.11.96)

12.11.96

Im **Prozeß gegen acht Polizisten der Wache Bernau vor dem Landgericht Frankfurt/Oder** sagen drei PolizistInnen der gleichen Wache aus. Alle drei können sich nicht erinnern, daß es Übergriffe auf VietnamesInnen gegeben hätte und haben erst durch die Presse bzw. bei Vernehmungen durch das LKA von den angeblichen Übergriffen erfahren. (jW 13.11.96)

13.11.96

Ein Petitionsausschuß des Bundestages verschiebt die Entscheidung über einen generellen **Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Zaire**. Laut Innenministerium müßte die Initiative für einen Abschiebestopp von den Bundesländern ausgehen. (jW 14.11.96)

14.11.96

Im Bundestag gibt es keine Mehrheit für mehr „Zurückhaltung" bei der **Abschiebung von bosnischen Flüchtlingen**. Für einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen die Abschiebungen nach Bosnien ganz auszusetzen stimmten nur 72 von 634 der anwesenden Bundestagsabgeordneten. 554 stimmten dagegen und acht enthielten sich. (FR 15.11.96)

Mit einer Mehrheit von CDU/CSU und FDP beschließt der Bundestag eine **Verschärfung des Ausländerrechts**. Jetzt können „kriminelle" und „gewaltätige" AusländerInnen schneller als bisher abgeschoben werden. AusländerInnen die schon lange in Deutschland können leichter eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bekommen. (FR 15.11.96)

Mit geringen Strafen endet der **Prozeß vor dem Hamburger Amtsgericht gegen fünf ehemalige Beamte des privaten Sicherheitsdienstes A.S.S.** Den in der Ausländerbehörde tätigen Wachleuten wurde gemeinschaftliche Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung vorgeworfen. Sie haben in mindstens acht „Fällen" BesucherInnen der Ausländerbehörde zusammengeschlagen. Die Verfahren gegen zwei Beamte wurde „wegen Geringfügigkeit" gegen eine Geldstrafe von 2000 DM eingestellt. Zwei andere wurden zu Bewährungsstrafen von einem Jahr und 1750 DM bzw 3500 DM Geldstrafe verurteilt und für den Fünften fordert die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe

Reingewaschen: Hamburger Polizei nicht rassistisch

von einem Jahr und sechs Monaten. (jW 16.11.96)

Die **polnische Grenzpolizei nimmt 95 Flüchtlinge kurz vor ihrem „illegalen" Grenzübertritt nach Deutschland fest.** Sie sind in Lastwagen versteckt nach Polen eingereist. (SZ 15.11.96)

Das **Verfahren gegen sechs kurdische HausbesetzerInnen** wird von dem Münchner amtsgericht ausgesetzt und an eine Große Strafkammer des Landgerichts München verwiesen. Nach Angaben des Gerichts, beantragte die Staatsanwaltschaft den vorläufig fallengelassenene Vorwurf der Betätigung für die verbotene PKK, wieder aufzunehmen und über dieses Delikt muß die Staatsschutzkammer des Landgerichts verhandeln. Gegen die vier Männer und zwei Frauen wurde Ende Oktober wegen der Besetzung der Räume des 1995 verbotenen Kurdischen Elternvereines verhandelt. (SZ 15.11.96)

SteuerfahnderInnen und **Beamte des Ordnungs- und Arbeitsamtes durchsuchen in Leipzig 19 Gaststätten auf der Suche nach „illegal" Beschäftigten.** Sie werden auch fündig, 14 KellnerInnen, KöchInnen und andere Beschäftigte besitzen keine Arbeitserlaubnis. Vier ausländische Angestellte können sich nicht ausweisen und werden vorübergehend festgenommen. (LVZ 16./17.11.96)

15.11.96

Einen Tag nachdem der Bundestag mehrheitlich für die **Abschiebung von bosnischen Flüchtlingen** gestimmt hat, läd der Berliner Flüchtlingsrat zu einer Pressekonferenz. Er erklärt, daß am 4.11. **der 34jährige bosnische Flüchtling Senad Becirovic Selbsmord** beging nachdem seine Duldung nicht verlängert, sein Paß eingezogen und er zur Ausreise aufgefordet wurde. Der Flüchtlingsrat erklärt, daß er weitere Selbstmorde nicht ausschließen kann. (jW 16.11.96)

Die **Polizei nimmt** in Hannover bei einer Razzia **vier mutmaßliche MitgliederInnen der** in Deutschland verbotenen **türkischen „Revolutionären Volksbefreiungsfront" (DHKP-C) fest.** (FR 16.11.96)

16.11.1996

Die Ausländerbeauftragte Brandenburgs Almuth Berger (Bündnis 90/Grüne) kritisiert die von der Koalition im Bundestag beschlossenen **Änderungen des Ausländerrechts** scharf. Es sei „skandalös", den in den neuen Ländern lebenden ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen ihre Aufenthaltszeiten nur zur Hälfte anzuerkennen, sagt sie in Potsdam. AusländerInnen, die seit acht Jahren in Deutschland lebten, hätten ein Recht auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Dies werde den im Osten lebenden ausländischen ArbeiterInnen durch die Zeit-Halbierung aber verweigert, erklärt sie weiter. Die Gesetzesänderung bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates. Kritik übt die Grünen-Politikerin auch an der nun beschlossenen Ausweisung „straffällig" gewordener AusländerInnen bereits nach dreijährigen Strafen. Nun kann auch bei drohender Verhaftung und Folter in den Bestimmungsländern abgeschoben werden. (ddpADN 16.11.96)

Im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gibt es keine Mehrheit für eine Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl in seiner alten Form. Eine entsprechende Forderung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) wird auf dem DGB-Bundeskongreß in Dresden nicht in das neue Grundsatzprogramm aufgenommen. Statt dessen beschließen die Delegierten eine schwächere Formulierung, wonach der DGB „für das Grundrecht auf Asyl auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention" eintrete. (ddpADN 16.11.96)

Eine schnelle **Rückkehr der in Deutschland lebenden Bosnien-Flüchtlinge** ist nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Bundestags-Unterausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe Christian Schwarz-Schilling „unzumutbar", weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet sei. Solange „den kriminellen Machenschaften in Bosnien nicht Einhalt geboten wird, brauchen wir an die Rückkehr der Flüchtlinge keinen Gedanken zu verschwenden", erklärt er in München. Den auch von CDU/CSU-Parteifreunden erhobenen Vorwurf, die Flüchtlinge wollten sich dem Wiederaufbau ihres Landes entziehen, weißt Schwarz-Schilling entschieden zurück. „In Bosnien wurden die Kriegstreiber nicht besiegt", vielmehr seien „die Kriegsverbrecher dort die Helden". Für die Nachfolge der Ifor-Friedenstruppe verlangt Schwarz-Schilling deshalb ein „verschärftes Mandat". Andernfalls drohe „ein neuer Krieg" zwischen den verfeindeten Bevölkerungsgruppen, sagt er. (ddpADN 16.11.96)

17.11.1996

Die **Familie Murganic soll** aus dem oberbayerischen Preißenberg **nach Mazedonien abgeschoben werden.** Der Münchner Rechtsanwalt Michael Sack befürchtet, daß die Familie mit den Einreisedokumenten nicht einmal die mazedonische Staatsbürgerschaft bekommt. Vor allem bei Branislav Murganic ist dies „so gut wie ausgeschlossen". Denn der Familienvater wurde in Serbien geboren und zog erst nach seiner Heirat im Jahr 1984 ins mazedonische Skopje. Der Anwalt hat Angst, daß die Familie auseinandergerissen wird. Da Vater und ältere Tochter lediglich eine Einreisegenehmigung, nicht aber wie Mutter und kleine Tochter eine Heimreiseerlaubnis erhielten, könnte Branislav Murganic ohne weiteres nach Rest-Jugoslawien weitergeschoben werden. Sack hat deshalb beim Verwaltungsgericht München einen Antrag auf Duldung aus humanitären Gründen in Deutschland gestellt. „Die Abschiebung verstößt eindeutig gegen Artikel 6 des Grundgesetzes, der den Schutz von Ehe und Familie garantiert", sagt der Rechtsanwalt. (dpa 17.11.96)

Der **Bundesgrenzschutz schiebt vom Frankfurter Flughafen eine 31jährige Frau nach China ab.** Als Protest und aus Angst vor der Abschiebung verletzt sich die Frau mit dem Deckel einer Konservendose am Unterleib. Der Frau droht in China eine Unterbringung in einem Straf- bzw. Umerziehungslager. (FR 18.11.96)

Der CDU-Abgeordnete Helmut Heidrich fordert, daß **AussiedlerInnen** aus den GUS-Staaten nur noch nach Deutschland eireisen dürfen wenn sie ihre **Deutschkenntnisse in einem Sprachtest nachgewiesen haben.** er beruft sie auf ein Urteil des Bundesverfassungsgericht das entschieden hat daß die „deutsche Volkszugehörigkeit" nur dann vorliegt wenn der/die Betroffene deutsch sprechen könne. (Bild 18.11.96)

Das Statistische Landesamt in Kamenz teilt mit, daß die **„Zahl" der leistungsberechtigten AsylbewerberInnen** im Jahr 1995 gegenüber dem Vorjahr **um 16% gestiegen** ist. Die Summe der leistungen betrug rund 72 Mio. Mark. (LVZ 18.11.96)

Das **homosexuelle Lebensgemeinschaften** nicht mit der Ehe gleichgesetzt sind ist für Münchens Oberbürgermeister Christian Ude „keine Diskriminierung lesbischer und schwuler binationaler Partnerschaften". Immerhin gebe es eine Ermessens-Chance, über die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für gleichgeschlechtliche PartnerInnen. (SZ 18.11.96)

18.11.1996

Die seit fünf Jahren im oberbayerischen Peißenberg lebende mazedonisch-serbische Flüchtlingsfamilie Murganic darf über Weihnachten in Deutschland bleiben. Das Landratsamt in Weilheim teilt mit, daß die **Frist zur Ausreise der Familie Murganic nach Mazedonien bis 7. Januar 1997 verlängert** wird. Weiter heißt es in der Ausländerbehörde, laut Auskunft der mazedonischen Botschaft sei eine Trennung der Familie in Skopje nicht zu befürchten. (dpa 18.11.96)

Der sächsische Ausländerbeauftragte Heiner Sandig fordert in Dresden eine Verlängerung des Zeitplans für die **Rückführung der in Deutschland lebenden Bosnien-Flüchtlinge.** Das Innenministerium will dagegen am bisherigen Zeitplan für die Rückführung festhalten. Laut Innenminister Klaus Hardraht (parteilos) sollten die Flüchtlinge im Interesse des dringend erforderlichen Wiederaufbaus so schnell wie möglich freiwillig in ihr Land zurückkehren. Sandig ist der Meinung, daß vor allem keine großen Gruppen

zurückkehren sollen, da damit die dortigen Gemeindeverwaltungen überfordert seien. Außerdem sollte auf Abschiebungen - bis auf wenige Ausnahmen wie „Straftäter" - vorerst verzichtet werden.

(AFP 18.11.96)

Der Rechtsanwalt Rolf-Dieter Hermann erklärt, daß die Ablehnung eines Befangenheitsantrags gegen einen Richter des Frankfurter Landgerichts keinen Bestand hat, weil die Erklärung des Richters „nachweislich unwahr" ist. Der Befangenheitsantrag wurde gestellt, nachdem der Richter den **afro-amerikanischen Mandanten des Anwalts als „Mohr" bezeichnete**. Der Richter erklärte, daß der „Begriff" „Mohr" erst nach der Beratung des Gerichts in den Beschluß aufgenommen wurde. Nach den Informationen des Anwalts gab es diese Beratung des Gerichts nicht und der Richter hat den Beschluß legiglich überflogen und dann unterschrieben. (FR 19.11.96)

Die niedersächsische Landesregierung nimmt zu dem Verhalten von Polizeibeamten des Mobilen Einsatzkommandos in Braunschweig Stellung. Diese hatten vor vier Monaten **Kurden bei ihren Festnahme Jutesäcke über den Kopf gestülpt und sie mißhandelt**. Die Landesregierung erklärt, daß die Polizisten nicht erkannt werden wollten und außerdem sollte durch eine „Reduzierung der Wahrnehmungsfähigkeit möglichen Widerstandshandlungen vorgebeugt" werden. Die Verletzung eines der Kurden wurde durch dessen Widerstandhandlung hervorgerufen, erklärt die Landesregierung weiter.. (jW 19.11.96)

19.11.1996

Der evangelische Landesbischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, lehnt eine **Rückführung bosnischer Kriegsflüchtlinge** in ihre „Heimat" während des Winters ab. Während einer Bosnien-Reise sagt er, er sei erschüttert über das Ausmaß der zerstörten Häuser und der Plünderungen. Es ist zwar notwendig

das die Flüchtlinge zurückkehren, sagt er weiter, aber zum jetzigen Zeitpunkt müßten die Vorbereitungen für das kommende Frühjahr und den Sommer getroffen werden, damit dann die Flüchtlinge in größere Zahl zurückkehren könnten. (ddpADN 19.11.96)

Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin entscheidet in einem in Berlin veröffentlichten Urteil, daß ein **Bürgerkrieg im „Heimatland" eines/r Asylberwerbers/in ein „zwingendes Abschiebehindernis"** darstellen kann. Dies ist dann der Fall, wenn aufgrund der bewaffneten Auseinandersetzungen eine extreme Gefahrenlage besteht. Im vorliegenden „Fall" eines Asylbewerbers aus Angola sei deshalb vom Berufungsgericht zur Recht die Ausweisungsverfügung aufgehoben worden. (Aktenzeichen BVerwG 1 C 6.95)

(ddpADN 19.11.96)

Das Bundesinnenministerium teilt mit, daß am 20.11. der Innenminister Manfred Kanther (CDU) und der bosnische Minister für Flüchtlinge und Emigration, Nudzeim Recica, in Bonn ein **Abkommen** unterzeichnen werden, **daß Bosnien-Herzegowina dazu verpflichtet alle bosnischen Flüchtlinge die in Deutschland leben „zurückzunehmen"**.

(AFP 19.11.96)

Ein Portugiese und ein Mosambikaner werden von rechten Jugendlichen in Erfurt zusammengeschlagen. Die **Polizei bestätigt** allerdings **nicht**, daß die AngreiferInnen der rechten Szene angehören.

(AFP 21.11.96)

20.11.1996

Bundesinnenminister Kanther und Bosniens Minister für Flüchtlinge und Emigration, Recica, unterzeichnen in Bonn ein Abkommen zur Rückführung von bosnischen Kriegsflüchtlingen aus Deutschland in ihre „Heimat". Die Vereinbarung betrifft insgesamt rund 320.000 Menschen. Ähnliche Vereinbarungen hat Bonn bereits mit der auś Serbien und Montenegro bestehenden Bundesrepublik Jugoslawien sowie mit Kroatien abgeschlossen. Zudem gibt es solche Abkommen mit Bulgarien, Rumänien, Polen, Tschechien, Vietnam und der Schweiz. Paraphiert, aber noch nicht unterzeichnet sind entsprechende Abkommen mit Algerien und Pakistan. Kanther sagt, die Bundesrepublik habe mit der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge ihre humanitären Verpflichtungen „in höchstem Maße" erfüllt. „Jetzt müssen die Kriegsflüchtlinge allerdings wieder nach Hause zurückkehren, um beim Aufbau ihrer zerstörten Heimat mitzuhelfen." Nach dem Beschluß der InnenministerInnen und -senatorenInnen vom 19. September sei mit der Rückführung von StraftäterInnen ab dem 1. Oktober „in geringem Umfang" bereits begonnen worden. Die gesamte Rückführung werde entsprechend dem mit den InnenministerInnen der Länder abgestimmten Phasenplan, der auch in den Rückübernahmevertrag aufgenommen worden sei, „zeitlich in geordneter und humaner Weise und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Entwicklung der Lage vor Ort" ablaufen, sagt Kanther. (ddpADN/AFP 20.11.96)

Thüringens Innenminister Richard Dewes (SPD) rechnet damit, daß ein Teil der bosnischen Flüchtlingen „auf Dauer" in Deutschland bleiben wird. Damit werde man sich abfinden müssen, da es für einen Großteil der in Deutschland lebenden 320.000 Flüchtlinge derzeit „objektiv" keine Möglichkeit zur Rückkehr gebe, sagt er in Erfurt. Thüringen werde mit der **Rückführung bosnischer Flüchtlinge** frühestens im April nächsten Jahres beginnen. Dewes spricht sich nachdrücklich für ein **Einwanderungsgesetz** aus. Indem jährlich eine gewisse Quote für Einwanderungen festgelegt wird, könnte das „Ausländerproblem wesentlich entschärft" werden, erklärt er

(ddpADN 20.11.06)

Mecklenburg-Vorpommern hält am Beschluß der letzten InnenministerInnenkonferenz fest, **junge bosnische Familien und alleinstehende Flüchtlinge** bis Sommer nächsten Jahres **in ihre „Heimat" zu schicken**. Das Land setze jedoch auf die freiwillige Rückkehr, sagt Innenminister Rudi Geil (CDU) auf in Schwerin. (ddpADN 29.11.06)

Vier Flüchtlinge fliehen aus der Abschiebehaft in Worms. Die 21 bis 25 Jahre alten Männer sägen das Gitter des Zellenfensters durch und seilen sich mit Bettlaken ab. Eine Polizeifahndung bleibt erfolglos.

(AFP 20.11.96)

Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) begrüßt das unterzeichnete **Abkommen mit Bosnien zur Rückführung von Kriegsflüchtlingen** aus Deutschland in ihre „Heimat". Dies sei ein wichtiges Zeichen für die schrittweise Normalisierung in Bosnien, erklärt Kinkel in Bonn. Bei einer Rückführung müsse allerdings sichergestellt sein, daß den Betroffenen „keine Gefahr für Sicherheit und Leben droht". Der Außenminister fügte hinzu: „Wir waren human bei der Aufnahme der Flüchtlinge, wie werden ebenso human bei der Rückführung verfahren." (ddpADN 20.11.9)

Der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) erklärt in München, das Abkommen zeige, daß die Rückführung „im beiderseitigen Interesse ist und daß eine **Rückführung mit Augenmaß** auch von der bosnischen Seite akzeptiert wird". Der Abschluß zeige, „wie unberechtigt die bisweilen bösartige Kritik" an der bayerischen Rückführungspraxis gewesen sei. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke kritisierte das Abkommen als „Ausdruck der unmenschlichen Haltung" der InnenministerInnen. (AFP 20.11.96)

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche" spricht sich in Köln für einen **Abschiebestopp nach Zaire** aus. Sie appelliert an die Konferenz der InnenministerInnen und -senatorenInnen, abgelehnte AsylbewerberInnen aus humanitären und rechtlichen Gründen nicht nach Zaire zu schicken. (dpa 20.11.06)

Nach der Unterzeichnung des Rückführungsabkommens zwischen Bonn und Sarajevo will Berlin zunächst nur eine **geringe „Zahl" bosnischer Bürgerkriegsflüchtlinge abschieben.** „Wir betreiben eine behutsame Rückführung und wollen alles tun, damit die Menschen freiwillig nach Bosnien-Herzegowina zurückkehren", sagt der Berliner Innen-Staatssekretär Kuno Böse (CDU). Befürchtungen, daß Berlin „massenhaft" Flüchtlinge während der sehr kalten Wintermonate in vom Bürgerkrieg zerstörte Gebiete zurückschicke, seien vollkommen unbegründet, betont Böse. „Dies wird nicht der Fall sein." Für die erste Phase der Rückführung, die bis zum 30. Juni 1997 abgeschlossen sein soll, käme theoretisch ein Kreis von 9.000 Personen in Frage. Ab Mai 1997 soll dann die zweite Phase der Rückführung beginnen.

(ddpADN 20.11.96)

Vier **Flüchtlingskinder im Alter zwischen 12 und 14 Jahren sollen nach Äthiopien abgeschoben** werden. Die BetreuerInnen aus der interkulturellen Wohngruppe in einem Jugendhilfezentrum in Klein-.Zimmern (Kreis Darmstadt-Dieburg) richten eine Petition an den Hessischen Landtag, um die vorgesehen Abschiebung am 28.11. zu verhindern. Die bisherigen Recherchen der BetreuerInnen ergaben, daß die Kinder in Äthiopien nichts gutes erwartet und das unklar ist wer sich dort um sie kümmert.

(FR 21.11.96)

Die SPD-Fraktion erwägt der CDU in einer Gesetzesinitiative über **„Verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen"** nachzugeben. das Berliner LandspolizeigesetzASOG soll dahin gehend geändert werden, daß Polizeikontrollen jenseits von Straftatverdacht oder den sogenannten gefährlichen Orten durchgeführt werden können. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dieter Hapel, will dadurch die „organisierte Kriminalität" eindämmen und der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei betont die Notwendigkeit der „verdachtsunabhängigen" Kontrollen, „Berlin ist eine Drehscheibe nach Osteuropa zum Beispiel für Schleuser. Wir brauchen verdachtsunabhängige Kontrollen, aber bitte mit rechtsgrundlage". (TAZ 21.11.96)

21.11.1996

Einen Tag vor der Innenministerkonferenz in Hamburg fordert die bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge Pro Asyl das **Ende von Abschiebungen in Bürgerkriegsländer**. Mit Verweis auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts erklärt Pro Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann in Frankfurt am Main, die von den Richtern festgelegte Verpflichtung müßten nun von den InnenministerInnen von Bund und Ländern vereinbart werden, die am Freitag zu ihrer turnusgemäßen Konferenz zusammenkommen.

(AP 21.11.96)

Der Sprecher des sächsischen Innenministeriums Olaf Mager erklärt, daß Sachsen an dem Stufenplan zur **Rückführung der bosnischen Kriegsflüchtlinge** unbedingt festhalten will und mit den Rückführungen am 1.4.97 damit beginnen will. (ddpADN 21.11.96)

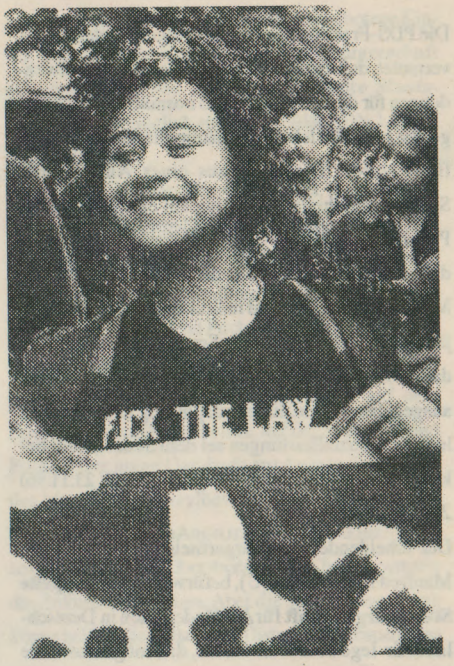
EinE wegen „besonders schwerer Straftaten" verurteilteR AusländerIn muß damit rechnen, nach Verbüßen seiner/ihrer Haftstrafe **aus Deutschland ausgewiesen** zu werden. Nach einem veröffentlichten Beschluß des Oberverwaltungsgerichts Koblenz gilt dies auch für Personen, die seit ihrer Geburt praktisch ununterbrochen in der Bundesrepublik gelebt haben. „Derart gefährlichen Auswüchsen muß im Interesse der öffentlichen Ordnung möglichst umfassend und wirkungsvoll begegnet werden", erklären die Richter zur Begründung. Im vorliegenden Fall war ein Türke gegen seine Ausweisung durch die Stadt Mainz vor das OVG gezogen. Der Mann hatte 1992 als 18jähriger nach einem Streit in einer Diskothek einen Kontrahenten mit Messerstichen tödlich verletzt. Nach Verbüßung der Haft soll er nun die Bundesrepublik verlassen. Die Koblenzer Richter bezeichneten das Vorgehen der Mainzer Ausländerbehörde als rechtens. Der Totschlag sei keine unglückliche Entgleisung gewesen. EinE AusländerIn, der sich zu einem derart schweren Übergriff hinreißen lasse, müsse das Bundesgebiet verlassen. (Aktenzeichen: 10 B 12337/96.OVG)

(AP 21.11.96)

Der BGS-Sprecher Klaus Ludwig bestätigt, daß **abgelehnten AsylbewerberInnen im Flughafenverfahren auf dem Frankfurter Flughafen** eine vorformulierte Erklärung vorgelegt wird, in der diese sich bereiterklären können zunächst „freiwillig" im Transitbereich auszuharren und dann „freiwillig" auszureisen sobald ihre Paßpapiere vorliegen. Dieses Formular wurde vom BGS nach dem Gerichtsurteil des Frankfurter Oberlandegerichts, wonach die längerfristige Inhaftierung abgewiesener Flüchtlinge im Transitbereich des Frankfurter Flughafens ohne richterliche Anordnung für rechtswidrig erklärt wurde, eingeführt, erklärt er. (FR 22.11.96)

22.11.199

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) hält eine **„Massenrückkehr" der Flüchtlinge nach Bosnien-Herzegowina** zur Zeit nicht für möglich. Nach einer Informationsreise nach Kroatien und Bosnien-Herzegowina erklärt sie in Berlin, daß eine „massenweise Rückkehr von Flüchtlingen nach Lage der Dinge alle Aufbaubemühungen gefährden" würde.



(ddpADN 22.11.96)

Es gebe zwischen den InnenministerInnen von Bund und Ländern **in der „Bosnienfrage" „keine Divergenzen mehr"**, sagt Sachsens Innenminister Klaus Hardraht am Rande der Innenministerkonferenz in Hamburg. Ab März 1997 könne mit der Rückführung begonnen werden. Der Winter werde aber noch abgewartet. (ddpADN 22.11.96)

Die CSU fordert eine **rasche Rückführung der bosnischen Flüchtlinge** aus Deutschland in ihre „Heimat". In einem auf dem CSU-Parteitag in München beschlossenen Antrag wird unterstrichen, es gebe in Bosnien „unbestritten für jeden Bürgerkriegsflüchtling einen sicheren Platz". Wer sich dem Wiederaufbau in dem Land verweigere und zu einer freiwilligen Rückkehr nicht bereit sei, der müsse „mit einer zwangsweisen Rückführung rechnen". Die CSU bekräftigt zugleich, daß **doppelte Staatsangehörigkeiten** grundsätzlich vermieden werden müßten. Auch Vorschläge zu einem **Einwanderungsgesetz** und Quotenregelungen für eine Zuwanderung weißt die CSU zurück. In dem verabschiedeten Entschließungsantrag wird ferner unterstrichen, das sogenannte Kirchenasyl für abgelehnte AsylbewerberInnen sei „Rechtsbruch und unzulässig". Ein Widerstandsrecht gebe es nur gegen Unrechtsregime.

(ddpADN 22.11.96)

Die PDS-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses vermutet, daß die Debatte um die finanzielle Aufwendungen für die mehr als 30.000 bosnischen Flüchtlinge, die in Berlin leben, mit manipulierten Zahlen geführt wurde. Dies geht aus einer Antwort der Senatsgesundheitsverwaltung auf eine Anfrage der PDS hervor. Während CDU-PolitikerInnen erklärten, daß sich die „Kosten" für die Flüchtlinge auf 800 Mio.DM an direkten und indirekten Sozialleistungen jährlich belaufen, erklärt die Senatorin Beate Hübner, daß 1995 500 Mio. DM für **bosnische Flüchtlinge** ausgegeben wurde. Eine Aufsplittung in direkte und indirekte Sozialleistungen sei dem Senat „nicht bekannt". (jW 23.11.96)

24.11.1996

Der scheidende Oberbürgermeister von Stuttgart, Manfred Rommel (CDU), befürwortet die **doppelte Staatsbürgerschaft** für AusländerInnen in Deutschland. Er lege aber Wert darauf, daß möglichst viele

Stundenlanges, vergebliches Warten: Tor der Hamburger Ausländerbehörde

die deutsche Staatsangehörigkeit bekämen und damit zu „Gleichen unter Gleichen" würden, sagt er. „Wir müssen gerade den Jungen das Gefühl geben, daß sie dazugehören und daß sie verantwortlich sind für das Gemeinwohl." Dies sei der größte Beitrag zur Sicherheit und zum sozialen Frieden. (AFP 24.11.96)

25.11.1996

Der 31jährige Miguel Rodriguez hat Aids und deswegen Probleme mit der Ausländerbehörde, die dem **arbeitsunfähigen Mann** nach 15 Jahren in Deutschland **ungern eine weitere Aufenthaltsgenehmigung ausstellen**. Jetzt soll die Mutter seines verstorbenen Freundes für ihn bürgen ansonsten wird er nach Spanien abgeschoben. Er ist kein „Einzelfall", wer als Folge von Aids oder einer anderen Krankheit arbeitsunfähig ist, muß um seine Aufenthaltsgenehmigung bangen - und ohne die fällt wiederum die Krankenversicherung weg. Noch aussichtsloser ist die Lage von „illegal" in Deutschland lebenden AusländerInnen mit Aids, die noch nicht einmal Zugang zu einer medizinischen Grundversorgung haben. (AP 25.11.96)

26.11.96

Der Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), Peter Gingold, die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke mit ihrem Büro, die Jusos aus Hessen-Süd und anere setzen sich **mit einer Plakatkampagne für die Aufhebung des** vor drei Jahren von Innnenminister Manfred Kanther (CDU) verfügten **Verbots der PKK** ein. (jW 27.11.96)

Die Bayerische Grenspolizei teil in München mit, daß am vergangen Wochenende **22 „illegal" eingereiste AusländerInnen und sechs „SchlepperInnen" verhaftete** worden sind. (SZ 27.11.96)

Die Zentrale Abschiebebehörde für Flüchtlinge in Bad Schwalbach hat die **geplante Abschiebung von vier Jugendlichen, im Alter zwischen zwölf und vierzehn Jahren, nach Äthiopien kurzfristig ausgesetzt**. eine Sprecherin des Landratsamtes sagt, daß zunächst die Entscheidung des Petitionsausschusses des Hessischen Landtages, der am 5.12. tagt, abgewartet wird. Die vier Jugendlichen sind wahrscheinlich 1994 als „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge" auf dem Frankfurter Flughafen angekommen und vermutlich bei ihren Verwandten nicht willkommen. (Fr 27.11.96)

27.11.1996

Der CDU-Rechtspolitiker und stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktionen im Bundestag Rupert Scholz spricht sich für eine **befristete doppelte Staatsangehörigkeit von Kindern der dritten Ausländergeneration** aus. Nach seinen Erklärungen, bieten diese jungen Menschen die idealen Voraussetzungen zur vollen Integration in Deutschland, hängen aber auch noch an der Heimat ihrer Vorfahren. „Der deutsche Staat sollte ihnen in diesem Zwiespalt helfen, auf sie zugehen und nicht darauf warten, bis sie selber kommen." Im Unterschied zu Vorstellungen der FDP und von CDU-Reformern, die den automatischen Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bei der Geburt vorsehen, schlägt der Verfassungsrechtler vor, ausländischen Eltern die Möglichkeit zu geben, für ihre Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Dies sollte laut Scholz mit der Auflage verbunden sein, bis zum 18. Lebensjahr die andere Staatsangehörigkeit ruhen zu lassen und sich dann für eine der beiden Nationalitäten zu entscheiden (AP 27.11.96)

Im Prozeß gegen zwei Faschos wegen eines Angriffs auf drei britische Bauarbeiter in Mahlow hat der Bürgermeister die brandenburgischen Gemeinde in Schutz genommen: **„Mahlow ist nicht ausländerfeindlich"**, sagte Bürgermeister Werner La Haine vor dem Potsdamer Landgericht. Einer der Angegriffenen ist seitdem querschnittsgelähmt. (AP 27.11.96)

Das Bundessozialgericht in Kassel entscheidet, daß **AusländerInnen ohne Aufenthaltsberechtigung keinen Anspruch auf Kindergeld** haben. Mit dem Urteil wird die Klage eines Libanesen abgewiesen, der mit seiner zehnköpfigen Familie seit 1985 in Deutschland lebt. Er hatte bislang monatlich 2.140 Mark Kindergeld erhalten. Da der Aufenthalt der Familie in Deutschland nur geduldet wird, wurde ihr das Kindergeld aufgrund des neuen Ausländergesetzes entzogen. Sie erhält statt dessen 2.018 Mark Sozialhilfe. Der Libanese klagte daraufhin wegen Verstoßes gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung. Er erklärt, weil er Sozialhilfe beanspruche, habe er keine Aussicht mehr auf eine unbefristete Aufenhtaltsgenehmigung. (AP 27.11.96)

Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) fordert in Stuttgart **bessere Rahmenbedingungen für das Studium von AusländerInnen** in Deutschland. „Wir müssen die zukünftigen Entscheidungsträger aus den dynamischen Schwellenländern Asiens, Lateinamerikas und Afrikas ausbilden", sagt Teufel nach Rückkehr von einer Südafrika-Reise. Für die GaststudentInnen dürfe das Ausländer- und das Arbeitsrecht kein Hemmnis sein. Sie müßten außerdem an den deutschen Hochschulen besser sozial und fachlich betreut werden. Teufel kündigt eine Initiative in der Ministerpräsidentenkonferenz an. (dpa 27.11.96)

Als sich im **Prozeß gegen drei Kurden vor dem**

Münchner Oberlandesgericht einer der Angeklagten, Kemal Coskun, in seiner Verteidigungsrede zu dem von der PKK organisierten kurdischen Befreiungskampf bekannte und die deutsche Politik als imperialistisch kennzeichnete beschlagnahmt der Richter den Redetext. Dies ist „Werbung für eine terroristische Vereinigung", so der Richter. (jW 29.11.96)

Wegen massiver **Polizeipräsenz** wird eine Podiumsdiskussion der **niedersächsisch-kurdischen Initiativgruppe** „Dialog statt Verbot" in Hannover vorzeitig abgebrochen. Wenige Minuten vor dem Beginn der Veranstaltung überreicht die Polizei der grünen Landtagsabgeordneten Heidi Lippmann-Kasten - Mitinitiatorin des neugegründeten Bündnisses - eine Auflagenverfügung. In dieser wird die Gruppe als „Nachfolge- bzw. Tarnorganisation" des deutsch-kurdischen Freundschaftsverein in Braunschweig, Musa Anter, bezeichnet. Der Verein wurde wegen Verbots aufgelöst. (jW 29.11.96)

28.11.1996

Berlins Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) appeliert an die noch rund 30.000 in der Stadt lebenden **bosnischen Flüchtlinge**, sich auf eine freiwillige Rückkehr in ihre Heimat vorzubereiten. Faktisch unbegrenztes Bleiberecht in Deutschland gebe es nicht, betonte der Senator im Abgeordnetenhaus. Er kündigt an, daß es bis zum Frühjahr „begrenzte" Abschiebungen geben wird. Für Kriegsdienstverweigerer habe das Parlament von Bosnien-Herzegowina ein Amnestie-Gesetz erlassen, sagt er. (ddpADN 28.11.96)

Laut dem nordrhein-westfälischen Innenminister Franz Josef Kniola (SPD) hat die im März in Nordrhein-Westfalen gegründete **Härtefall-Kommission** zur Überprüfung von Abschiebeentscheidungen der Ausländerbehörden gute Arbeit geleistet. Die Kommission habe in den ersten acht Monaten 224 Anträge von Flüchtlingen behandelt und dabei 46 Enpfehlungen im Sinne der AntragstellerInnen abgegeben. Die Ausländerbehörden sind zwar rechtlich nicht an die Empfehlungen gebunden folgen ihnen aber in der Regel, sagt Kniola. (FR 29.11.96)

30.11.1996

Der „Bosnien-Schlichter" Christan Schwarz-Schilling (CDU) vertritt die Auffassung, daß **bosnische Flüchtlinge** auch im Jahr 2000 und danach noch in großer Zahl in Deutschland bleiben. Der ehemalige Bundespostminister wendet sich zudem gegen eine schnelle, auch zwangsweise Rückführung der Flüchtlinge. Das wäre „völlig falsch angesichts des zerstörten Landes", sagt Schwarz-Schilling. „Das muß auch den Hardlinern unter deutschen Politikern klar sein. Wer jetzt Flüchtlinge im Eiltempo nach Hause schickt, riskiert das Leben der Heimatvertriebenen und den Aufbauprozeß des Landes." (ddpADN 30.11.96)

Bündnis 90/Die Grünen fordert die Bundesregierung und die Länder auf, **keine Flüchtlinge nach Bosnien und in den Kosovo zurückzuschicken**. Anderslautende Beschlüsse der Innenministerkonferenz müßten zurückgenommen werden, heißt es in einer auf dem Grünen-Parteitag in Suhl einstimmig angenommenen Resolution. Die hier lebenden Flüchtlinge müßten den Status von Bürgerkriegsflüchtlingen bekommen, bis sie freiwillig zurückkehren können.

(ddpADN 30.11.96)

01.12.96

Gegen die **drohende Abschiebung von rund 600 russischen Deserteuren** aus Deutschland wendet sich der CDU-Politiker Horst Eylmann. Der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag sagt, die Soldaten und ihre Familien müßten nach Ablehnung der Asylanträge in der Heimat „das Schlimmste befürchten". „Es muß eine humanitäre Lösung gefunden werden, mit der eine Abschiebung verhindert werden kann", sagt Eylmann. (AP 1.12.96)

Mit Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen im Kosovo fordert die Arbeitsgemeinschaft Pro Asyl die Bundesregierung auf das **Rückführungsabkommen mit Jugoslawien** auszusetzen. Die Zusicherung der Belgrader Regierung einer „vollen Achtung der Menschenrechte und der Würde der zurückkehrenden Personen" sei bloße Propaganda, wenn sie nicht etwa von der OSZE - überprüft werden könnte, erklärt Pro-Asyl-Sprecher Heiko Kauffmann in Frankfurt am Main. (AP 1.12.96)

02.12.1996

Die Die Türkische Gemeinde in Berlin fordert erneut, das deutsche **Staatsangehörigkeitsgesetz** dahingehend zu ergänzen, daß länger als acht Jahre in Deutschland lebende AusländerInnen ohne weitere Voraussetzungen eingebürgert werden und hier geborene Kinder automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Dabei soll auch eine **doppelte Staatsbürgerschaft** möglich sein. (ddpADN 2.12.96)

03.12.1996

Flüchtlinge, Faschos-Skins, Hooligans, PolizistInnen, StaatsanwältInnen und SozialarbeiterInnen treffen sich in der Magdeburger Sporthalle der Freundschaft und spielen den **„Fair-Ständnis"-Fußballpokal** aus. Innenminister Manfred Püchel eröffnete das Turnier mit einem symbolischen Anstoß. „Mir ist es lieber, wenn sich die verschiedenen Gruppen auf dem Sportfeld gegenüberstehen als auf der Straße", meint Püchel. Der junge Dambada aus Angola, Bewohner des Magdeburger Asylbewerberheimes, meint „Ich habe seit heute keine Angst mehr vor den Skins." Ganz so optimistisch will Oberstaatsanwalt Klaus Breymann die Zukunft nicht sehen. Aber die Sportveranstaltung könne helfen, die „Mauer der Distanz" abzubauen. Das gelte nicht nur für die Jugendlichen, sondern auch für die Polizeibeamten und die StaatsanwältInnen. Von alledem wollen die Magdeburger Punker nichts wissen. Sie hatten die Einladung zum Turnier ausgeschlagen.

(AP 3.12.96)

Aus Niedersachsen werden bis Ende Februar 1997 keine bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge in ihre „Heimat" abgeschoben. Ausnahmen gebe es nur bei Straftätern, sagt Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) in Hannover. Nach Ablauf dieser Frist werde die Landesregierung sehr sorgfältig die Situation in Bosnien beobachten und die sogenannten Rückführungen „der Lage angepaßt" vornehmen, erklärt er weiter. (dpa 3.12.96)

Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im bayerischen Landtag Elisabeth Köhler erklärt, daß am morgigen Mittwoch eine große **Gruppe von bosnischen**

Flüchtlingen per Flugzeug nach Sarajewo gebacht werden sollen. Das bayerische Innenministerium will auf Anfrage die bevorstehende Abschiebung weder bestätigen noch dementieren. Das Polizeipräsidium Oberbayern bestätigt jedoch, daß am Mittwoch nachmittag ein Transport bosnischer Staatsangehöriger von München aus geplant sei. (dpa 3.12.96)

Bei Razzien in Baden-Würtemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hessen werden **von der Polizei die Wohnungen von 26 KurdInnen**, teilweise ohne Durchsuchungsbefehl, **durchsucht**. Nach den Angaben der Koblenzer Staatsanwaltschaft sind **die 26 Menschen „verdächtigt, den organisatorischen Zusammenhalt der PKK unterstützt"** und sich damit eines Verstoßes gegen §20 des Vereinsgesetzes schuldig gemacht zu haben. Ein Kurde wird abgeschoben. (jW 5.12.96)

04.12.1996

Zwei Monate nach Inkrafttreten des Rückführungsbeschlusses der Innenminister werden **rund 30 Flüchtlinge aus Bayern und Baden-Württemberg vom Flughafen München nach Sarajewo abgeschoben**. Bei den Betroffenen handelt es sich nach Informationen der bayerischen Grünen nicht wie bisher um „Straftäter", sondern erstmals auch um alleinstehende Flüchtlinge ohne Kinder. (AP 4.12.96)

Die **„Zahl" der AsylbewerberInnen** in Deutschland **ging** im November dieses Jahres im Vergleich zum Vormonat um ca 1.500 **zurück**. Gegenüber dem November vergangenen Jahres ging die „Zahl" der AsylbewerberInnen um 2.923 zurück, teilt das Innenministerium mit. (ddpADN 4.2.96)

Als „Mißbrauch des Rechtstaates" bezeichnen die rheinland-pfälzischen Grünen die **Razzia gegen KurdInnen** von gestern. (jW 6.12.96)

Die **Bonner Polizei verbietet eine geplante Demonstration von KurdInnen** - „Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei und Kurdistan" - die am Sonnabend in Bonn stattfinden sollte. Zwar soll es sich um demokratisch gesinnte Gruppen handeln, aber die Versammlungsleiterin soll die gleiche sein, wie bei einer Kundgebung im Juni 1995, bei der es nicht gelungen sei, das „Zeigen der Symbole der PKK und der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) zu unterbinden", heißt es in der Begründung der Polizei. (jW 6.12.96)

Mit einer breiten Mehrheit nimmt das Stadtstaat-Parlament in Hamburg den Bericht des 1994 nach rassistischen Übergriffen der hamburger Polizei eingesetzten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses an. Dieser kommt zu der Überzeugung, daß die **Polizei nicht „strukturell" ausländerfeindlich** ist, das es aber rassistische und rechtsradikale Tendenzen bei einzelnen BeamtInnen gibt. (jW 6.12.96)

Die Bremer Ausländerbeauftragte Dagmar Lill (SPD) sowie VertreterInnen der grünen, der Norddeutschen Mission, der Gesellschaft für bedrohte Völker und mehrerer Flüchtlingsinitiativen setzen sich für die rund **80 Flüchtlinge aus dem Togo** ein, denen **Abschiebung** droht. Derzeit verhandelt das Bremer Verwaltungsgericht darüber, ob sie Asyl erhalten oder zumindest geduldet werden. (FR 6.12.96)

Von der Staatsschutzkammer des Frankfurter Landgerichts wird **40jähriger Kurde zu 1350 DM Geldstrafe verurteilt**. Ihm wird vorgeworfen als **„Strohmann"** ein Treffen **der kurdischen PKK** in der Gießener Messehalle organisiert und dieses als Hochzeitsfeier angemeldet zu haben. (FR 4.12.96)

Der Staatsekretär im Bayerischen Innenministerium Herrmann Regensburger (CSU) fordert, daß die Kommenden Jahre dazu genutzt werden um die **„Zuwanderung in Deutschland zu begrenzen"**, da sich ansonsten „sozialer und politischer Sprengstoff" anhäufen würde. (SZ 5.12.96)

05.12.96

Das **Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge** hat zwischen Januar und November über das Schicksal von fast 182 000 Menschen entschieden. Von ihnen wurden nur **13 475 Personen (7,4 Prozent) als asylberechtigt anerkannt**. Die meisten Asylanträge (65,8 Prozent) wurde abgelehnt. (dpa 5.12.96)

Das Bundesinnenministerium kündigt die **Einführung eines fälschungssicheren Dokuments für AsylbewerberInnen** noch in diesem Jahr an, um einem „Mißbrauch" bei der Antragstellung vom Anfang an zu begegnen. Dies gelte insbesondere für die Angaben von Visa-Antragstellern in den Auslandsvertretungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, erklärt das Ministerium in Bonn. Das in Zusammenarbeit mit Frankreich entwickelte Formular werde dort Anfang 1997 verwendet werden. Bundesinnenminister Manfred Kanther erwartet, daß sich auch andere Schengener Vertragsstaaten diesem von Deutschland und Frankreich praktizierten Verfahren anschließen werden. (AP 5.12.96)

Eine von der ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche (BAG) in Bonn vorgestellte Studie ergibt, daß gur zwei Drittel der bundesweit von evangelische wie katholischen Pfarreien gewährten **Kirchenasyle** positiv für die Betroffenen ausgehen. das Ergebnis sei „beschämend" für den Rechtsstaat, erklärt der BAG-Sprecher Wolf-Dieter Just. Es belege wie ungenügend die Flüchtlinge auf ihre Anhörung vorbereitet werden und wie mangelhaft die Praxis des Asylverfahrens sei, sagt er weiter. (FR 6.12.96)

Der Hessische Flüchtlingsrat fordert die Landesregierung auf eine „Verordnung über die **Unterbringung ausländischer Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften**" zurückzunehmen. Die Vorliegende Verordnung gebe den BetreiberInnen von Flüchtlingsheimen die Möglichkeit, selbst „überfällige Mindeststandarts" zu umgehen. Sie spricht Flüchtlingen u.U. sogar das Recht ab die Toiletten uneingeschränkt zu benutzen. So seien „bestimmte Nutzungszeiten - getrennt nach Geschlechtern - vorzusehen", wenn keine

Räume für Männer und Frauen vorhanden sind, zitiert der Flüchtlingsrat aus der Verordnung. (FR 6.12.96)

Das Bayerische Oberste Landesgericht verurteilt einen **Kurden wegen Mitgliedschaft in der PKK** zu 22 Monaten Haft und zwei andere zu zweijährigen Bewährungsstrafen. konkrete „Gewaltaten" wurden den drei Männern nicht zur Last gelegt. (FR 6.12.96)

Das hessische Innenministerium „akzeptiert" eine Empfehlung des Petitionsausschusses des Landtages wonach die **vier äthiopischen Kinder nicht unter Polizeizwang abgeschoben** werden. Die Kinder waren kurz vor ihre Abschiebung untergetaucht. In der Zwischenzeit wurden auch ihre Väter in Äthiopien gefunden und diese werden sie in Addis Abeba erwarten. Die Kinder müssen am 5.1.97 aus Deutschland ausreisen. (FR 6.12.96)

06.12.1996

Das **Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz** in Koblenz **entscheidet** in einem veröffentlichten Beschluß, **daß einfachen MitgliederInnen der „Daschnak"-Partei - größte Oppositionspartei in Armenien - keine politische Verfolgung droht**. Zwar sei die Partei seit Anfang 1995 verboten, Verhaftungen müßten jedoch nur führende Parteimitglieder befürchten, da sie der kriminellen Untergrundorganisation „DRO" zugerechnet würden (Akz: OVG Rheinland-Pfalz, Beschluß vom 5.11.1996 - 11 A 12 863/96). (dpa 6.12.96)

AusländerInnen, die schon lange in Deutschland leben, sollen nach den Worten von Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) einen **Anspruch auf eine Einbürgerung** bekommen. „Das ganze System der Einbürgerung solle von einem Ermessens- auf ein Anspruchssystem umgestellt werden", sagt der Politiker einem Landeskongreß der Jungen Liberalen in Berlin. (dpa 8.12.96)

09.12.1996

Die Organisation „Aktion Courage - SOS Rassismus" richtet **erneut schwere Vorwürfe an die Adresse der Polizei** in Deutschland. In einer in Bonn vorgestellten Dokumentation zu Übergriffen von PolizistInnen gegen AusländerInnen werden zugleich Maßnahmen gefordert, um das Verhältnis zwischen den Beamten und AusländerInnen zu „verbessern". „Aktion Courage" verlangt deshalb unter anderem, den AusländerInnenanteil bei der Polizei von derzeit 0,1 auf acht Prozent anzuheben. Allerdings müsse auch die Strafverfolgung bei Übergriffen verbessert werden. (ddpADN 9.12.96)

Die Arbeitsgemeinschaft **Pro Asyl wirft der Bundesregierung eine „unglaubwürdige und widersprüchliche" Menschenrechtspolitik vor**. Pro Asyl Sprecher Heiko Kauffmann sagt in Frankfurt am Main, Bonn rüste die Türkei mit hochmodernen Kriegswaffen auf, obwohl der Europäische Gerichtshof das Land wegen massiver Gewalttätigkeiten gegen kurdische DorfbewohnerInnen verurteilt habe. „Solange der Krieg andauert und die Menschenrechte nicht gesichert sind, dürfen keine Kurden und gefährdete ethnische und religiöse Minderheiten mehr in die Türkei abgeschoben werden", fordert Kauffmann. Weiter fordert Pro Asyl einen Abschiebestopp auch für syrische und afghanische Flüchtlinge. (ddpADN 9.12.96)

Das Land Nordrhein-Westfalen hat den Gemeinden nach einem Urteil des Münsteraner Verfassungsgerichtshofes bisher **zuwenig Geld für die Unterbringung und Versorgung von Bürgerkriegsflüchtlingen gezahlt.** Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen entschied, die Praxis des Landes, den Kommunen für AsylbewerberInnen monatlich eine Pauschale von 675 Mark, für Bürgerkriegsflüchtlinge aber nur 320 Mark zu zahlen, verstoße gegen das Willkürverbot und sei damit verfassungswidrig. Schließlich verursachten beide Personengruppen „Kosten" in gleicher Höhe. (AP 9.12.96)

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), **Hermann Lutz, nimmt die Polizei vor dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit in Schutz**. Es gebe keine generelle oder tendenzielle Ausländerfeindlichkeit bei der deutschen Polizei, sagt er. Er räumte allerdings ein, daß sich Beamte in Einzelfällen nicht korrekt verhalten hätten. Lutz bezeichnet Forderungen als „nicht realistisch", den Anteil von AusländerInnen an der deutschen Polizei von derzeit 0,1 Prozent auf acht Prozent zu erhöhen. Es gebe zu wenige AusländerInnen, die sich für die Polizei bewerben, sagt der GdP-Chef zur Begründung. Viele AusländerInnen hätten „erhebliche Probleme" mit ihren Familien, wenn sie sich entschieden, in der deutschen Polizei Dienst zu tun. (ddpADN 10.12.96)

Bundesinnenminister Manfred Kanther bezeichnet die **organisierte Kriminalität in Deutschland als „überwiegend ein Problem der Ausländer"**. Der CDU-Politiker weißt vor JournalistInnen in Bonn darauf hin, daß 64 Prozent der Tatverdächtigen in diesem Bereich AusländerInnen aus 87 Nationalitäten seien. „Dies ist neu, dies ist schrecklich", sagt er. Kanther forderte die SPD auf, angesichts dieser Gefährdungslage notwendige Gesetze wie das Geldwäschegesetz, die Regelung für das Abhören in Gangsterwohnungen oder die neue Ausländergesetzgebung im Bundesrat nicht zu blockieren. Kanther unterstrich, ihm gehe es um die effektive Bekämpfung von Kriminalität. Ausländerkriminalität sei ein „ungeheuerer Sprengsatz für die Integration". Man müsse sie so weit wie möglich zurückdrängen, um dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen, der in einer Verschränkung der Felder Ausländerpolitik und Kriminalitätsbekämpfung liege. (AP 10.12.96)

Zwei Gruppen von KurdenInnen aus der Türkei werden wahrscheinlich von einer „Menschenschmugglerbande" **an der Rheintalautobahn A 5 bei Neuenburg abgesetzt, die Polizei nimmt sie vorübergehend fest**. Sie beantragen politisches Asyl. Nach eigener Aussage waren die KurdenInnen bis zu vier Wochen ohne ausreichende Lebensmittel unterwegs, um die Bundesrepublik zu erreichen - auf Lastwagen, per Schiff und im Pkw. (dpa 10.12.96)

Die Räume einer evangelischen Kirchengemeinde in Berlin, die einem ausgewiesenen Vietnamesen seit einem Jahr **Kirchenasyl** gewährt, werden auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft durchsucht. Der Justizsprecher Rüdiger Reiff erklärt, daß ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländerrecht gegen zwei Beschuldigte und weitere unbekannte Mitglieder des Gemeinderats, der im Dezember 1995 das Kirchenasyl beschlossen, hatte läuft. (AP 10.12.96)

Zum Internationalen Tag der Menschenrechte prangert Bundesaußenminister Klaus Kinkel Folter und politischen Mord in vielen Ländern an. Die Bundesregierung setze sich nachdrücklich für die Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs ein, erklärte Kinkel in Bonn. Der Kampf für die Grundrechte verlange Ausdauer und Augenmaß. Die UNHCR-Vertreterin in Deutschland, Judith Kumin, bemängelt, daß Flüchtlinge in Deutschland praktisch nur dann Asyl bekämen, wenn sie von staatlichen Stellen verfolgt würden. (AP 10.12.96)

11.12.1996

Bundesinnenminister **Manfred Kanther wird wegen seiner Äußerungen zur Rolle von AusländerInnen bei der „organisierten Kriminaltät" scharf kritisiert**. Die IG Metall fordert den CDU-Politiker in Frankfurt am Main auf, sich bei den in Deutschland lebenden AusländerInnen und deren Familien öffentlich zu entschuldigen. Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl bezeichnet Kanthers Aussagen als „unredliche Offensive", um eine Änderung des Ausländerrechts durchzusetzen. (AP 11.12.96)

AusländerInnen und Staatenlose, deren Aufenthalt in Deutschland lediglich geduldet wird, haben **kein Anspruch auf Kindergeld**. Dies gelte auch dann, wenn sie statt des Kindergeldes andere Sozialleistungen zum Ausgleich erhielten, heißt es in einem veröffentlichten Urteil des Bundessozialgerichtes in Kassel. „Nichtdeutsche Familien" seien rechtlich bei der Gewährung von Kindergeld nicht gleichgestellt, weil die-

ses allein aus öffentlichen Mitteln der Bundesrepublik bezahlt werde. (Aktenzeichen: Bundessozialgericht 10 RKg 8/96 9/96) (AP 11.12.96)

Der **Lübecker Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) soll** wegen seiner Entscheidung, zwei Überlebenden der Brandanschlags auf das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße, bei dem zehn Menschen starben, Reise-Ersatzpapiere auszustellen, **eine Disziplinarstrafe von 6000 Mark zahlen**. Bouteiller sagt, er werde diese vom schleswig-holsteinischen Innenminister Ekkehard Wienholtz (SPD) verhängte Strafe nicht akzeptieren. Bouteiller hatte zwei Angehörigen Reisedokumente ausgestellt, damit sie ihre Toten in der „Heimat" bestatten und dann wieder in die Bundesrepublik einreisen konnten. (AFP 11.12.96)

Die **SPD-Politikerin Cornelia Sonntag-Wolgast kritisert in Leipzig die Äußerungen von Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) zur „Ausländerkriminalität"** als „gefährlich". Der Minister habe mit seinen Aussagen beim Bürger das Gefühl erweckt, als gebe es dabei eine „ganz neue, dramatische Situation", sagt die stellvertretende innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Sie befürchte, daß viele jetzt die AusländerInnen über einen Kamm scheren würden und ein Klima entstehe, das ein friedliches Zusammenleben gefährdet. Frau Sonntag-Wolgast bekräftigt zugleich, die SPD sage damit nicht, daß nichts gegen straffällig gewordene AusländerInnen getan werden solle - „im Gegenteil". Ihre große Rolle bei der organisierten Kriminalität sei nicht zu leugnen. (ddpADN 11.12.96)

Das Verwaltungsgericht Hannover entscheidet, daß die **22 nigerianischen Flüchtlinge** die Ende Juli aus Furcht vor einer Ausweisung vorübergehend in die evangelisch-lutherische Gerhard-Uhlhorn-Kirchengemeinde in Hannover geflüchtet waren, **können zwangsweise bei ihrer Botschaft vorgeführt werden.** Nach Ablehnung ihrer Asylanträge seien sie verpflichtet, sich Paßersatzpapiere bei ihrer Botschaft zu beschaffen. „Sollten sich die nigerianischen Staatsangehörigen auch weiterhin weigern, sich Paßersatzpapiere zu beschaffen, müssen sie jetzt mit einer zwangsweisen Vorführung bei der Botschaft rechnen", erklärt der Sprecher des Ministeriums. (AFP 12.12.96)

In Sarajevo wird ein **deutsches Beratungsbüro zur Förderung der Rückkehr bosnischer Flüchlinge eröffnet**. Das Büro hilft nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit Vereinen und gemeinnützigen Organisationen in Bosnien bei ihrer Arbeit. Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger (CSU) nennt die Eröffnung des Büros einen wichtigen Schritt für die wirkungsvolle Rückführung der Flüchtlinge. (Reuter 12.12.96)

Der Bundestags-Vizepräsident Burkhard Hirsch (FDP) wirft dem Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) vor, mit seinen **Äußerungen zur AusländerInnen-Kriminalität** eine Pogromstimmung im Land zu schüren. Es gehe nicht darum, Straftaten von AusländerInnen zu tabuisieren, sagt Hirsch. Es könne jedoch nicht hingenommen werden, daß Kanther die Kriminalität überwiegend als Problem der AusländerInnen und AusländerInnen als wachsende Gefahr für die innere Sicherheit bezeichne. (ddpADN 12.12.96)

13.12.1996

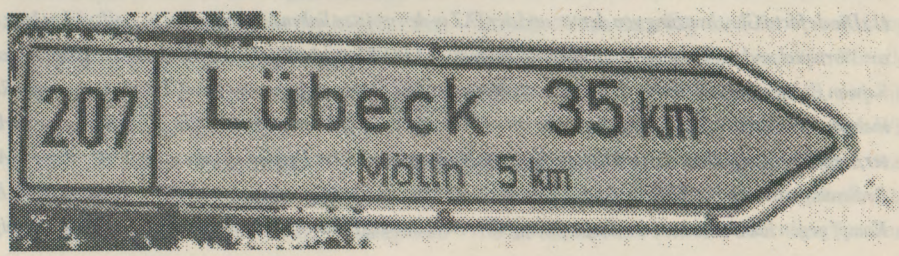
Das Bundessozialgericht in Kassel ruft Europäischen Gerichtshof in Luxemburg zur Entscheidung darüber an, ob türkische Staatsangehörige aufgrund des Abkommens zwischen der EU und der Türkei **Anspruch auf unbeschränkte Arbeitserlaubnis** im Gebiet der Europäischen Union haben. Der von einem türkischen Koch angestrengte Prozeß wird vom Bundessozialgericht bis zur Grundsatzentscheidung des Europäischen Gerichtshofes ausgesetzt. Er arbeitete drei Jahre in Deutschland und dann lehnte es die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg mehrfach ab, seine die Arbeitserlaubnis zu verlängern oder ihm eine neue Erlaubnis für eine Tätigkeit in Deutschland zu erteilen. Zur Begründung hieß es, daß vergleichbare deutsche Arbeitnehmer oder Arbeitnehmer aus Ländern der Europäischen Union zur Verfügung stünden. (AP 13.2.96)

Die Fakten

Eine absolute Objektivität gibt es nicht. Deshalb soll es im folgenden um Fakten gehen, die die Polizei bei ihrer Vertuschungsarbeit doch noch ermitteln mußte und in den Akten festhielt. Nur am Rande finden Erkenntnisse unabhängiger Sachverständiger, der Internationalen Untersuchungskommission, seriöser Medien oder der Opfer des Brandanschlages Erwähnung, die in der Regel von der Polizei und Staatsanwaltschaft unwidersprochen blieben, sondern lediglich als für die „Wahrheitsfindung" als unbedeutend hingestellt wurden.

Bei dem Brand im Lübecker Flüchtlingsheim in der Hafenstraße sterben in der Nacht zum 18.1.1996 zehn Menschen, 38 werden zum Teil schwer verletzt. Am Tatort werden drei Grevesmühlner Faschos von der Polizei kontrolliert und am nächsten Morgen verhaftet. Ihr Auto wurde von verschiedenen Personen in der Nacht gesehen, zur angenommenen Brandausbruchszeit 3.30 Uhr hätten sie ein Alibi, kurz davor waren sie an einer 15 km entfernten Tankstelle. Aber: Beim Nachmessen war diese nur 6 km entfernt, drei Faschos verfügten über zwei fast identische Wartburgs und ein vierter fuhr mit einem kurz davor aufgebrochenem Auto und ohne Alibi durch Lübeck, dieser wird inzwischen auch von einem der anderen belastet. Eine Gegenüberstellung der Faschos mit denjenigen, die sie oder ihr Auto gesehen haben könnten und somit das Alibi untermauern, fand nie statt. Außerdem ist die Brandausbruchszeit sehr umstritten und schwankt zwischen 2.30 und 3.30 Uhr. Alle Faschos weisen frische Brandspuren auf, erklären diese der Polizei gegenüber jedoch mit Ereignissen, die schon länger zurückliegen (u.a dem Verbrennen eines Hundes aus Spaß). Da die Staatsanwaltschaft die Ausreden nicht akzeptieren kann, denkt sie sich für die Faschos selbst eine aus und behauptet, sie hätten in der Nacht ein Auto abgefackelt. Die Faschos dementieren, und so ein Auto wurde bislang auch nicht gefunden, die Polizei aber auf die Suche geschickt. Safwan Eid, der zwei Tage nach dem Anschlag als Verdächtiger von der Polizei inhaftiert wird, weist keinerlei Brandspuren auf, die auf eine Brandlegung hinweisen. Nach der Entlassung der Faschos aufgrund ihres „Alibis" (bei der Tankstelle gesehen) wird gegen sie nicht weiter ermittelt, das Verfahren eingestellt. Das Ermittlungsverfahren gegen Safwan, als Bewohner des Heimes selbst Opfer des Brandanschlages, beruht lediglich auf der Aussage eines Sanitäters, Jens L., der am 18.1.1996 vor Ort war und ein Geständnis von Safwan gehört haben will. Jens wendet sich jedoch erst nach Aussetzung einer Belohnung in Höhe von 50.000 DM an die Polizei und nachdem sein Freund, Matthias H., ihn dazu überredet hat. Matthias versuchte früher mal, eine Wehrsportgruppe zu gründen, bei ihm wurde rechtsradikales Propagandamaterial gefunden, und er ist heute noch Anführer-auf-Lebenszeit (laut Satzung) einer paramilitärischen Paintball-Gruppe, der auch Jens L. angehört. Jens L. macht im Laufe der Zeit sich widersprechende Aussagen, wann er das Geständnis gehört haben will und was Inhalt davon war. So sprach er erst davon, daß Safwan von Benzin geredet hätte. Nachdem die Polizei aber überhaupt keine Elemente eines Brandbeschleunigers im ersten Stock entdecken konnte, wollte sich Jens plötzlich nicht mehr auf das Benzin festlegen, von einer „brennbaren Flüssigkeit" war fortan die Rede. Auch Matthias H. gab zwei verschiedene Zeitpunkte an, zu denen Jens ihm von dem Geständnis erzählt haben soll. Beide scheiden jedoch aus, der eine, weil er vor dem angeblichen Geständnis von Safwan gegenüber Jens liegt, der andere, weil alle bezeugen, daß es zu diesem Zeitpunkt zu keinem Zusammentreffen zwischen Jens und Matthias gekommen sein kann. Einzig feste Größe in den Aussagen von Jens ist der Satz „Wir warn's" aus dem Munde von Safwan. Der jedoch betont, sehr wohl mit Jens geredet zu haben und zwar „Die warn's", weil er von seinem Vater gehört hatte, daß Faschos für den Brandanschlag verantwortlich wären. Daß einer der Faschos gegenüber einem Freund wenige Tage vor dem Brandanschlag angekündigt hat, was in Lübeck anzuzünden, wird nichts als Geständnis gewertet.

Einige AnwohnerInnen haben kurz vor dem Anschlag Faschos in der Nähe gesehen, die sich Zeichen gegeben haben. In dieser Richtung wurde aber nicht weiter ermittelt, ein gefundenes Feuerzeug in der Nähe des Heimes



wurde mit denen der Faschos nicht verglichen, Fingerabdrücke wurden weder vom Feuerzeug noch in den drei Autos genommen. Im Eingangsbereich des Heimes wurde ein toter Asylbewerber gefunden, der nicht an Verbrennungen oder durch Ersticken gestorben ist. Die genaue Todesursache konnte nicht festgestellt werden, doch die Tatsache, daß Draht locker um ihn gewickelt war, veranlaßte die Polizei, nicht weiter zu untersuchen und die Stelle dokumentarisch festzuhalten, vielmehr wurde alles drumherum entsorgt. Ebenso erging es der Stelle im ersten Stock, an der nach Angaben der Staatsanwaltschaft der Brand ausgebrochen sein soll. Dort befindet sich weder eine Tür noch eine Treppe - dies soll jedoch Safwan Eid in seinem angeblichen Geständnis gegenüber Jens als Tatort angegeben haben. Eine Treppe ist mehrere Meter entfernt und liegt um einige Zentimeter höher. Eine Staatsanwaltschaft, die sich Alibis für Verdächtige ausdenkt, ist auch in der Lage, Flüssigkeiten entgegen der Schwerkraft nach oben fließen zu lassen. Personen, die nach der Version der Staatsanwaltschaft Opfer des Brandanschlages durch Safwan werden sollten, gibt es entweder gar nicht oder wohnen nicht im Haus bzw. wohnen nicht im ersten Stock. Als die als Opfer benannten Personen die Version der Staatsanwaltschaft dementierten, dachte diese sich einfach neue Opfer aus. Die Staatsanwaltschaft will sich auf den ersten Stock festlegen, da ihrer Meinung nach Menschen von außerhalb nicht so weit in das Haus gehen würden, um es anzuzünden. Mal abgesehen davon, daß dies nicht überzeugt, sieht alles danach aus, daß der Brand im hölzernen Vorbau, also ganz unten, ausgebrochen ist. Dort sind die schwersten Brandstellen zu erkennen, dort war das Feuer auch schon fast erloschen, als die Feuerwehr kam. Glassplitter einer eingeschlagenen Fensterscheibe sowie das Schloß der Eingangstür wurden inzwischen von der Polizei entsorgt, ohne untersucht zu werden.

Nach Angaben des Spiegel besteht sogar eine mögliche Verbindung zwischen den vier Faschos aus Grevesmühlen, den zwei Sanitätern, d.h. den Hauptbelastungszeugen, und zwei weiteren Jugendlichen, die vor einiger Zeit versuchten ein Auto der Familie Eid vor dem Heim zu klauen, jedoch auf frischer Tat von den Eids erwischt wurden und diesbezüglich mit belastetenden Zeugenaussagen durch die Eids konfrontiert wurden.

Jens und Matthias bei ihrem "harmlosen Spiel"

Die Medien

Am Tag nach dem Brandanschlag berichten alle Medien getreu dem journalistischen Ethos, keine Vorverurteilung vorzunehmen, von der Möglickeit eines rassistischem Brandanschlages, ohne sich darauf festzulegen. Die Hauptverdächtigen werden auch als solche - d.h. Verdächtige und nicht mehr - benannt. Gleichzeitig jedoch werden Stimmen laut, daß Lübeck wieder Opfer eines Brandanschlages geworden ist (nicht die BewohnerInnen des Hauses, sondern die ganze Stadt, die jetzt mit dem Stigma leben müßte, obwohl sie ja eigentlich nichts dafür könne) und das Image Deutschlands Schaden erleidet, falls sich herausstellt, daß es wirklich ein rassistischer Anschlag war. PolitikerInnen und JournalistInnen äußerten vielfach die Hoffnung, daß es keine Deutschen gewesen sein mögen.

Nach der Entlassung der Faschos und der Inhaftierung von Safwan Eid geht ein Aufatmen durch die gesamte Presselandschaft - von der FAZ bis zur taz. (1) Plötzlich berichten alle von Safwan als dem ausländischen Schuldigen (von verdächtig ist keine Rede, Deutschland hat den „Schuldigen" gefunden). Die Medien bezichtigen sich selbst, die anderen JournalistInnen und insbesondere die ausländische Presse, am Tag nach dem Brandanschlag vorschnell Deutschland als rassistisches Mörderland ver-

(1) Die de facto Gleichsetzung von der taz und der FAZ in den meisten linken Medienanalysen greift viel zu kurz und resultiert meiner Meinung nach oft nur aus der Freude am Wortspiel und der Enttäuschung über das ehemalige APO-Blatt, nivelliert jedoch bedeutende Unterschiede. Fakt ist, daß sich die taz in der Berichterstattung über Safwan Eid deutlich argumentativ und inhaltlich von der FAZ abhebt (z.B. mit einer ausführlichen, positiven Rezension des Buches „Der Lübecker Brandanschlag" und mehreren Analysen, wie aufgrund des rassistischen Konsens in der BRD die Ermittlungen gegen Safwan so verlaufen konnten), andererseits mit einigen Artikeln bestimmter AutorInnen (vor allem Kersten Kampe, Mariam Niroumand und Jan Feddersen), die auf unkonventionelle Art und Weise die FAZ rechts überholen wollten (z.B. bei der Bedienung rassistischer Klischees durch Unterstellung einer im Flüchtlingshaus bestehenden „Organisierten Kriminalität" oder bei der förmlichen Verabschiedung vom Kampf gegen Rassismus und der Einforderung der Anerkennung Deutschlands als von der Geschichte bereinigt und brauchbare Heimat für kriminelle Ausländer).

Lübeck: Antideutsche Hysterie

Der gute Deutsche schweigt in selbstanklägerischen Exzessen

urteilt zu haben. Daß dies überhaupt nicht der Fall war, wurde schon oben ausgeführt. Aber die Freude über die deutsche Nichtschuld schlug über alle Stränge.

Wenige Tage nach der Verhaftung Safwan Eids verhängt die Staatsanwaltschaft eine Nachrichtensperre, da sie weder Beweise in der Hand hat noch schon offensichtliche Widersprüche in ihrer Argumentation erklären kann. Die Nachrichtensperre macht die JournalistInnen nicht mißtrauisch, vielmehr nutzen sie das Informationsvakuum, um eigene Mutmaßungen, Klischees und Vorurteile in die Welt zu setzen, die die Schuld von Safwan untermauern sollen. Es beginnt ein journalistisches Wettrennen um das Tatmotiv von Safwan; daß er die Tat begangen hat, wird stillschweigend vorausgesetzt. Es ist die Rede von einem Eifersuchtsdrama, Streit zwischen den verschiedenen Nationalitäten im Haus, von dem Versuch, durch den Brand endlich in neue Wohnungen zu kommen, von kriminellen Machenschaften u.ä. Alle Berichte beruhen auf Spekulationen und bedienen rassistische Vorurteile von den hitzigen, kriminellen, gewalttätigen und unzivilisierten AusländerInnen. Sie werden angereichert mit Augenzeugenberichten, die im nachhinein von den Augenzeugen selbst - sofern sie namentlich erwähnt wurden - fast alle dementiert werden. Die Opfer des Brandanschlages meldeten sich mehrmals als Einzelpersonen sowie mit einer gemeinsamen Erklärung zu Wort. Sie stellten unabläßig klar, daß es keinen Streit zwischen den BewohnerInnen des Heimes gab, daß sie von der Unschuld Safwans überzeugt sind, daß es schon mehrere rassistische Anschläge auf das Heim gab, daß die Behauptungen der Staatsanwaltschaft in vielen Punkten unwahr sind und daß die Polizei sie wie potentielle MittäterInnen vernommen hat und nicht wie Opfer und ZeugInnen. Diese Erklärungen fanden jedoch keinen Eingang in der Berichterstattung. Denen, die am besten wissen müssen, was passiert ist, die Angehörige und FreundInnen verloren haben, wird weniger Glauben geschenkt, als einem deutschen Sanitäter, der sich ständig widerspricht und rechtsradikale Freunde hat.

Da die Faschos aufgrund der Entlastung nicht mehr für die Opfermentalität zu gebrauchen sind, wird Safwan Eid und dem Bürgermeister Bouteiller der Vorwurf gemacht, dem Ansehen Deutschlands geschadet zu haben. Safwan Eid, weil er etwas getan hat, was erst den Deutschen zur Last gelegt werden sollte, und Bouteiller, weil er an die Unschuld Safwans glaubt und zu zivilem Ungehorsam gegen die unmenschliche Asylpolitik, vor allem aber zum Schutze der Opfer des Brandanschlages, aufgerufen hat. So schreiben die Lübecker Nachrichten:

„Bouteiller hat dieser Stadt vermutlich mehr Schaden zugefügt, als irgendein anderer Politiker seit langer Zeit."

Erst nach über fünf Monaten, nach der Freilassung Safwan Eids aus der Untersuchungshaft und dem Beschluß des Gerichtes, daß es keinen dringenden Tatverdacht gegen Safwan gäbe, fangen einige JournalistInnen zaghaft an, die Konstrukte der Staatsanwaltschaft zu hinterfragen. Diese einsetzende kritische Berichterstattung ist jedoch auch auf das Engagement der VerteidigerInnen, der Unabhängigen Untersuchungskommission und antirassistischen Gruppen zurückzuführen. Außerdem endet sie bei der Konstatierung von Ungereimtheiten, ohne die rassistischen Ermittlungen als solche zu benennen oder gar nach Ursachen dafür zu forschen. Auch entschuldigt sich niemand bei Safwan Eid, der nach seiner Verhaftung pauschal als der Schuldige präsentiert wurde. Wie groß war im Gegensatz dazu das Geschrei, als anfänglich von der Möglichkeit eines rassistischen Brandanschlages die Rede war und sich das dann als angeblich falsch herausstellte. Damals sprach die FAZ von der Nazikeule, mit der auf Deutschland eingeschlagen wurde, und die taz forderte auf, die „linksfranziskianischen Armutsideale" aufzugeben und kriminelle Ausländer ins eigene Weltbild aufzunehmen.

Andere Presseorgane eher provinzieller Art, wie die Lübecker und Kieler Nachrichten, nehmen die Freilassung von Safwan Eid zum Anlaß, der Staatsanwaltschaft vorzuwerfen, nicht genügend Beweise gegen Safwan gesammelt und nicht so geschickt die Öffentlichkeit in ihrem Sinne beeinflußt zu haben, wie es die VerteidigerInnen getan hätten.

Im folgenden sollen einige Artikel über den Brandanschlag und den Prozeß detaillierter untersucht werden. Nur die junge Welt hob sich vom journalistischen, rassistischen und staatstreuen Mainstream ab und sammelte unablässig Beweismaterial gegen die Behauptungen der Staatsanwaltschaft. (Bei anderen Medien kam dies nur in Ausnahmefällen vor, z.B. bei einer Monitor-Sendung.) Lediglich die Süddeutsche Zeitung wird ihrem Ruf einer liberalen und seriösen Zeitung gerecht und versucht (mit wenigen Ausnahmen), objektiv über den jeweiligen Nachrichtenstand zu berichten. Das schließt bei der SZ mit ein, zu konstatieren, daß „im Bereich ausländerfeindlicher Straftaten lang genug das Gegenteil von Verfolgungseifer herrschte, nämlich ein weitgehendes Desinteresse" und zu fragen „wo der hinreichende Tatverdacht bei Safwan Eid sein soll", der für eine Anklage erforderlich ist.

Die JournalistInnen geben in ihren Artikeln ihre Meinung wieder, die „Wahrheit" kommt dabei nur am Rande vor und dient als Garnierung, die den Texten Authenzität verleihen soll. Für die LeserInnen bleibt dies jedoch verborgen, es scheint, als habe sich alles so zugetragen, wie es in den Berichten veröffentlicht wird.

So schreibt an dem Tag nach der Vernehmung des Hauptbelastungszeugen vor Gericht die ZEIT unter dem Titel „Arglosigkeit, die entwaffnet", daß Jens L. alle vermeintlichen Widersprüche souverän ausräumen konnte, was für seine Glaubwürdigkeit spreche. Die Frankfurter Rundschau schreibt über dieselbe Ver-

nehmung, daß die vielen Widersprüche, die Jens L. nicht erklären konnte, seine Glaubwürdigkeit untermauern würden, da damit deutlich würde, daß er sich nichts zurecht gelegt habe, sondern nach besten Wissen und Gewissen aussage. Was soll mensch auch anderes erwarten, von einem, der „leidenschaftlich seinen ehrenamtlichen Sanitätsberuf ausübt." (Ingrid Müller-Münch in der FR). Ebenfalls ins Zeug für Jens legt sich Cornelia Bolesch von der Süddeutschen Zeitung: „Aber warum sollte Jens L. lügen? (...) Der Zeuge L. (...) ist kein Meister in der Kunst des Verstellens." Dem Prozeßinfo des Lübecker Bündnis gegen Rassismus dagegen ist zu entnehmen, daß Jens L. sich trotz Präperierung durch das LKA im Rahmen des Zeugenschutzprogrammes (2) bei seiner Aussage in etliche schwerwiegende Widersprüche verstrickt, die ihn eher unglaubwürdig machen und vermuten lassen, daß sich die ganze Geschichte nicht besonders gut ausgedacht wurde.

Mit scheinbar ebenfalls detailgenauen Betrachtungen übt sich die Presse bei der Beschreibung von Safwan, seinen Verteidigerinnen und der Soli-Szene. Hier wird aber versucht, eher negative Assoziationen zu wecken. So besuchte Axel Vornbäumen von der Frankfurter Rundschau die Familie Eid: „Wie objektiv kann man sich in diesen Tagen einem jungen Mann nähern, den die Justizbehörden für den Brandstifter von Lübeck halten, den ein erklecklicher Teil der politisch interessierten Öffentlichkeit dagegen zum Opfer der Staatsraison erklärt? Man muß wissen, daß der Kampf um das Image des Safwan E. begonnen hat...!" Für diese Image-Maßnahme hat sich Safwan zwei PR-Agentinnen angeheuert, an anderer Stelle heißen die beiden "linke Anwältinnen, die sich vom radikal-Prozeß kennen". Sie verstehen - so die einhellige Meinung der JournalistInnen - ihr Geschäft gut. Kaltblütig stellen sie unablässig bohrende Fragen an die ZeugInnen, als wäre dies ein Verbrechen. Auch gelten sie als DrahtzieherInnen der linken Soli-Szene, als ob diese auf Anweisungen von der Kommandobrücke angewiesen ist. Den antirassistischen Gruppen unterstellt Jan Feddersen in der taz vom 10.12.1996 paranoiden Verfolgungswahn. Unter der Überschrift „Kampf gegen das imaginäre Deutsche" bedauert er, daß Safwan mangels Beweisen voraussichtlich freigesprochen wird, „womit nicht gesagt ist, daß er nicht dennoch für den Brand verantwortlich sein könnte". Aber unsere Justiz ist fair. „das Richterkollegium war vom ersten Prozeßtag an bemüht, alles zu vermeiden, was die Unterstützerszene um Safwan Eid (...) so strikt behauptet: Daß es sich um ein rassistisches Verfahren handelt." Obwohl Safwan trotz vermuteter Schuld freigesprochen werden muß, machen die verrückten Linken so ein Aufhebens darum: „Es kann offenbar nicht sein, was nicht sein darf: Ausländer sind in Deutschland stets die Verfolgten und genießen deshalb Gesinnungsschutz durch ihre linksradikalen Unterstützer. Tatsächlich spiegelt sich in solchen Äußerungen ein Rassismus gegen das imaginär Deutsche, wie er blütenrein momentan gerade in politisch völlig marginalisierten Szenen gedeiht. Diesen als wahnhaft zu bezeichnen, wäre zu gering. Eine solche Wahrnehmung trägt dazu bei, nicht mehr für glaubwürdig gehalten zu werden, wenn wirklich rassistische Motive bei Ermittlungen und Strafverfahren gewinnen könnten."

Bei diesem ganzem PR-Rummel fragt sich der Journalist der FR dann doch: „...hat der Vater seinen Sohn mal in einem stillen Moment ins Gebet genommen? Safwan, jetzt mal ehrlich, warst Du's?" Manuela Thieme von der Wochenpost hätte ein solches Geständnis aber gerne gleich öffentlich: „Es sieht so aus, daß nur noch ein Geständnis dafür sorgen kann, daß dieser Fall nicht ungeklärt zu den Akten gelegt werden muß." Das Motiv liefert sie selbst gleich mit: „Sie (Familie Eid) hatte sich selbst eine Wohnung besorgt. Die Ämter verweigerten die Umzugsgenehmigung. Um sie doch noch zu bekommen, sollte das Asylheim unbewohnbar gemacht werden." Das Fachblatt für triple oppression-Theorien, die taz, weist diesen ökonomischen Ansatz zurück und erkennt bei Safwan vielmehr ein rassistisches Tatmotiv: „Kein Wort der Trauer für die Opfer schwarzer Hautfarbe, sondern nur für die Libanesen" hörte Kersten Kampe. Es liegt also auf der Hand, daß Safwan das Haus aus Verachtung gegenüber den Schwarzen angezündet hat.

(2) Es kommt, so stellt sich während des Prozesses heraus, zu mindest einem Treffen von Jens Leonardt und Matthias Hamann mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft, um die Aussage vor dem Gericht vorzubereiten und aufeinander abzustimmen.

Der Prozeß

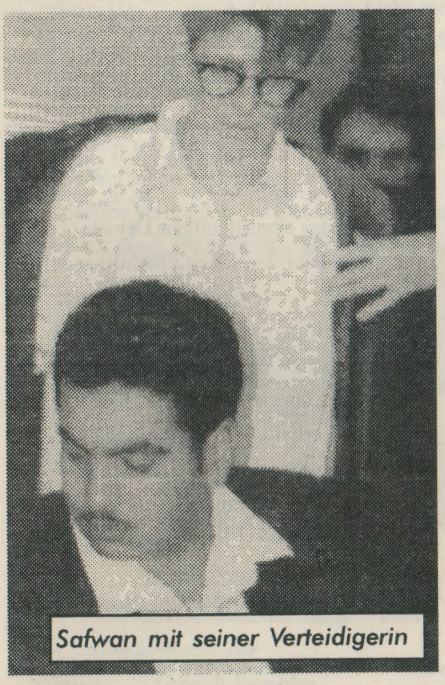
Nach Aussagen einer mit dem Fall beschäftigten Kripobeamtin findet der Prozeß gegen Safwan Eid nur statt, um den Vorwürfen der Verteidigung, daß die Untersuchungshaft ungerechtfertigt war, zu entgegnen und so zu tun, als ob doch genügend belastendes Material vorhanden wäre. Hätte die Staatsanwaltschaft von der Anklage abgesehen, wäre auch der U-Haft-Befehl in ein zweifelhaftes Licht gerückt. Jedoch hätte es bei der Beweislage nie zu einer Anklage kommen können. Dementsprechend verliefen bislang auch die ersten zwanzig Prozeßtage. Der Tatvorwurf des zehnfachen Mordes wurde inzwischen fallengelassen, da ein Tatmotiv nicht nachzuweisen sei; die Anklage lautet auf Totschlag und fahrlässige Körperverletzung.

Die Staatsanwaltschaft versucht, mit Anträgen zum Ausschluß des unabhängigen Brandsachverständigen Achilles und einer Verteidigerin Stimmung zu machen. Flüchtlinge werden mit Fragen nach ihrem Aufenthaltsstatus eingeschüchtert. Deutsche ZeugInnen dagegen, die z.B. aussagen, die Faschos am Haus gesehen zu haben, macht der Staatsanwalt mit Bemerkungen wie "Wieviel Geld bekommen Sie eigentlich für Ihre Aussage?" nieder. Die Belastungszeugen dagegen wurden im Vorfeld vom Staatsanwalt präperiert. Viel nutzt das alles nichts. Fast alle ZeugInnen machen entweder neutrale Aussagen (d.h. die weder das eine noch das andere be- oder widerlegen) bzw. sagen zugunsten Safwans aus. Es kommt auch viel über die schlampigen Ermittlungen der Polizei zu Tage, der Leiter der Kripo-Sonderkommission kann sich an nichts erinnern und verwickelt sich in Widersprüche. Ebenso der Hauptbelastungszeuge. Eine Familie der ehemaligen BewohnerInnen des Heimes scheint die Staatsanwaltschaft inzwischen auf ihre Seite gezogen zu haben: Sie sagen aus, daß ein gewisses Fenster geschlossen war (was nicht viel zur Sache tut, da erstens Glassplit-

ter gefunden wurden, die auf die Zerstörung des Fensters von außen hindeuten und außerdem die Tür auch offen gewesen sein kann), von dem sonst behauptet wurde, es ließe sich gar nicht richtig schließen. Außerdem deuten sie an, vom Vater Safwans beeinflußt worden zu sein, zugunsten seines Sohnes auszusagen. Daß die Staatsanwaltschaft viel größeren Druck auf die Überlebenden ausübt und ausüben kann, haben die Betroffenen selbst in ihrer Erklärung dargelegt, daß sich nur eine Familie dem Druck gebeugt hat, spricht für die Integrität der anderen angesichts verlockender Versprechungen bezüglich des Aufenthaltes in der BRD.

Die deutsche Normalität

Bis 1993 bezogen sich Medien und Politik in der Regel positiv auf rassistische Übergriffe, um auf die Abschaffung des Asylrechts zu drängen. Übergriffe dienten als erneute Bestätigung der Argumentationskette: Asylrecht - Asylmißbrauch - zu viele Asylanten - sozialer Sprengstoff (Integrationsprobleme, Ausländerkriminalität, fehlende Arbeitsplätze, Sozialschmarotzer) - unzufriedene Deutsche - berechtigter Zorn - verständliche, wenn auch zu verurteilende Übergriffe. Die Pogrome wurden also nicht nur entschuldigt und geduldet, sondern in ihrer Zielrichtung von offizieller und öffentlicher Seite bestätigt, was von den



Safwan mit seiner Verteidigerin

Faschoschmiererei an einem türkischen Jugendclub in Lübeck

Faschos und dem rassistischen Mob als Aufforderung verstanden wurde, so wie gewohnt fortzufahren. Dies erzeugte den nötigen Druck auf die SPD, der Änderung des Artikels 16 Grundgesetz zuzustimmen.

Nachdem dies geschehen war, bestand keine direkte Notwendigkeit mehr, rassistische Ressentiments in diesem Umfang zu schüren. Außerdem hatte die faschistische Mobilisierung eine gewisse, nicht zu kontrollierende Eigenständigkeit gewonnen, die dem Ansehen Deutschland im Ausland schadete. Fortan bezog sich kaum jemand mehr positiv auf rassistische Vorfälle, vielmehr wurde versucht, sie zu verschweigen. Am einfachsten war dies, indem ein rassistischer und rechtsradikaler Hintergrund geleugnet wurde. Es war die Rede von bedauerlichen Unfällen bzw. unpolitischen Auseinandersetzungen. Eine neue Qualität dieser Vertuschungsstrategie entstand da, wo nicht nur die deutschen Täter zu Opfern gemacht wurden (Opfer der Arbeitslosigkeit, des Alkoholismus, des schlagenden Elternhauses, des 40jährigen antifaschistischen Schulunterrichts in der DDR, der multikulturellen Gesellschaft usw.), sondern die ausländischenn Opfer, die bislang „nur" indirekt als die Schuldigen galten, zu den Tätern.

Nach Brandanschlägen hieß es, falscher Gebrauch technischer Geräte („Die Ausländer kommen mit westlicher Zivilisation und deutschem High-Tech nicht zurecht"), Auseinandersetzungen zwischen den BewohnerInnen („Die Ausländer sind untereinander viel rassistischer und tragen Konflikte gleich mit Gewalt aus") oder Versicherungsbetrug („Die hochkriminellen Wirtschaftsflüchtlinge zocken ab, wo es nur geht") seien Ursache für Ausbruch des Feuers. Während diese Vertuschungsstrategie bis Lübeck eher defensiv angewendet wurde und ihr Erfolg darin bestand, das Ereignis nur in einer kleinen Randnotiz abhandeln zu können, geht diese Strategie mit Lübeck das erste Mal in die Offensive.

Nach Recherchen des Hamburger Archivs für Sozialpolitik wurden zwischen 1990 und 1995 in der BRD 150 Menschen durch Faschos ermordet.(3) Der Verfassungsschutz schafft es mit seinen Instrumentarien der Entpolitisierung diese Zahl auf 30 runterzurechnen. Das Cafe Morgenland stellt dazu fest, daß einhergehend mit dem Gerede von den abnehmenden rassistischen Brandanschlägen und dem Verschwinden dieser aus der öffentlichen Wahrnehmung die Zahl der „ungeklärten" (4) Brände in Flüchtlingsunterkünften in gleicher Zahl

(3) In der gleichen Zeit starben 60 Flüchtlinge bei dem Versuch, die deutsche Grenze zu überqueren, 40 Flüchtlinge nahmen sich aus Angst vor einer drohenden Abschiebung das Leben. Der Staat tötet mit seiner rassistischen Flüchtlingspoltik in vergleichbarer Größenordnung wie die Faschos.

zugenommen hat. In diesem Zusammenhang merken sie an, daß es inzwischen unter diesen Umständen nicht mehr darum geht, Angriffe zu verhindern, sondern öffentlich zu machen - und die Opfer vor der deutschen Polizei und Justiz zu schützen, d.h. davor zu bewahren, zu Tätern gemacht zu werden.

Die antirassistische Bewegung

Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus (im folgenden LBGR) ist die Gruppe, die am meisten mit der Solidaritätsarbeit für Safwan Eid und gegen die Ermittlungen assoziiert wird, da es ortsansässig ist, guten Kontakt zu den Flüchtlingen in Lübeck hält und aufgrund seiner kontinuierlichen und systemimmanenten Kritik noch am ehesten in der Presse Erwähnung findet. Das LBGR spricht von rassistischen Ermittlungen im Fall Safwan Eid. Sie wenden sich aber dagegen, weite Bevölkerungskreise und den gesamten Staatsapparat als rassistisch und nationalistisch zu bezeichnen. Deshalb sehen sie den Fall Safwan Eid nicht exemplarisch für die Verhältnisse in diesem Land, sondern reden vielmehr von einem Justizskandal, fordern die Ablösung der ermittelnden Staatsanwälte und die Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen alle Verantwortlichen bei Polizei und Ermittlungsbehörden sowie - zumindest noch im Frühjahr 1996 - faire Ermittlungen in alle Richtungen, d.h. sowhl gegen Safwan und die BewohnerInnen, als auch gegen die Faschos, gegen technische Defekte usw. Sie richten die Forderung explizit an den Staatsapparat und suggerieren damit, daß es in diesem Lande eine nicht-rassistische Instanz gäbe, die dem Treiben der Justiz in Lübeck Einhalt gebieten könnte. Es scheint jedoch andersherum zu sein. Der dem linken Flügel der SPD angehörende Staatsanwalt Böckenhauer wird aufgrund des Druckes von unten (rassistische Bevölkerung), von der Seite (Medien) und von oben (Justizministerium u.ä.) rassistische Ermittlungen aufgenommen haben (die sich sicherlich mit seinen eigenen politischen Ansichten deckten, sonst hätte er den Dreckjob nicht so lange ausgehalten, aber Böckenhauer als den eigentlichen Übeltäter zu sehen, greift zu kurz.) Das hätte dem LBGR spätestens dann bewußt werden müssen, als ihrer Forderung nach dem „Schluß mit den rassistischen Ermittlungen" (als Plakattitel) nicht Gehör geschenkt wurde, sondern vielmehr mit einer Razzia am 25. Juli 1996 in seinen Büroräumen, der Beschlagnahmung wichtiger Arbeitsgeräte (u.a. 2 Computer) und der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen Beleidigung, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole beantwortet wurde. Aber auch das half nichts. Dementsprechend konzentriert sich die Arbeit des LBGR auf die Prozeßbeobachtung, der Herausgabe des Prozeßinfos (5) und einer prozeßkritischen Öffentlichkeitsarbeit. So weit, so gut, könnte mensch sagen, wenn da nicht der Versuch des LBGR wäre, andere antirassistische Gruppen bei ihrer Arbeit zu Lübeck zu behindern bzw. deren Arbeit in der Öffentlichkeit zu diskreditieren.

So distanzierte sich das LBGR in den Lübecker Nachrichten - wahrlich keine Zeitschrift für Szene-Diskussionen - von der Demo in Grevesmühlen und bezeichnete sie für die eigene Arbeit als kontraproduktiv. Zur Begründung führt das LBGR in einem später in der jungen Welt veröffentlichten Beitrag an, daß 1) nicht fest steht, ob die Täter aus Grevesmühlen kommen 2) daß es selbst im Falle der Täterschaft falsch wäre, die gesamte Bevölkerung anzugreifen und 3) nicht der Kontakt mit antirassistischen Gruppen vorort gesucht wurde.

Demo in Grevesmühlen

Dabei ging es den OrganisatorInnen der Grevesmühlen-Demo gerade nicht darum, sich auf juristische Diskussionen um schuldig oder unschuldig einzulassen, sondern darzustellen, daß Grevesmühlen eine ganz normale Kleinstadt (im Osten) der BRD ist, wo sich Faschos ungestraft der Teilnahme am Rostocker Pogrom bezichtigen können, mutmaßlich zehn Menschen ermordet haben und trotzdem das Wohlwollen der meisten EinwohnerInnen genießen, und von PDS, Jugendzentrumsleiter und Bürgermeister sich ihre Nichtexistenz bestätigen lassen können („Es gibt bei uns keine Rechten"). In Grevesmühlen antirassistische Gruppen zu suchen - wie vom LBGR verlangt - ist so abwegig, wie die Hoffnung des LBGR, nach dem Brandanschlag eine öffentliche Debatte über die Inhumanität der deutschen Flüchtlingspolitik, insbesondere der Asylanerkennungspraxis und der Unterbringung, initiieren zu können. So schreibt das LBGR in einem Beitrag für das Buch „Der Lübecker Brandanschlag": „Nach dem Brand erhalten die Flüchtlinge erstmals öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Probleme und Forderungen. Einiges ist seither in Gang gekommen." (S. 65) Erstens stimmt das nicht -

(4) „Ungeklärt" heißt in dem Zusammenhang immer, daß die Polizei wenige Stunden nach einem Brand und vor Beginn der Ermittlungen wie selbstverständlich einen „fremdenfeindlichen Hintergrund" ausschließen kann..

(5) Unabhängig von aller inhaltlicher Kritik an der Arbeit des LBGR ist das Prozeßinfo zu loben. Wer wissen will, was an welchem Verhandlungstag passiert ist und nicht davon abhängig sein will, wieviel Platz die junge Welt einräumen konnte, kommt an dem Prozeßinfo nicht vorbei!

zumindest nicht im positiven Sinne, wie vom LBGR gemeint. So wurden die Flüchtlinge danach in Kasernen untergebracht, einer inzwischen abgeschoben, ein dauerhaftes Bleiberecht konnte nicht durchgesetzt werden und - nicht zu vergessen! - die Flüchtlinge gelten als die Schuldigen. Zweitens, selbst wenn, wäre es zynisch, diesen Erfolg in Zusammenhang mit einem Brandanschlag zu stellen. Drittens steht die vereinzelte Berichterstattung über die schlechte Unterbringung für AsylbewerberInnen nicht in Zusammenhang mit antirassistischen Forderungen, wie die Auflösung aller Heime, sondern soll einen Anschlag von außen, sprich von Deutschen, unwahrscheinlicher machen. Weiter schreibt das LBGR im selben Beitrag in Hinblick auf seine KritikerInnen, daß „antirassistische Initiativen gut daran (tun), die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Bevölkerung differenziert wahrzunehmen." In Lübeck gäbe es die Möglichkeit, antirassistische Politik zu machen, ohne sich politisch zu isolieren. „Diese Chance wollen wir auch in Zukunft wahrnehmen." (6) Welche Differenzen das LBGR in Zukunft nutzen und wovon es sich nicht isolieren will, wird deutlich, wenn mensch weiß, daß das LBGR dem Lübecker Bürgermeister Bouteiller abgeraten hat, Safwan Eid im Gefängnis zu besuchen und den Opfern ein generelles Bleiberecht zu gewähren, weil er - so die Begründung des LBGR - damit seine Position schwächen würde. Das hat mit Antirassismus nicht mehr viel zu tun. Daß der SPD-Bürgermeister sich im Vergleich als viel linker positioniert, wird auch in einem im selben Buch abgedruckten Interview mit ihm deutlich, wo er erstaunlich klare Worte über die nationalistischen und rassistischen Verhältnisse in Deutschland verliert und vor einer Entwicklung hin zum Faschismus warnt. Aufgabe einer antirassistischen Gruppe wäre es gerade, einem solchen Bürgermeister den Rücken in aller Öffentlichkeit zu stärken und nicht aus taktischem Kalkül hintenherum zu raten, sich zurückzuhalten.

Außerdem werfen andere Gruppen dem LBGR vor, den Kontakt zu den Opfern für sich monopolisieren zu wollen und Aktivitäten anderer Gruppen, so z.B. auch eine Demo in Lübeck zum Prozeß, abzulehnen. Eine Demo des LBGR am 2.12.1996 schien mit Absicht auf diesen Tag gelegt worden zu sein, damit die unbeliebten Hamburger Gruppen, die an dem Tag traditionell ihre Demo am Abschiebeknast Glasmoor durchführen, nicht kommen und somit kontroversen Diskussionen aus dem Weg gegangen werden kann. (7)

Eine Gegenposition zum LBGR nehmen antirassistische und antinationale Gruppen, vor allem aus Hamburg, Berlin und Frankfurt/Main, ein. Diese betonen, daß die Fixierung auf die Staatsanwaltschaft am eigentlichen Problem vorbeigeht. Ein Teil dieser Gruppen organisierte die Demonstrationen in Grevesmühlen am 20.1.1996 und am 31.8. 1996. Die zweite Demo war Erfolg und Mißerfolg in einem. Sie bestätigt die antinationale Analyse auf sehr einprägsame Weise: Die Demo wird im Vorfeld vom Landratsamt wegen „Volksverhetzung" - erstmalig kommt dieser Vorwurf gegen Linke zur Anwendung - und zu erwartenden Gewalttätigkeiten verboten, das Verbot vom Verwaltungsgericht bestätigt, die PDS begrüßt das Verbot. An einer Spontandemo gegen das Verbot in Lübeck beteiligen sich nur 500 Personen, anschließend fahren ca. 300 Menschen nach Grevesmühlen und werden dort am Bahnhof von den Polizei-Hunderschaften sofort verprügelt und alle verhaftet. Dies geschieht im Beisein des Grevesmühlner Mobs im Mischungsverhältnis ein hitlergrüßender Fascho auf zehn Zustimmung signalisierende Normal-RassistInnen. Alle Inhaftierten werden bis tief in die Nacht in einer Turnhalle festgehalten. Vor der Demo beschlagnahmt die Polizei mehrere Waffen von den Faschos und gibt sie auf einer Pressekonferenz als die Waffen der Linken aus.

Das Interesse der Linken am Brandanschlag hat nach der Inhaftierung von Safwan Eid schlagartig nachgelassen. Es ist dem LBGR, der jungen Welt und den wenigen (antinationalen) Gruppen zu verdanken, daß Lübeck inzwischen wieder ein Begriff ist. Eine Positionierung anderer antirassistischer Gruppen zur Auseinandersetzung zwischen dem LBGR und dem Vorbereitungskreis der Grevesmühlen-Demo bzw. zur Diskussion innerhalb der antinationalen Zusammenhänge (siehe junge Welt vom 22.8. und 7.9.1996, Bahamas Nr. 21, off limits Nr. 13) hat bislang allerdings nicht stattgefunden. Dies ist etwas bedauerlich, da es dabei nicht nur um das Für-und-Wider zu einer Demo geht, sondern um Perspektiven antirassistischer Theorie und Praxis in diesem Land.

(6) Eine ähnliche Fehleinschätzung trifft das LBGR im ersten Prozeßinfo: „Heute werden die Widersprüche und Ungereimtheiten (der Staatsanwaltschaft) auch in der bürgerlichen Presse breit dargestellt", siehe dazu weiter oben unsere Medienanalyse

(7) siehe auch Arranca!-Extrablatt

Literatur

Der Lübecker Brandanschlag. Fakten, Fragen, Parallelen zu einem Justizskandal. Wolf-Dieter Vogel (Hrsg.), ElefantenPress, Berlin: 1996

Prozeßinfo, faßt immer zwei Verhandlungstage zusammen, erscheint wöchentlich, gibts beim LBGR, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck, Tel: 0451-7020748, in Leipzig erhältlich im: Infobüro, Conne Island Cafe, Infoladen

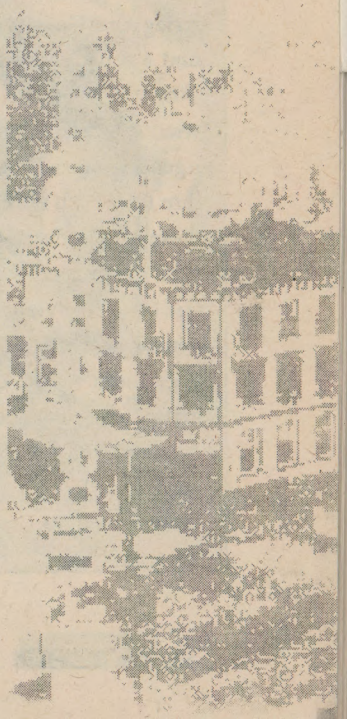
Arranca!-Extrablatt: 18.1.1996 - Alles Lügeck! Freiheit für Safwan Eid, zu bestellen: FelS-Antifa, c/o Buchladen Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

„Wie Opfer zu Tätern gemacht werden" - Materialsammlung, Projektgruppe Antinazismus der IG Medien, Hauptvorstand IG Medien-Jugend, PF 102451, 70020 Stuttgart, Tel.: 0711-2018243, 32,- DM

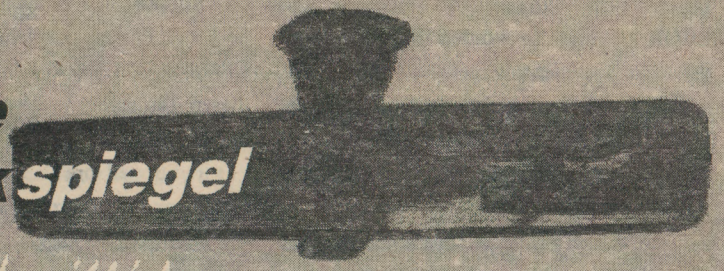
Standpunkte - Meinungen - Solidarität, 3 Dokumentationen der AG zu rassistischen Ermittlungen beim Antirassistischen Telefon Hamburg, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg, Tel.: 040-431587, insgesamt 12,-

off limits - antirassistische Zeitschrift, Nr. 13, 14, 15, 16, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20357 Hamburg

„dir warn's" - Freiheit für Safwan Eid! informationen & standpunkte zum brandanschlag am 18. januar '96 in lübeck, c/o Haus für Alle, Amandastr. 58, 20345 Hamburg, Fax: 040-4304490



Der rechte Rückspiegel

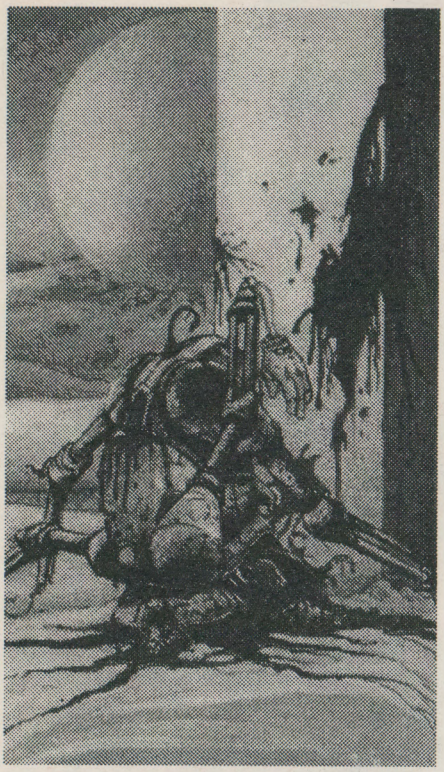


Wenn ich so in den Rückspiegel schaue, ist wieder mal eine Menge zu berichten.
Günther Deckert, stellvertretender Bundesvorsitzende der NPD, sammelt weiter Haftstrafen. Zur Zeit sitzt er wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß für zwei Jahre, da er irgendwelche revanchistischen Lügen über Auschwitz verbreitet hatte. Nun wurde er zu sieben Monaten Haft verurteilt, weil er in einem offenen Brief ein Mitglied des Zentralrates der Juden in Deutschland zum Verlassen des Landes aufgefordert hatte. Da diese sieben Monate jedoch eine Bewährungsstrafe sind, kann er also, wenn er sich Mühe gibt, drumrum kommen. Ich glaube aber eher, er wird sie wohl irgendwann absitzen müssen. Seine nächsten Gerichtstermine hat er auch schon in Reutlingen und Frankfurt/Main - Volksverhetzung ist das Thema.
Ende November hat Deutschland schwarz angelegt. Ein Volk trauert, so könnte man jedenfalls denken! Doch dieser Volkstrauertag ist, glaube ich, ein völlig aufgesetzter Tag, an dem irgendwelche PolitikerInnen oder sonstige Personen des öffentlichen Lebens betroffene Worte über die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft fallen lassen und am nächsten Tag Geschäfte mit der Türkei machen und Soldaten nach Jugoslawien schicken. Und dann versuchen noch irgendwelche Fascho-Heinze diesen Tag für ihre Inhalte zu nutzen. Dieses Jahr wurden diese jedoch durch Platzverweise und Verbote weitgehend abgehalten. Naja, irgendwie hätten sie vielleicht auch ganz gut hingepaßt, aber offiziell darf das natürlich nicht zugelassen werde. Genausowenig wie Angriffe auf AusländerInnen, weil diese ja unserem geliebten Deutschland so einen schlechten Ruf im Ausland einbringen. Der Osten jedenfalls scheint sich als Horrorgegend schon rumzusprechen. Hat sich doch ein farbiger Amerikaner, der in München wohnt, aus Angst vor Rassenhaß nicht in das schöne Sachsenland getraut, um hier sein musikalisches Können vorzutragen. Das Konzert mußte daher ausfallen.
Nicht Ausgefallen sind die allmonatlichen Überfälle und Angriffe auf AusländerInnen, und von daher ist die Angst des farbigen Musikanten nicht aus der Luft gegriffen. In Leipzig wurde beispielsweise ein Dönerstand mit Hakenkreuzen beschmiert und mit Diesel übergossen. Da kann man nur froh sein, daß die bisher noch unbekannten Täter ihr Feuerzeug so schnell nicht fanden und vor der entscheidenden Flamme von PassantInnen verscheucht wurden. Die Landjugend in Großtreben (Landkreis Torgau-Oschatz) scheint auch nicht gerade aus liebesskatspielenden, netten jungen Leuten zu bestehen. Eine Gruppe von 20 "Unorientierten" hat am 15.12. das dortige Aussiedlerheim entglast und die üblichen blöden Sprüche gegrölt. Haben sie wahrscheinlich im Fernsehen gesehen und wollten auch mal. Außer sicherlich einem großen Schrekken gab es keine weiteren Verletzungen. In Görlitz dagegen endete die Nacht vom 7./8.12. für vier Görlitzer im Krankenhaus. Eine Gruppe von knapp 15 bomberbejackten Hanselns hat in der Straßenbahn, auf der Straße und in Wohngebieten wahllos Leute angepöbelt und zusammengeschlagen. Aber wie immer, nicht nur Sachsen ist ein heißes Pflaster. Im Nachbarland Brandeburg wurden im letzten Monat zwei Asylsuchende aus Liberia und Kenia mit einer zerbrochenen Glasflasche bedroht, hilfesuchende Menschen aus Sierra Leone und Vietnam scheinen auch nicht willkommen zu sein und wurden zusammengeschlagen, genauso wie polnische Vertragsarbeiter, wo jetzt einer deutsche Krankenhäuser kennnelernt, es gab einen Brandanschlag auf ein von Portugiesen bewohntes Gebäude etc. Ich glaube das reicht! Und da, wo viel Unrecht herrscht, muß durch unsere Judikative wieder alles in Ordnung gebracht werden. Also kein Wunder, daß ein paar Verhandlungen zu diesem Thema laufen, um alles wieder ins rechte Lot zu rükken.
So zum Beispiel zu den Campingplatzüberfällen im Frühjahr/Sommer, ihr erinnert euch sicherlich. In Chemnitz läuft jetzt der Prozeß gegen 12 Männer, die sich an ihrem Ehrentag fliederstrausbeschmückt mit Baseballschlägern und andern Knüppeln auf einen Campingplatz verirrten und einen jungen Mann so schwer verletzten, daß dieser später im Krankenhaus starb. Gefordert wird eine Freiheitsstrafe zwischen 15 Monaten auf Bewährung bis zu 5 Jahren.
Für 22 Monate muß einer von vier Wurzener hinter Gitter, die im Juli diesen Jahres zwei spanische Arbeiter im Wurzen brutal überfielen. Die anderen erhielten Haftstrafen auf Bewährung.
Was Wurzen betrifft gibt es in diesem Heft einen ganzen Block, deshalb will ich dazu auch nicht noch einmal großartig Worte verlieren. Nur das eine. Mit der Demo kanns ja nicht gewesen sein, egal wie gut oder schlecht sie jetzt auch war. Weitergehende Arbeit an diesem Thema ist wichtig. Deshalb beteiligt euch doch an den Nachbereitungsdiskussionen im Klaro, oder geht zum Offenen Antifa-Plenum, auch das Bündnis gegen rechts ist bestimmt an aktiver Mitarbeit und Ideen interessiert. Vielleicht ist das ja was für euch fürs neue Jahr. Bis zum nächsten Monat..

und Tschüß!

SEHTEST

Ganz normale Jugendliche, friedlich JoJo spielend. (Wer kein JoJo sieht, hat ernsthafte Probleme.)



Kapitalismus, Krise, wie weiter?

Seit nunmehr drei Ausgaben existiert hier im Heft so was wie eine Diskussion um die aktuelle strukturelle Krise dieser Gesellschaft. Ausgehend von der Frage "Wer klaut den Sozialstaat?" (Klarofix 10/96), über die Frage nach der Verantwortung, die sich aus unserer "metropolitanen Situation" ergibt (»Sozial/Staat/Freiheit«, Klarofix 11/96) und einer weiteren Interpretation der Grundlagen der Krise (»Zum Ende des Sozialstaates«, Klarofix 12/96) näherte sich die Diskussion im vergangenen Heft mit einem Text aus dem Hallenser »Subbotnik in L.A.« der Frage, was zu tun sei (»Raus aus der Krise«, Klarofix 12/96). Ähnliche Ansätze hatte schon vor einigen Monaten die »Arranca!« vorgeschlagen. Ich will hier versuchen, die bisherigen Artikel nochmal kritisch zu betrachten, eventuelle Verbindungen zwischen scheinbar gegensätzlichen Ursachen der Krise aufzuzeigen und die Vorschläge des S.i.L.A. diskutieren. Die Diskussion um die Ursachen der Krise mögen dabei haarspalterisch erscheinen, ich finde sie jedoch vor allem für ein Verständnis davon, wie sich menschliche Gesellschaften bewegen, wichtig. Und von unseren Ansichten über die Ursachen gesellschaftlicher Veränderungen hängen schließlich auch die Dinge ab, die wir zu tun gedenken (hoffe ich jedenfalls).

Die "Linke" und die Gesellschaft

Meinem Artikel »Wer klaut den Sozialstaat?« ist vorgeworfen worden, er überbewerte den Einfluß der "Neuen Linken" auf die Gesellschaft der späten 60er und frühen 70er Jahre, speziell die Feindlichkeit, mit der die Arbeit den Menschen gegenübersteht, sei vielleicht innerhalb der damaligen Student/inn/enbewegung, nicht aber auf breiter gesellschaftlicher Ebene diskutiert worden.

Ich gehe im Gegenteil davon aus, daß nicht die "Neue Linke" irgendeinen großartigen Einfluß auf die gesellschaftlichen Veränderungen dieser Zeit hatte, sondern daß sie vielmehr nur deshalb noch heute ein Begriff ist, weil es eine breite gesellschaftliche Bewegung gab, die die Grundlagen des bisherigen Lebens (auch die Arbeit) radikal in Frage stellte, und in deren Rahmen sich die "Neue Linke" bewegte. Ich denke nicht, daß irgendwelche Gruppen oder gar Einzelpersonen gesellschaftlich relevante Erschütterungen auslösen können, indem sie "Einfluß auf die Gesellschaft" ausüben. Vielmehr interpretieren solche Gruppen das was passiert und machen sich Gedanken über das "wie weiter?". Der geschichtliche Prozeß solcher Bewegungen ist auch ein Prozeß von Diskussionen über die verschiedenen Interpretationen dessen was ist. Somit ist die "Neue Linke" (und dieser Begriff umfaßt ja ziemlich viel) nicht Auslöser der von mir skizzierten Bewegungen sondern vielmehr Teil und Resultat derselben. Die "Neue Linke" der späten 60er Jahre wäre mit ihrer Ablehnung der bürokratischen großen kommunistischen Parteien und Gewerkschaften genauso gegen den Baum gefahren, wie so viele Abweichler/innen vor ihnen, hätte es nicht eine gesellschaftliche Basis für ihre Ansätze gegeben. Es ist eben kein Zufall, daß wir heute von einer "Neuen Linken" wissen, die ihre Anfänge in eben jener Zeit hatte, in der das scheinbar so erfolgreiche Nachkriegsregime in enorme Schwierigkeiten kam und schließlich zusammengebrochen ist.

Klassenkämpfe versus ökonomische Gesetzmäßigkeiten

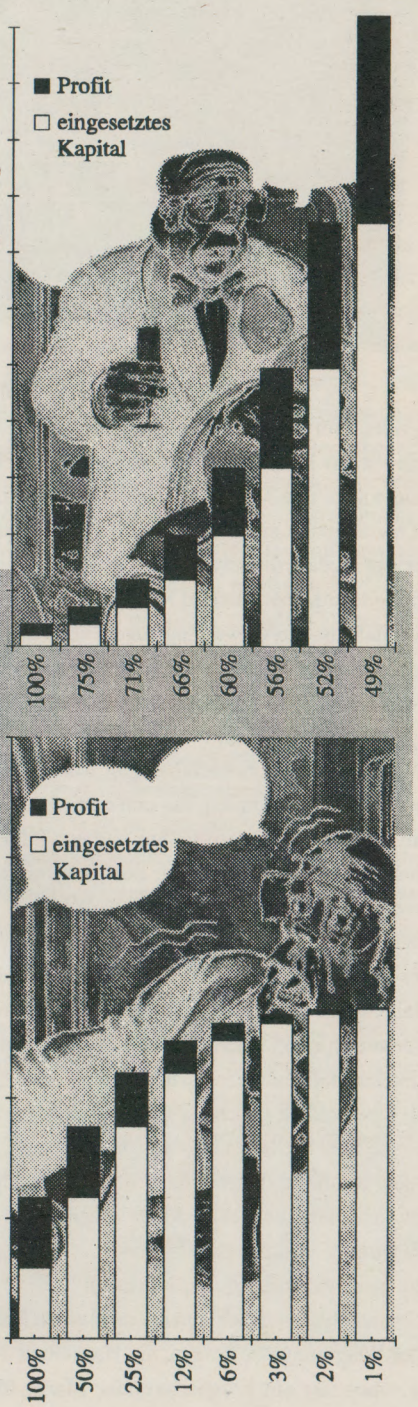
In meinem Artikel »Wer klaut den Sozialstaat?« hatte ich anhand von verschiedenen Texten versucht darzustellen, wie die Kämpfe in der Gesellschaft Ende der 60er Jahre zum Zusammenbruch des Nachkriegssystems, des Keynesianismus, geführt hatten. N. Köhler entwickelte dagegen in Klarofix 12/96 die Idee, die Krise des Keynesianismus habe ihre Ursachen im »tendenziellen Fall der Profitrate«, die nach Karl Marx mit der steigenden Menge von Kapital erklärt wird, die für die Produktion in Bewegung gesetzt werden muß (steigende organische Zusammensetzung des Kapitals). Die Profitrate stellt dabei das Verhältnis von Gewinn zu eingesetztem Gesamtkapital dar (nicht umgekehrt, wie es dummerweise im letzten Klarofix stand), ist also ein Maß für die Rentabilität der kapitalistischen Produktion. Auf das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate gründet sich spätestens seit Rosa Luxemburg die ganze orthodoxe marxistische Krisentheorie. Dabei entsteht nur allzuoft der Eindruck, der Kapitalismus würde die finale Krise von selbst herbeiführen, weil er seinen eigenen "objektiven" ökonomischen Gesetzen folgen muß. Nun muß ich mich nicht vom Verfassungsschutz als "Automer" bezeichnen lassen, um mich jetzt "objektiven Gesetzen" der Marxorthodoxie zu beugen. Dennoch möchte ich an dieser Stelle etwas dazu verlieren. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Mensch, von dem der Spruch stammt: *»Alle bisherige Geschichte ist eine Geschichte von Klassenkämp-*

fen« (oder so ähnlich hat das olle Karl doch gemeint), irgendwelche von selbst wirkenden gesellschaftlichen Gesetze angenommen hätte. "Objektiv" bedeutet in dem Zusammenhang lediglich "nicht bewußt gesteuert, von einem konkreten Subjekt nicht zu beeinflussen, sich aus den Handlungen vieler Menschen ergebend."

In seiner Erläuterung zum tendenziellen Fall der Profitrate [1] läßt sich Marx tatsächlich fast gar nicht über die Ursachen für die steigende organische Zusammensetzung aus. Hier werden wir nicht fündig, wenn wir als bestimmende Größe hinter den Kategorien von Wert, Profit und Konkurrenz die gesellschaftlichen Kämpfe suchen. Aber diese Kämpfe kommen auf den ganzen 2.000 Seiten Kapital kaum vor. Schließlich untersucht Marx hier konkret die Bewegungsgesetze des Kapitals und nicht den "Klassenkampf als Motor der Entwicklung". Was er allerdings explizit schreibt ist, daß die Konkurrenz unter den verschiedenen Einzelkapitalen nicht die Ursache für den tendenziellen Fall der Profitraten ist, sondern sein Resultat.[2] Ich möchte an dieser Stelle einen Vorschlag Hollowways anbieten, den tendenziellen Fall zu interpretieren:

»Der Schlüssel zum Fall der Profitrate war somit die Tatsache, daß die Ausbeutung für das Kapital immer teurer wurde. Diesen Anstieg der Ausbeutungskosten bezeichnete Marx als den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals: Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion kommt es zu einem tendenziellen Anstieg des konstanten Kapitals (der Teil des Kapitals, dem die in Maschinen und Rohstoffen verkörperte tote Arbeit entspricht) im Verhältnis zum variablen Kapital (der Teil des Kapitals, dem die lebendige Arbeitkraft entspricht). Die Betonung der steigenden organischen Zusammensetzung wird oft den Erklärungen der Krise aus den Kämpfen der Arbeiterklasse entgegengestellt. Wenn wir jedoch die steigende organische Zusammensetzung nicht als ein dem Klassenkampf äußerliches ökonomisches Gesetz ansehen, sondern als Ausdruck der steigenden Ausbeutungskosten, dann löst sich die Polarität zwischen Klassenkampf und kapitalistischen Entwicklungsgesetzen auf.« [3]

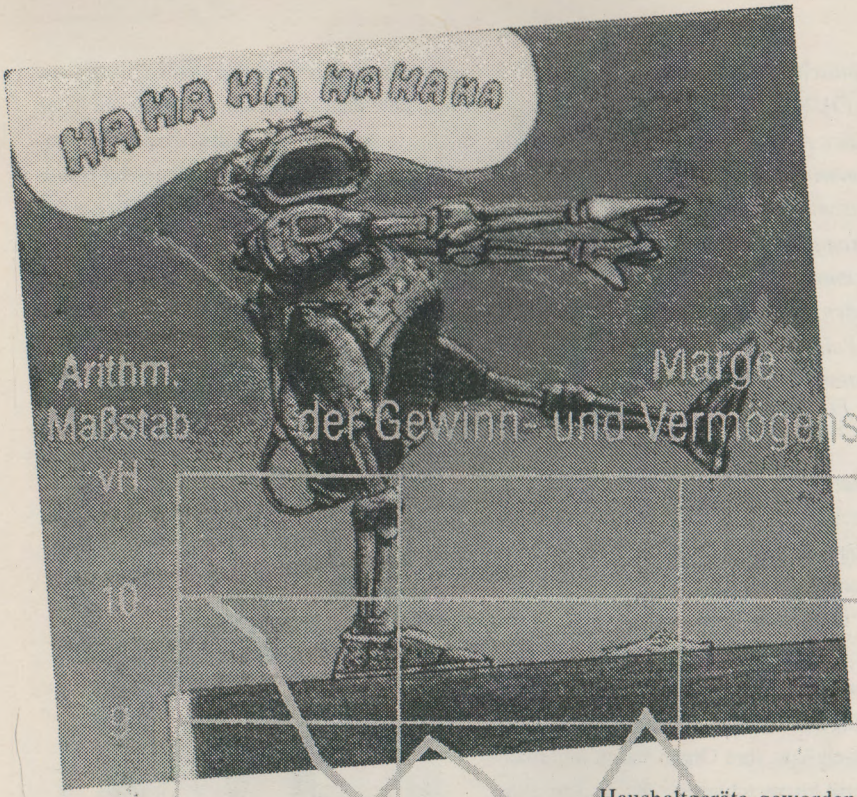
Nach Marx setzen die einzelnen Kapitalisten neue Technologien ein, um die notwendige Gesamtarbeitszeit zur Produktion ihrer Waren unter den gesellschaftlichen Durchschnitt zu senken, um Extra-Profite zu machen.[4] Wenn wir uns jedoch die Geschichte ansehen, werden neue Technologien mindestens im gleichen Maße eingesetzt, um aufsässige Arbeiter/innen zu ersetzen bzw. ihre Organisation innerhalb der Fabrik zu zerschlagen.[5] Es ist also alles andere als falsch, hinter der allgemeinen Tendenz der fallenden Profitraten die Kämpfe der Arbeiter/innen um ein besseres Leben zu sehen.



Mögliche Entwicklungen der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion im Kapitalismus. Die Gewinne eines Zyklus tauchen im nächsten als investiertes Kapital auf. Im oberen Diagramm kommt es trotz fallender Profitraten zu einer ständig stärker steigenden Menge gesellschaftlich in Bewegung gesetzten Kapitals und dabei zu ständig steigenden Profiten. Dies ist die "normale" kapitalistische Entwicklung. Im unteren Diagramm fällt die Profitrate jedoch so stark, daß sich die Profitmasse verringert - die Grundlage für eine Stagnation der kapitalistischen Entwicklung.

Fallende Profitraten versus fallende Profite

Aber auch Marx leitet aus den tendenziell (nicht immer und nicht konstant) fallenden Profitraten nicht die Krise her, weil die Ausbeutung weniger profitabel wird, sondern weil ihre sinkende Rentabilität Ausdruck der beschleunigten Anhäufung von Kapital ist, Ausdruck der rasanten Entwicklung des Kapitalismus, die immer wieder zu Disproportionen und Störungen führt, weil die Gesellschaft us Menschen besteht und nicht aus Zahlenkollonnen. Diese Störungen im gesellschaftlichen Gefüge müssen durch die Krisen gelöst werden. Einzig aus einer fallenden Profitrate läßt sich eine Krise nicht konstruieren, allein die fallende Profitrate verursacht keine Verklemmungen im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß. Mit der fallenden Profitrate geht notwendig gleichzeitig eine ständig steigende Gesamtprofitmasse einher. Das heißt, obwohl die Gewinne prozentual sinken, steigen sie in ihrem absoluten Umfang. Wieso sollte das zu Krisen führen?



Weshalb aber mit der fallenden Profitrate Krisen einhergehen ist, weil sie eben nicht einfach so passiert, sondern weil die wachsende Menge an gesellschaftlichem Kapital auch eine Menge Probleme mit sich bringt: Bedarf, der erst nach der Produktion ermittelt wird, überflüssiges Kapital und (für den kapitalistischen Verwertungsrozeß) überflüssige Menschen, Frauen, die ihre Ehemänner verlassen, so daß die armen hilflosen Wesen hungrig und verspannt auf Arbeit kommen; Lehrlinge, die Schraubenschlüssel in Maschinen werfen; Student/inn/en, die sich einfach nicht an Regelstudienzeiten halten wollen; Punkrocker/innen, die gleich nur noch konsumieren und gar nicht mehr arbeiten wollen.

Wie ich in Bezug auf die Midnight Notes aber geschrieben habe, war für die späten sechziger Jahre nicht einfach einfach nur sinkende Profitraten typisch sondern sinkende Profite.[6] Eine Tendenz fallender Profite ist nun aber tatsächlich bedrohlich für eine kapitalistisch organisierte Gesellschaft. Denn aus diesen Profiten zieht das Kapital seine Flexibilität, seine Anpassungsfähigkeit, seine Möglichkeit, Kämpfen in der Fabrik, im Haushalt oder auf der Straße auszuweichen, sie zu befrieden (z.B. mit Sozialkohle) und sich nutzbar zu machen (aus der Weigerung der Frauen, die Hausarbeit zu machen, ist ein prosperierender Markt für Haushaltgeräte geworden; mehr Studienwillige bilden heute ein Heer von diplomierten und promovierten High-Tech-Arbeiter/inne/n; aus dem Ruf nach Bildung ist "Training on the Job" geworden) oder auch einfach zusammenzuschießen.

Obwohl die Produktivität der Fabriken auch Ende der 60er und Anfang der 70er stieg, gelang es nicht, die Gewinne zu steigern. Obwohl es keinen Konsumrückgang gab, fielen die Gewinne über einen längeren Zeitraum (1967-72) und zwar nicht nur als Folge gestiegener Lohngelder in der Fabrik sondern auch als Folge gestiegener Ausgaben für Sozial- und Polizeiarbeit in den Straßen der Großstädte. Daß die Produktivität nicht in gleichem Maße gesteigert werden konnte, lag wohl zu einem guten Teil an der schlechten Arbeitsmoral der neuen Arbeiter/innen. Malcolm Denise, seines Zeichens Manager bei Ford und wahrscheinlich nicht wesentlich von der neuen Linken beeinflußt, meint im Dezember 1969:

»Heutzutage machen sich die Beschäftigten 1. weniger Gedanken darüber, ob sie ihren Arbeitsplatz verlieren oder bei ihrem Arbeitgeber bleiben; 2. sind sie weniger willens, sich mit schmutzigen und unbequemen Arbeitsbedingungen abzufinden; 3. wollen sie immer weniger das gleichförmige Tempo und die monotone Arbeit an den Fließbändern hinnehmen; 4. sind sie weniger bereit, sich Regeln oder Vorgesetzten zu unterwerfen. Darüberhinaus ist die traditionelle amerikanische Arbeitsmoral - die Auffassung, daß harte Arbeit Tugend und Pflicht sei - beträchtlich untergraben worden. Außerdem gibt es, wieder vor allem unter jüngeren Beschäftigten, einen wachsenden Widerstand gegen die Fabrikdisziplin Dies ist nicht nur eine Erscheinung in den Betrieben, sondern die betriebliche Auswirkung eines Trends, den wir überall bei der heutigen Jugend antreffen« [7]

Diese Probleme gab es nicht nur in den USA. Wir erinnern uns an den Mai ´68, als die Streikbewegung der Arbeiter/innen und Student/inn/en Frankreich erschütterte. Noch Anfang der siebziger Jahre kam es in westdeutschen Fabriken zu wilden Streiks, zu "Schwarzurlaub" (die Leute blieben einfach eine Woche länger weg). In Italien fand die Bewegung erst 1977 ihren Höhepunkt. Die Kämpfe in dieser Zeit, die heute gern und oft als "Studentenbewegung" abgetan werden, führten in der kapitalistischen Welt zu einer "Profitklemme", deren wichtigste Ursache das veränderte gesellschaftliche Kräfteverhältnis war.[8] Daß mit diesem Ansatz keineswegs einfach "der neoliberalen Propaganda" auf den Leim gegangen wurde, wird schon daran deutlich, daß dieses Verständnis der Krise bereits 1971 formuliert wurde, als die meisten bürgerlichen Wirtschaftskommentatoren noch bezweifelten, daß von einer Krise überhaupt die Rede sein könnte. Der "neoliberalen Propaganda" auf den Leim kriecht, wer heute aus diesen Umständen schließt, zur Verbesserung der Situation müßten nun Löhne gesenkt, Sozialgelder umgeleitet werden, wären "Bündnisse" mit den Chefs vonnöten. Daß daraus aber auch durchaus ein revolutionärer Ansatz folgen kann, zeigt der Operaismus der 70er Jahre. Diese in Italien entstandene Strömung der radikalen Linken trieb das Verständnis der Profitklemme derartig auf die Spitze, daß sie schlußfolgerten, in der Fabrik werde überhaupt kein Profit mehr erwirtschaftet, das marxsche Wertgesetz gelte nicht mehr, der Kapitalismus sei zu bloßem Kommando geworden, das durch staatliche Gewalt aufrechterhalten werde. Entsprechend konsequent wurde

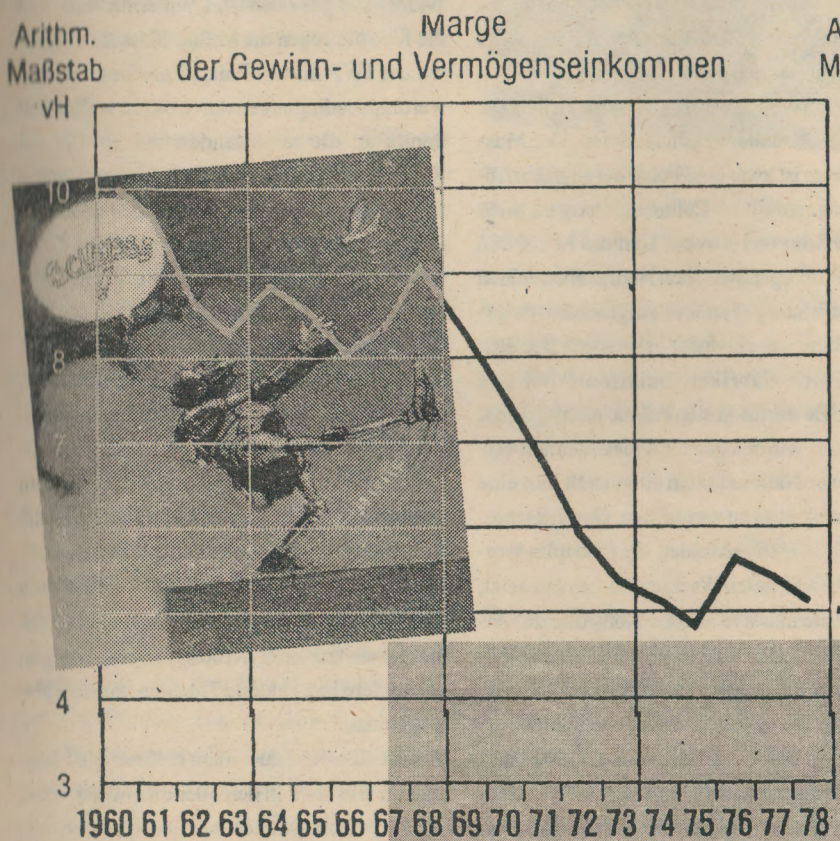
dann "der Staat" und das "kapitalistische Kommando" in Italien bekämpft. Der Zulauf, den der bewaffnete Kampf in den 70ern in Italien hatte, erklärt sich zu einem Großteil über dieses theoretische Verständnis.

Die Rezession, die 1973 einsetzte, und die zunächst auf die gestiegene Nahrungsmittelpreise und ab 1974 auch auf die hohen Ölpreise zurückzuführen ist, stellt nicht den Beginn der Krise dar, wie N. Köhler das in »Zum Ende des Sozialstaates« vesteht. Der erste krasse Ausdruck der neuen Krise zeigt sich bereits zwei Jahre früher, als die USA gezwungen waren, die Golddeckung des US-Dollars aufzukündigen. Die Rezession von 74/75 kann getrost als sich durchsetzende Strategie gegen die Arbeiter/innen (und vor allem gegen die Nicht-Arbeiter/innen) betrachtet werden. Nachdem im regulierten Kapitalismus der 50er und 60er Jahre auf Krisen zur Gesundung der kapitalistischen Wirtschaft verzichtet werden konnte, diese also entsprechend flach ausfielen, zeigt sich in dieser Rezession deutlich der Versuch, Geldflüsse umzuleiten und den Arbeiter/innen (ob in Lohnverhältnissen stehend oder nicht) Geld zu entziehen. Derartige Rezessionen geschehen nicht einfach nur so, sondern sie sind nötig und werden zu einem Gutteil "gemacht". Gerade durch die Rezession Mitte der 70er gelingt es in den USA durch von Banken und IWF gesteuerte "Finanzkrisen", weitere Reallohnanstiege für die Arbeiter/innen des öffentlichen Dienstes zu verhindern und die Geldflüsse zu den Nichtentlohnten zu kappen. Das Werzeug "Finanzkrise" wird in der Folge weltweit (so 1976 in Ägypten und Polen) eingesetzt, um Lebensstandards zu senken, und die Profitklemme zu lösen.[9]

Henry Ford und der Sozialstaat

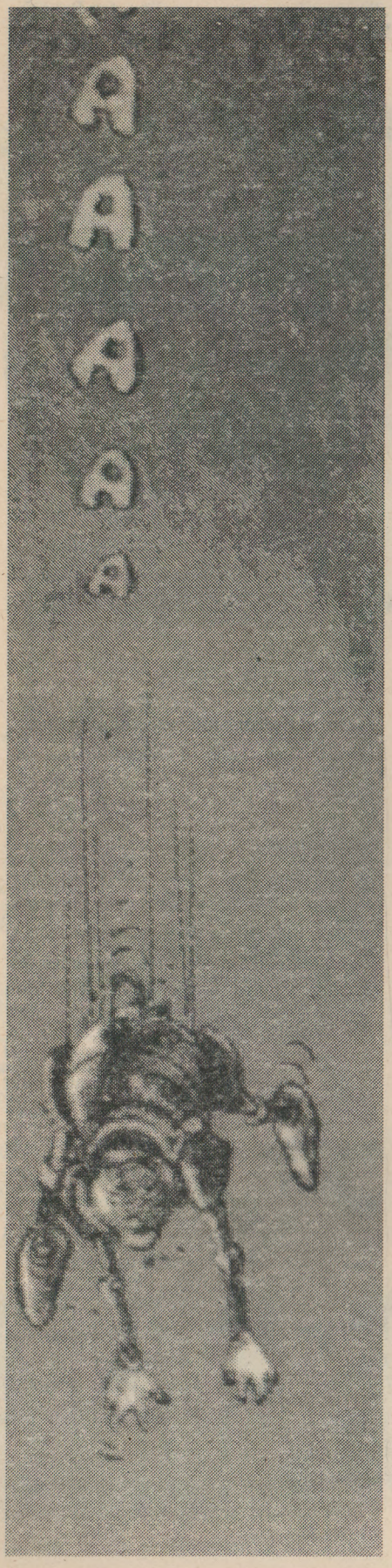
In meinem Artikel, »Wer klaut den Sozialstaat?« habe ich versucht, anhand der Entwicklung des deutschen Sozialsystems zu zeigen, daß es als Mittel gegen ein revolutionäres Projekt eingesetzt wurde und wie durch den "Sozialstaat" die Produktionsbedingungen beständig reproduziert werden sollen. Zur Bekräftigung sei an dieser Stelle lediglich auf Winston Churchill verwiesen, der 1909 darauf hinwies, Bismarck habe *»dem deutschen Sozialismus den schwersten Schlag nicht mit Unterdrükkungsgesetzen, sondern mit einem großen System staatlicher Versicherungen«* versetzt.[10] Ich habe dabei bewußt das deutsche Modell besprochen, weil es wesentlich älter ist als der amerikanische Keynesianismus, der viele Ansätze aus den bereits existierenden Sozialstaatsformen übernahm.

Die Behauptung, Vertreter der kapitalistischen Unternehmen, etwa Henry Ford, hätten ihren Arbeiter/innen einen höheren sozialen Standard zugesprochen, um die Anfang des Jahrhunderts aufgekommene Massenproduktion zu konsumieren, erklären die konkrete historische Form des Kapitalismus nicht als Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Leben und Arbeit (oder Nicht-Arbeit) sondern als Resultat von Konkurrenz und irgendwie sich ominös verändernden Produktionsbedingungen. Daß die Massenproduktion Resultat des sich immer mächtiger äußernden Anspruches der Arbeiter/innen auf einen höheren Lebensstandard sein könnte, fällt heute natürlich keinem mehr ein. Als Ford 1914 den 5-Dollar-Tag einführte, tat er das keinesfalls, damit seine Arbeiter/innen die von ihnen produzierten Autos konsumieren konnten oder gar irgendwelche sonst massenhaft produzierten Waren. Tatsächlich hatte Ford vorher enorme Probleme mit seiner Belegschaft. Die Arbeitsbedingungen an den 1913 eingeführten Fließbändern waren so beschissen, daß Ford, um eine Belegschaft von 15.000 Leuten aufrechtzuerhalten, in einem Jahr 53.000 Leute einstellen mußte. Um diese chaotischen Verhältnisse in seiner Fabrik unter Kontrolle zu bringen, bediente er sich einer Lohnerhöhung, die nur bestimmte Arbeiterfiguren erhielten. Nur Männer über 21 Jahre, die seit mindestens sechs Monaten in der Fabrik arbei-



Bruttoeinkommen
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in vH des Produktionswertes.

Ende der sechziger Jahre fallen die Profite erstmalig nach dem Krieg über einen längeren Zeitraum. Die Profitrate fällt stärker als vorher und wird erst durch die "Rezession" 1974/75 wieder aufgefangen.



teten und die ihren moralischen Lebenswandel nachweisen konnten, erhielten dieses Geld. Eigens für diese soziale Kontrolle wurde eine neue Abteilung für Soziologie geschaffen. Mit dieser Strategie war Ford erfolgreich. Die Fluktuation seiner Arbeiter/innen viel von 350% auf 0,5% pro Jahr. Vor diesem Hintergrund war eine weitere disziplinierte Organisation der Fabrik und Intensivierung der Arbeit möglich, wodurch trotz der Lohnerhöhung die Kosten für die Produktion für die Tin Lizzie (Modell T) um 17% fielen.[11] Diese Strategie wurde auch von anderen Unternehmen angewandt. In Deutschland hatte Bosch bereits Ende des letzten Jahrhunderts seine Probleme mit einer beträchtlichen Lohnerhöhung gelöst, obwohl er nicht am Fließband produzieren ließ und er auch nicht darauf spekulieren konnte, die Arbeiter/innen würden seine Produkte dann konsumieren. Immerhin stellte Bosch damals hauptsächlich Elektromotoren her.

Der Gedanke, ein einzelner Kapitalist würde, um so ein gesamtkapitalistiches Problem, wie den Absatz der Massenprodukte, zu lösen, in seiner Fabrik die Löhne erhöhen, erscheint absurd, weil er ja davon ausgehen müßte, seine Waren würden sich dadurch verteuern, und seine Arbeiter/innen würden dann natürlich die Produkte der anderen konsumieren. Der Massenkonsum ist zwar eine Folge der sozialen Absicherungen und der Lohnsteigerungen, nicht aber ihr Sinn und Zweck. Und die Mähr, daß gerade Ford irgendwelchen Nettigkeiten seinen Arbeiter/innen gegenüber aufgeschlossen gewesen wäre, verschwindet bei genauer Betrachtung. Fords Fabriken funktionierten wie Knäste. Es durfte in der Fabrik nicht geredet werden, es wurden gezielt Arbeiter/innen verschiedener Nationalitäten eingestellt, um eine Kommunikation zu verhindern, Gewerkschaften wurden nicht geduldet, die Disziplin wurde von bewaffneten Wachleuten durchgesetzt, es gab eine massive soziale Kontrolle der Arbeiter/innen auch außerhalb der Fabrik. Wenn wir dieses Sytem der Produktion als "Fordismus" begreifen wollen, so endete dieser "Fordismus" in den USA (in Lateinamerika ist er heute wieder stark im Kommen), als 1941 während des großen Streiks die Streikposten von bewaffneten Wachschützern angegriffen wurden und nicht nachgaben, sondern Verstärkung bekamen und die Wachleute zurückschlugen. Dieser Moment, *»als man zusehen konnte, wie Halbtote plötzlich zu Menschen werden«*[12], beendete den Vorkriegsfordismus (unreguliert, ohne Gewerkschaften) durch Kampf und nicht durch Einsicht in die sozialen Bedürfnisse der Arbeiter/innen oder bloßes Konsum/Absatz-Kalkül.

Warum ist die Krise noch aktuell?

Wieso ist die Krise, die ihre Ursachen nun also vor fast 30 Jahren hatte, heute noch aktuell? Da spielen sicher viele Dinge hinein, z.B. daß angesichts der geringen Gewinne aus der aktuellen Produktion eine Menge Kapital in Börsenspekulationen gesteckt wurde, "Wetten auf zukünftige Gewinne" abgeschlossen wurden, sich die Organisator/inn/en der Gesellschaft auf´s Spielen verlegt haben, anstatt die Arbeit durchzusetzen. Hinzu kommt natürlich, daß zahlreiche Versuche in dieser Richtung wenig erfolgreich waren, weil sie auf erfolgreichen Widerstand gestoßen sind. Wir erinnern uns an die Kämpfe gegen die Militärdiktatur in Polen, wo der IWF mittels Finanzkrise bessere Verwertungsbedingungen durchsetzen wollte. Ich denke an die anhaltenden revolutionären Kämpfe in Lateinamerika, die es dem Kapital schwer machten, hier in dem Maße Fuß zu fassen, wie sich das die Planer am grünen Tisch erhofft haben mögen. Ich denke an die antirassistischen Kämpfe in Südafrika, die das dortige kapitalistische Regime aus dem Ruder laufen ließen. Und ich denke an die Auseinandersetzungen im Großbritannien der 80er Jahre (Bergarbeiterstreik, Poll Tax Riots). Die anhaltenden Kämpfe gegen die Atomenergie in Deutschland stellen zwar nicht unbedingt die Revolution dar, aber sie behindern natürlich die Durchsetzung eines neuen Regimes von Arbeit und Gehorsam ebenso wie Haus- und Wohnungsbesetzungen, Arbeitsverweigerungen und andere individuelle Fluchten vor dem Kapitalismus.

Protest läßt sich heuet nicht mehr so glatt integrieren wie noch in den 50er und 60er Jahren, als die Gewerkschaften und Linksparteien eine Menge davon in bürgerliche Demokratie verwandelt haben. Das CIA-Organ Problems of Communism bemerkt hierzu:

»Die Schwächung kommunistischer Parteien ist nicht notwendigerweise eine gute Sache für die westlichen Demokratien. Obwohl diese Parteien vor Jahrzehnten noch als revolutionäre Bewegungen begannen, endeten sie als Parteien, die die demokratischen Systeme unterstützten, die ihnen schließlich den Garaus machten. Ab den 70er Jahren waren sie voll in demokratischer Politik eingebunden. Die kommunistischen Parteien integrierten viele Bürger, die sich vom Kapitalismus und der Demokratie mißbraucht fühlten, in das demokratische System. Sie kanalisierten soziale Unzufriedenheit in Wahl- und Parteipolitik und in die gewerkschaftliche Aktion. Zur gleichen Zeit repräsentierten diese Parteien noch die Interessen der randständigen, besitzlosen Gruppen in ihren Gesellschaften. Der Zusammenbruch kommunistischer Parteien in den 80er Jahren beseitigt diese verantwortungsbewußten Advokaten der Unzufriedenen. Ohne die kraftvolle Stimme der kommunistischen Parteien, die für die Entfremdeten sprachen, werden diese nach neuen Vehikeln ihres Protestes suchen.«[13]

Obwohl die meisten politischen Ausläufer aus dieser Zeit inzwischen befriedet oder geschlagen sind, die Herrschenden auch in der Kappung bestimmter Geldströme und der Durchsetzung schlechterer Arbeits- und Lebensbedingungen erfolgreich waren, ist es ihnen noch nicht gelungen, ein neues Modell gesellschaftlicher Organisation durchzusetzen, denn daß sich das alte Modell von gewerkschaftlicher Einbindung und staatlich finanzierter Krisenüberbrückung noch einmal wiederbeleben ließe, glaubt kaum jemand. Die Ansätze für einen neuen kapitalistischen Zyklus, wie sie etwa in den vielen Dienstleistungsjobs, vermehrter Heimarbeit und flexibler Produktion stecken könnten, sind noch nicht in dem Maße durchgesetzt, daß sich über Erfolg oder Mißerfolg entscheiden ließe. Fakt ist, daß stabile Lebens- und Produktionsbedingungen sich momentan kaum irgendwo abzeichnen. Den Angriffen auf den Lebensstandard der Menschen setzt sich hier zwar im Moment kaum ernsthafter Widerstand entgegen, aber natürlich gibt es Ansätze, wie das Berliner Bündnis gegen Sozialkürzungen und Ausgrenzung, oder die Kölner Initiativen gegen die Innenstadtbereinigung und für den Erhalt der nun doch geräumten Klagemauer. Und wir alle haben noch die französische Streikbewegung vom Dezember 1995 im Kopf, die klar gemacht hat, daß da noch mehr existiert als vereinzelte, geschlagene Figuren, die jeden Scheiß mit sich machen lassen.

Der Ausweg?

Sowohl der Autor von »Raus aus der Krise« als auch die »Arranca!« (Zeitschrift der f.e.l.S.-Gruppe) schlagen eine Organisierung entlang radikal-reformistischer Forderungen vor. Wichtiges Element ist die Einführung einer Mindestabsicherung für alle, die von f.e.l.S. auf 1.500 DM und vom S.i.L.A. auf satte 2.200 DM festgeschrieben wird. Gleichzeitig soll die Arbeitszeit verkürzt, Überstunden verboten, die Mieten auf irgendwas um die 3,-DM/qm festgesetzt und die Betriebe letzten Endes in die Hände der Betriebsräte gegeben werden. Wichtig ist dabei der internationale Zusammenhang und besonders f.e.l.S. hebt hervor, daß all das mit antirassistischen Forderungen, wie der Abschaffung der Ausländergesetzgebung einhergehen muß. Das klingt alles gar nicht so schlecht und wenn f.e.l.S. schreibt, den Leuten auf der Straße, mit denen sie über diese Forderungen diskutiert hätten, wären diese Forderungen "utopisch" vorgekommen, kann ich mir das gut vorstellen. Ich stelle mir allerdings die Frage, wohin das führen soll. f.e.l.S. schreiben:

»Die Frage, ob diese Forderungen im Kapitalismus durchzusetzen sind, sollte uns nicht allzuviel Kopfschmerzen bereiten. Forderungen müssen vermittelbar und einleuchtend sein und nicht danach gehen, was den Sachzwängen von Regierungen entspricht.«

Auch wenn diese Gedanken deutlich über die Sachzwanglogik hinausgehen, der Gedanke hinter der sozialen Grundsicherung bei f.e.l.S. ausdrücklich ist, daß wenige immer mehr herstellen, alle, egal ob sie produzieren oder nicht, ein Recht auf ein eigenständiges Einkommen besitzen, der gesellschaftliche Reichtum allen gehört, kommen sie doch nicht ganz los vom kapitalistischen Geld-Denken. Wenn eine Bewegung, die momentan nicht existiert, Forderungen tatsächlich in Begriffen wie Geld, Miete und Arbeit stellt, bleibt sie an den Erscheinungsformen der bürgerlichen Gesellschaft kleben, formuliert keine tatsächliche Alternative, sondern kommt schneller wieder in die "Sachzwanglogik", als es ihr lieb ist. Wer nämlich Forderungen nach mehr "Geld" stellt, wird selbstverständlich erklären müssen, wo es herkommen soll, das Geld. Wer die Selbstverwaltung der Unternehmen fordert, erklärt damit noch nicht, wie die kapitalistische Konkurrenz beseitigt wird. Ich möchte hier nicht falsch verstanden werden, die Gedanken der Auflösung des Arbeitszwanges, "Alles für Alle!", den grundsätzlichen Angriff auf die regulierenden Mechanismen der bürgerlichen Gesellschaft finde ich gut und richtig. Die Vermittlung scheint mir schlecht, nämlich innerhalb bürgerlichen Fassungsvermögens, formuliert zu sein. Natürlich ist das leicht: wenn ich keine konkrete neue Organisationsform einer Gesellschaft formulieren kann, tue ich einfach so, als ob alles ganz einfach wäre und wir am Bestehenden nur ein paar Parameter verändern müßten. Damit begebe ich mich aber genau in die Sachzwänge, die die aktuelle Gesellschaft diktiert, die sind nämlich real und keine Propaganda. Indem ich meine Forderung in Erscheinungsformen des Kapitals formuliere, lasse ich mich auch auf die Logik, die ihm innewohnt, ein.

Ich finde die Formulierung eines antibürgerlichen Standpunktes, eines Verständnisses von Gesellschaft jenseits von "Geld" (also irgendwie "Tausch") und bürgerlichen Individuen, die ihr "Recht" gegenüber der Gesellschaft mittels Geld geltend machen, wichtig und notwendig. Den Ansatz, der sowohl vom S.i.L.A. (etwas umfassender) als auch von f.e.l.S. formuliert wird, sich an der Basis zusammenzuschließen, Kämpfe zu organisieren (das ist auch nicht aufgesetzt, dazu sind wir ohnehin gezwungen, wenn wir uns nicht alles gefallen lassen wollen), in gesellschaftliche Auseinandersetzungen einzugreifen, kann ich nur unterstützen. Der Gedanke, den ich dabei allerdings habe, ist eher, daß innerhalb der Auseinandersetzungen und der Diskussionen darum Standpunkte, die unser derzeitiges Vorstellungsvermögen sprengen, formuliert und durchgesetzt werden können.

Wenn f.e.l.S. schreibt: *»Revolutionen haben sich bisher immer noch aus Überlebenskämpfen mit sehr schlichten Zielen entwickelt!«*, will ich den Satz etwas genauer zurückgeben: *Erfolglose oder im Nachhinein gescheiterte Revolutionen haben sich bisher immer noch aus Überlebenskämpfen mit sehr schlichten Zielen entwickelt!*

t.v.

[1] *Karl Marx: Das Kapital, Band 3, 13. Kapitel*

[2] *Karl Marx, Das Kapital, Band 3, Seiten 262/263 und 266/267*

[3] *John Holloway; Der Abgrund tut sich auf: Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus, in Bonefeld/ Holloway: Global Capital, National State and the Politics of Money (1995), übersetzt in wildcat-zirkular #28/29*

[4] *Karl Marx, Das Kapital, Band 3, Seite 275*

[5] *sehr anschaulich dargestellt in: Rote Brigaden - Fabrikguerilla in Mailand 1980-81; Ex-Militante der Kolonne Walter Alasia erzählen ihre Geschichte*

[6] *Midnight Notes Collective: The Work/ Energy Crisis and the Apocalypse; deutsch in TheKla 12: Arbeit, Entropie, Apokalypse*

[7] *zitiert nach TheKla 12*

[8] *Glyn / Sutcliff: Die Profitklemme. Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Großbritaniens; Berlin 1974*

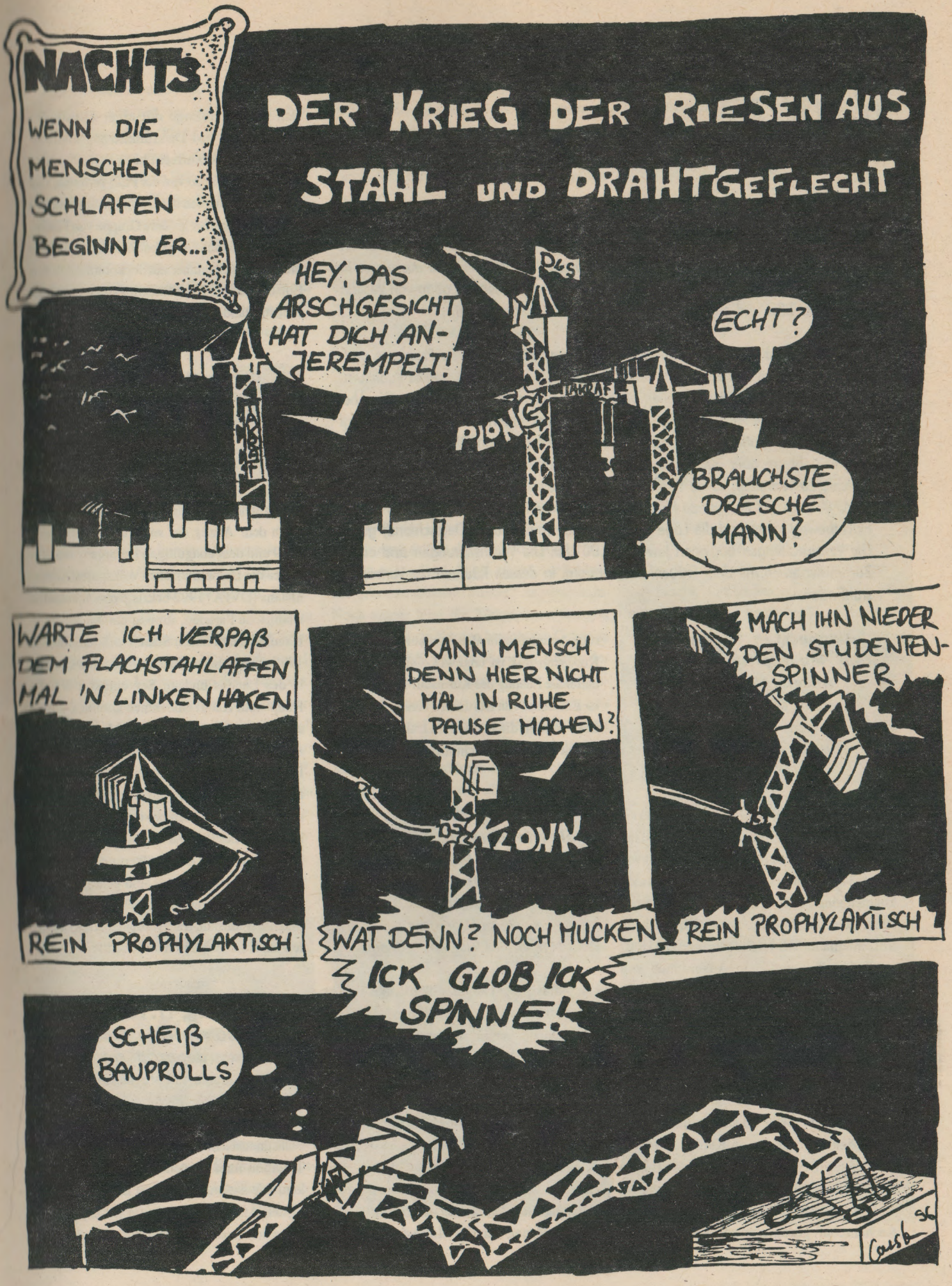
[9] *siehe dazu Thekla 12, aber auch Harry Cleaver: Das Geld als Kommando - und wie es in der aktuellen Krise unterlaufen wird, in Bonefeld/Holloway: Global Capital, National State and the Politics of Money (1995), übersetzt in wildcat-zirkular #30/31*

[10] *zitiert nach Karlsruher Stadtzeitung #35 (Frühjahr 1985): Mit dem Dreirad durch den Sozialstaat*

[11] *John Holloway; Der Abgrund tut sich auf: Aufstieg und Niedergang des Keynesianismus, in Bonefeld/ Holloway: Global Capital, National State and the Politics of Money (1995), übersetzt in wildcat-zirkular #28/29*

[12] *Emil Maizey, Organisator der Automobilarbeitergewerkschaft UAW, zitiert nach Ferruccio Gambino: Kritik am Begriff des Fordismus..., deutsch in wildcat-zirkular 28/29*

[13] *zitiert nach; wildcat #61: Der Sozialstaat packt's nicht mehr*


NACHTS
WENN DIE MENSCHEN SCHLAFEN BEGINNT ER...
DER KRIEG DER RIESEN AUS STAHL UND DRAHTGEFLECHT
HEY, DAS ARSCHGESICHT HAT DICH ANJEREMPELT!
PLONG
ECHT?
BRAUCHSTE DRESCHE MANN?
WARTE ICH VERPAß DEM FLACHSTAHLAFFEN MAL 'N LINKEN HAKEN
REIN PROPHYLAKTISCH
KANN MENSCH DENN HIER NICHT MAL IN RUHE PAUSE MACHEN?
KLONK
WAT DENN? NOCH HUCKEN
MACH IHN NIEDER DEN STUDENTEN-SPINNER
REIN PROPHYLAKTISCH
ICK GLOB ICK SPINNE!
SCHEIß BAUPROLLS

Kahina

Bildungs- und Informationszentrum Naher und Mittlerer Osten e.V.

Der Verein KAHINA ist eine Gruppe, die durch Bildungsabende und öffentliche Veranstaltungen über den Nahen Osten aktuell informieren möchte. Ein weiterer Teil der Arbeit des Vereins besteht in der Unterstützung von Flüchtlingen aus dieser Region. Außerdem beschäftigt sich KAHINA mit der generellen Situation von Ausländern in der BRD und engagiert sich in der antirassistische Arbeit.

KAHINA beginnt im Januar eine Veranstaltungsreihe über aktuelle Probleme und Entwicklungen im Nahen Osten. Unser Ziel ist es, ein möglichst breites Publikum mit den Ländern und der aktuellen politischen Lage vertraut zu machen. Die Abende sind so vorbereitet, daß neben dem Vortrag Dias, ein Video oder Fotos gezeigt werden. Der Hauptteil des Abends ist jedoch für Fragen und Diskussionen vorgesehen. Es geht uns aber auch darum, grundlegendes Wissen über Länder und Zeitgeschichte zu vermitteln sowie Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. Da KAHINA auch viel Kontakt zu Flüchtlingen aus diesen Ländern hat, wird es auch um Fluchtbewegungen und die Lage der Flüchtlinge (nicht nur in Deutschland) gehen. Die Veranstaltungen beginnen jeweils 19.00 Uhr. Die Veranstaltungen sind eine Zusammenarbeit mit dem Frauenkulturzentrum, in dessen Räumen die Vorträge stattfinden.

Donnerstag, 9. Januar
Kein dauerhafter Frieden in Kurdistan - Irak ?
Ein Diavortrag.

Andrea Fischer-Tahir
Christian Pommerening
(KAHINA)

In Kurdistan-Irak entstand nach dem Golfkrieg 1991 ein Gebiet, das nach einem Volksaufstand und aufgrund internationalen Drucks nicht von Bagdad aus beherrscht wurde. Die Kurden konnten eine gewisse Eigenständigkeit erreichen. Doch das Embargo gegen den Irak hatte trotz internationaler Hilfslieferungen zu Hoffnungslosigkeit und dem Ausbrechen von Kämpfen zwischen kurdischen Parteien (DPK, PUK) geführt. Das Regime von Saddam Husain sowie die Nachbarstaaten Türkei und Iran intervenierten wiederholt militärisch. Im August 1996 eskalierte die Situation, als die DPK im Bündnis mit der irakischen Armee gegen die PUK vorging. Das Regime beginnt, seine Machtinstrumente in Kurdistan wieder aufzubauen. Dem Regime von Saddan Husain sind inzwischen begrenzte Ölverkäufe erlaubt, ohne daß es für seine Völkermordpolitik zur Rechenschaft gezogen wurde. Die Weiterführung der internationalen, humanitären Hilfe für Kurdistan-Irak ist ungewiß. Ohne eine internationale Lösung des Kurdistan-Problems (unter Einschluß von Kurdistan-Türkei, Kurdistan-Iran) werden die Kurden im Irak bleiben, was sie seit 1991 sind: Flüchtlinge im eigenen Land.

Montag, 20. Januar
Palästinensische Flüchtlinge im Libanon – Palästinensische Flüchtlinge im nahöstlichen Friedensprozeß

Ronald Ofteringer
(Projekt Genocide Watch, Berlin)

Die palästinensischen Flüchtlinge in der Diaspora (Syrien, Jordanien, Libanon) sind aus dem nahöstlichen Friedensprozeß bisher ausgeschlossen. Dieses Thema wurde in den palästinensisch-israelischen Verhandlungen aufgeschoben. Die Situation der palästinensischen Flüchtlinge hat sich besonders in Libanon kontinuierlich verschlechtert. Im Gegensatz zu anderen Staaten war Status nie rechtlich abgesichert, sondern immer von der Macht der PLO abhängig. Seit dem Abzug der PLO 1982 und der Zerstörung der PLO-Infrastruktur sahen sich die Flüchtlinge mit einer Politik der Ausgrenzung und Diskriminierung konfrontiert. Das Rückkehrrecht nach Palästina wird heute nicht mehr so von der PLO vertreten, daß es die Flüchtlinge in der Diaspora einschließen würde. Eine immer größere Gruppe von Flüchtlingen hat keinen legalen Aufenthalzsstatus mehr. Dies geht einher mit der kontinuierlichen Einschränkung von Flüchtlingsrechten in den Industrieländern.

Donnerstag, 6. Februar
18 Jahre Schlachtfeld Afghanistan

Thomas Ruttig
(Journalist, Berlin)

In Afghanistan herrscht seit 18 Jahren Krieg. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 und dem endgültigen Untergang des Regimes der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) 1992 bekriegen sich einzelne islamische Parteien, streiten um die Macht in Kabul und den neuen Staat. Nachdem die erst 1994 entstandenen Taliban-Milizen weite Teile des Landes und im September 1996 die Hauptstadt Kabul einnehmen konnten, schien eine Friedenslösung durch die Machtübernahme dieser Kriegspartei letzte Hoffnung zu sein. Doch auch die Taliban haben ihre Maske längst fallengelassen, als sie mit Raketen auf Zivilisten schossen und ein unvergleichlich hartes, theokratisches Regime errichteten. Ein Frieden ist nicht in Sicht. Die Bevölkerung ist des Krieges überdrüssig, doch es sind genügend Waffen da, um ihn weiterzuführen. Internationale Mächte (Pakistan, Iran, Rußland, USA) kämpfen um Einflußsphären und Märkte.

Montag, 17. Februar
Palästinensiche Frauen – Veränderungen durch Oslo?

Randa Abu Mugheisib
(Berlin)

Palästinensische Frauen können auf eine lange Tradition ihrer Frauenbewegung zurückblikken. Die nationale Frage ist eines ihrer wichtigsten Anliegen, und häufig hat die Frauenfrage dominiert. Seit Oslo sind die palästinen-

sischen Frauen vor eine neue Situation gestellt. Sie haben nun mit der Palästinensischen Autonomiebehörde (PNA) zu tun. Teile der Frauenbewegung sind in der PNA vertreten. Wie und mit welchem Erfolg vertreten sie die Rechte der Frauen (Status der Frau in der Verfassung, Frauenprogramme etc.) Durch einen Vergleich mit den regierungsunabhängigen Frauenorganisationen sollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Strategien sowie das Verhältnis zwischen den verschiedenen Kräften der Frauenbewegung dargestellt werden.

Montag, 3.März
Wie weiter im „Nahost-Friedensprozeß"?
mit Filmbeiträgen
Anja Treichel
(KAHINA)

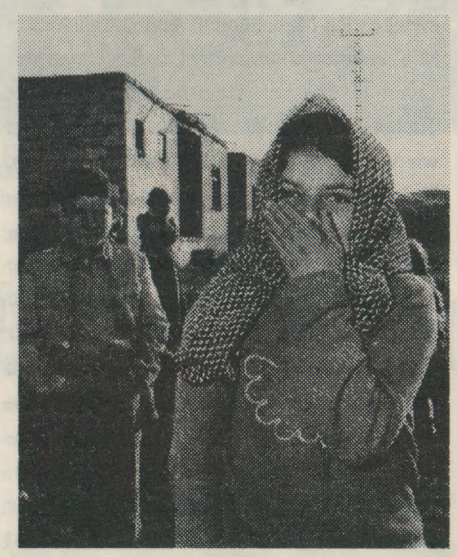
Arafat als alternder Friedensnobelpreisträger, palästinensische Polizisten auf MZ-Motorrädern, Ermordung eines Präsidenten, Regierungswechsel in Israel: verhärtete Fronten in einem Prozeß, der von Anfang an mit „Frieden" nicht viel zu tun hatte. Wie eine Nationalbewegung zum Dorfvorstand mit beschränkten Rechten wurde und welche Rolle die „Vermittlung" der großen Mächte dabei spielte, soll in dieser Veranstaltung näher beleuchtet werden. Der durch den Prozeß versprochene FRIEDEN kann nur dann tatsächlich verwirklicht werden, wenn die Politik der Staaten der Region und geostrategische Interessen dies zulassen.

Montag, 17. März
Frauenbewegung in Kurdistan-Irak
Andrea Fischer-Tahir
(KAHINA)

„Frauen sind die Hälfte der Gesellschaft..." heißt es in den Parteiprogrammen der irakisch-kurdischen Parteien. Frauen tragen zur Hälfte die Leiden von Krieg und Zerstörung, Vertreibung und Flucht, Gefängnis und Folter. Frauen beteiligten sich als eigenständige politisierte Persönlichkeiten oder als Ehefrauen, Mütter, Schwestern und Töchter am Widerstandskampf gegen das Baath-Regime. Nach dem Aufstand 1991 erhielten sie jedoch weder die Hälfte der Anerkennung ihres Opfermutes noch erhielten sie die politischen und sozialen Rechte, die ihnen als Frauen versprochen worden waren. Aber viele Frauen wagen ihren eigenen Aufstand...

Montag, 24. März
Politische Gefangene in der Türkei
Vortrag und Video
Carina Großer-Kaya
(KAHINA)

Der mehrmonatige Hungerstreik von tausenden politischen Gefangenen, der im September 1996 mit dem Tod von 12 Gefangenen endete, rückte die systematische Mißachtung der Menschenrechte in der Türkei erneut ins Licht der weltweiten Öffentlichkeit. Trotz aller Anstrengungen seitens der türkischen Regierung, gelingt es ihr nicht, dem Ausland das Bild einer „demokratischen Türkei" zu vermitteln. Noch immer führt die Türkei einen blutigen Krieg in den von Kurden bewohnten Gebieten gegen die PKK, der vor allem auf Kosten der kurdischen Zivilbevölkerung geht. In den unter Ausnahmezustand stehenden kurdischen Provinzen wird jede freie Meinungsäußerung systematisch unterdrückt. Doch auch im Westen der Türkei sind Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten und alle, die sich kritisch über die Politik der Regierung äußern von politischer Verfolgung bedroht.



KAHINA unterstützt gegenwärtig ein Projekt des kurdisch-deutschen Vereins HAUKARI e.V. für kurdische Flüchtlinge aus dem Irak, die sich Anfang September vor den Verbänden der DPK und der irakischen Armee im Iran in Sicherheit gebracht haben. HAUKARI e.V. organisierte und gestaltete im vergangenen Jahr ein Frauenzentrum in der Stadt Suleimaniya. Mitarbeiter von HAUKARI unterstützten in der Region Germian soziale Projekte für Frauen, deren Männer während der irakischen Giftgas- und Vernichtungsoffensiven 1988 ermordet oder verschleppt wurden. Viele der Frauen flohen jetzt in den Iran. Im Lager Tepe Resh erfuhren sie bislang nur unzureichende Versorgung durch den UNHCR. Der UNHCR erklärte vor wenigen Wochen, daß er zukünftig die Flüchtlinge nur dann versorgt, wenn sie in das Landesinnere des Iran umziehen. Die Flüchtlinge, die auf eine Verbesserung der Situation im Irak hoffen, wollen jedoch im Grenzgebiet bleiben. UNHCR und die iranischen Behörden reduzieren nun drastisch die Hilfe und betreiben forciert eine Rückführung der Flüchtlinge in den Nordirak. Viele Familien aus Germian weigern sich, den Iran zu verlassen, weil ihre Häuser in nächster Nähe zur Demarkationslinie der Patriotischen Union Kurdistans mit den Truppen des irakischen Regimes stehen. Damit wären sie die ersten, die von der irakischen Armee überrollt werden würden.
HAUKARI e.V. sammelt Spendengelder, um Hebammen und Ärztinnen mit medizinischen Koffern auszustatten. Dabei arbeitet HAUKARI e.V. eng mit der Kurdistan Health Foundation (KHF) zusammen.

KAHINA
Bildungs- und Informationszentrum
Naher und Mittlerer Osten
c/o infobüro
Peterssteinweg 13
Leipzig 04107
Tel (0341) 211 93 22 (mittwochs 13 - 18.00 Uhr)
Fax (0341) 960 83 03

Wenn ihr die Arbeit unseres Vereins unterstützen wollt, kommt Sie zu unseren Veranstaltungen und spendet Geld für die Arbeit (Stichwort Kahina) oder das Projekt (Stichwort Germian) auf das Konto der:

Sparkasse Leipzig
BLZ: 860 555 92
Konto: 11 00 42 73 64
Inhaber: Kahina. Bildungs- und Informationszentrum Naher und Mittlerer Osten e.V.

Ostermarsch

Nein, mit der Verweigerung militärischer Dienstleistungen ist es nicht getan. Schon im Frieden müssen die Höllennester ausgenommen werden, wo die Instrumente des Krieges fabriziert werden. *Carl von Ossietzky, Friedensthese 43*

Nun ist es soweit, unsere Jungen (wieso eigentlich **unsere?**) stehen nach 50 Jahren wieder im Feld, um Ruhm und Ehre über das deutsche Vaterland zu häufen, so richtig mit Kampfauftrag und allem Drum und Dran. Dabei sah vor sechs Jahren alles so schön aus: Deutschland war wie nie zuvor in seiner Geschichte von Freunden und Verbündeten umgeben, der Warschauer Vertrag aufgelöst, die NATO ohne Feind und Ehr, die Tage stumpfsinnigen Dienens in der Bundeswehr endgültig gezählt. War wohl nix. Während im sozialen Bereich gekürzt wird, um wenige Millionen einzusparen, verschlingt der Moloch Militär 50 Milliarden Mark jährlich. Mitten im tiefsten Frieden rasseln Panzerketten durch die Colbitzer Heide, zerbomben Tornados den märkischen Sand bei Wittstock und klettern Gebirgsjäger durch das Naturschutzgebiet Sächsische Schweiz. Auf öffentlichen Plätzen stehen jugendliche Uniformträger und geloben, das Vaterland zu verteidigen. (Wer greift es überhaupt an?) In NATO sich in Ex-Jugoslawien als „Friedensengel" präsentiert, führt das NATO-Mitglied Türkei im eigenen Land einen unerklärten Krieg gegen die Kurden und hat mittlerweile 7500 Dörfer zerstört. Dafür bekommt die türkische Regierung von der Bundeswehr schon mal ein paar NVA- Panzer und GSG 9-Ausbilder spendiert, von diplomatischer und finanzieller Unterstützung ganz zu schweigen.

Es gibt eine Menge Gründe, zu den Ostermärschen 97 gegen die zunehmende Militarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft anzugehen. Wir beteiligen uns mit der 6. Auflage unseres Fahrrad-Ostermarsches. Diesmal geht es nach Berlin und zum „Bombodrom" in die FREIe HEIDe bei Wittstock.

Die Route führt uns am Karfreitag, dem 28.03, von Leipzig über Bad Düben (34 km) nach Wittenberg (67 km). Dort wollen wir - ähnlich dem Herrn Luther und hoffentlich genauso wirkungsvoll - gegen das allgemeinen Ge-

zum „Bombodrom" in die FREIe HEIDe bei Wittstock.

den Verteidigungspolitischen Richtlinien steht es schon konkreter: „...Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zuganges zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt". Damit auch der Letzte es begreift, dürfen Schüler bei Werbeveranstaltungen der Bundeswehr wie früher am Tag der NVA Panzer beklettern oder bei Jugendkongressen Hubschrauber-
Rundflüge mit Kamikaze- Piloten der Luftwaffe gewinnen.

Nach einem Jahr IFOR- Einsatz gibt es in Bosnien immer noch mehr Minen als Menschen, die „Friedenstruppen" hatten zur Räumung „kein Mandat". Dafür werden seit April wieder kräftig Waffen geliefert. Obwohl die Bedingungen weiterhin katastrophal sind, sollen bosnische Flüchtlinge kurz vor Einbruch des Winters abgeschoben werden. Während die schwätz von „peace keeping", „friedenserzwingenden Maßnahmen" und „humanitären Militäreinsätzen" unsere 95 Friedensthesen von Cicero bis Einstein, von Marc Aurel bis Kurt Tucholsky verkünden. Am Sonnabend fahren wir von Wittenberg nach Potsdam (69 km). Dort gibt es Pläne, die Garnisionskirche wiederaufzubauen, obwohl selbst örtliche Kirchenvertreter der Meinung sind, es gäbe bessere Möglichkeiten, die neudeutsche Bauwut in Beton umzusetzen. Am Ostersonntag radeln wir von Potsdam nach Berlin-Mitte (38 km) zu Orten des alten und neuen deutschen Militarismus: Zum Bendler- Block, wo das Oberkommando der Wehrmacht den 2. Weltkrieg ausheckte und Herr Rühe derzeit eine Außenstelle seines Ministeriums hat und sich demnächst gern vergrößern würde, zur Siegessäule (Merke: Muß wohl 1871 gewesen sein, danach war nix mehr mit Sieg und so), zur Paradestraße (!) „Unter den Linden", wo der Alte Fritz unbeirrt auf bronzenem Roß neuen Siegen (oder Niederlagen) entgegenreitet. Die neue deutsche Hauptstadt steht als Beispiel für die Militarisierung des öffentlichen Raums: für Recht und Ordnung sorgt ein Ex-General, Vereidigungen werden gegen massiven Widerstand mit Schlagstockeinsatz durchgeknüppelt, demokratische Grundrechte im zukünftigen Regierungsviertel gesetzlich eingeschränkt.

Für den größten Teil geht es anschließend mit der Bahn nach Hause zurück. Wer aber immer noch nicht genug hat, kann mit uns zum „Bombodrom" in die Wittstocker Heide weiterradeln. Dort plant die Bundeswehr ein Trainingszentrum, um beim nächsten „Wüstensturm" nicht wieder nur daheim vorm Fernseher zu hocken und auf die Bilder von CNN zu warten. Bei 3000 Einsätze pro Jahr donnern jeweils 4 Bomber im Tiefflug über die Bäume, um bei bis zu 8 Anflügen 32 Bomben in den Sand setzen (macht 96.000). Wir wollen uns die Gegend anschauen, bevor sie endgültig nicht mehr wiederzuerkennen ist, und ein paar Ideen sammeln, wie wir ihnen die Suppe versalzen können.

Um mitzumachen braucht ihr: einen Drahtesel, energiereiche Verpflegung für unterwegs, passende Kleidung, eine Isomatte, einen Schlafsack, etwas Kondition, 25 DM für 2x Übernachtung, Frühstück und Mittagessen sowie ein paar Mark für Rückfahrt und Abendbrot und jede Menge gute Laune, um nach dem Streß der Fahrt abends friedlich zu feiern. Wer alles schon immer viel besser machen wollte oder noch ein paar mitreißende Ideen hat, darf sich an der Vorbereitung beteiligen. Oder ihr fahrt einfach mit, bringt ein paar Freunde mit und wir haben gemeinsam eine Menge Spaß.

Wenn ihr es ganz genau wissen wollt, meldet euch mal: beim Fahrraddruiden Ben in der Selbsthilfewerkstatt im ZORO Di. bis Fr. 14 bis 18 Uhr, Do. 19 bis 22 Uhr in der Stö 9 unten rechts (0341/4777829) oder unter 0341/ 3065160 bzw. 034299/ 76637. Dann bis demnächst und

!GIVE PEACE A CHANCE !

***

Wehrsüchtige' 97

"Ich kann an der Vereinigung Europas praktisch mitmachen."

Fritz Kowalski (24), Deutsch-Südwest-Aussiedler, Jäger in Donaueschingen

Bananen und blabla. Palmen und TschingdarassasaBananen und blabla. Palmen und Tschingdarassasa. Bananen und blabla. Palmen und TschingdarassasaBananen und blabla. Palmen und Tschingdarassasa. Bananen und blabla. Palmen und Tschingdarassasa. Bananen und blabla. Palmen und Tschingdarassasa. B

Klepelshagen

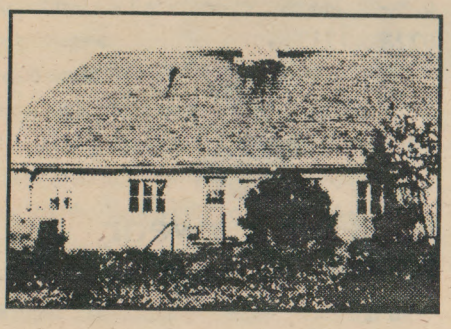
Wir befinden uns im Jahre 1996 n. Chr.. Ganz Mecklenburg-Vorpommern ist von dem bundesdeutschen Law And Order besetzt.... Ganz Mecklenburg-Vorpommern? Nein! Ein von unbeugsamen Bunten hört nicht auf Widerstand zu leisten.

Klaro: Wie lange ist das Haus hier schon von euch bewohnt?

Gallier: Im Oktober 1993 sind wir zu zweit hierhergekommen, was für eine Zeit auch so blieb und sich nach und nach andere dazutaten.

Klaro: Wieviele Leute wohnen denn hier so ungefähr?

Gallier: Der Zeit wohnen wir zu acht Großen und drei Kindern, was aber nicht immer genau so ist; also einige haben sich angemeldet, sind dann wieder weggegangen, wiedergekommen - es schwankt also zwischen Woanderswohnen oder Rumreisen.



Klaro: Und sonst im Dorf?

Gallier: Es gibt noch sechs Familien. Vier davon sind "Alteingesessene", eine Familie ist vor ungefähr 20 Jahren hierhergezogen eine Frau mit ihren zwei Kindern kam so vor drei Jahren hierher und noch eine Frau, die hier seit 1992 wohnt. Insgesamt so 16 Leute und wir dazu.

Klaro: Kommt ihr mir den anderen Dorfbewohnern gut klar oder legen die euch auch Steine in den Weg?

Gallier: Also richtige Steine sind das wohl nicht. Es besteht einfach Mißtrauen und Vorsicht gegen Fremd ganz allgemein, gegen Andersartigkeit, gegen Jungsein, aber nicht unbedingtt Ablehnung. Eine Zeit Lang schien es aufzuwärmen, da nun aber die Fronten rein rechtstaatlich geklärt sind (Wir Besetzer gleich unrecht - Besitzer gleich recht) geht es wieder mehr zu. Das trifft aber wieder mehr auf die alten Familien zu, sonst ist es gut.

Klaro: Einige von euch sind aus größeren Städten hierhergezogen. Was hat euch dazu bewegt aufs Land zu gehen?

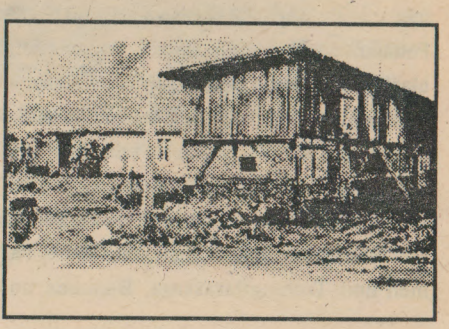
Gallier: Im Groben und kurz vieleicht so: Frustration und drohende Bewegunngsunfähigkeit in den Städten durch die Vernichtung angehender freier Lebensräume; Ideen zum eigenen Leben, einfach zu versuchen einen offenen Raum zu finden in dieser Form von Gesellschaft wie sich derzeit entwickelt und diesen dann versuchen auszuleben ohne Druck , Stress und Schnellebigkeit.... Die Dinge; die uns begleiten, freuen odeer stören versuchen zu verstehen und vielleicht daraus etwas zu machen.

Klaro: Habt ihr richtig nach einem leeren Haus auf dem Lande gesucht oder hat sich das Ganze eher zufällig entwickelt?

Gallier: In das Haus zu ziehen hat sich eher zufällig ergeben: Wir hörten davon und von den Umständen hier im Dorf (Treuhand war Besitzerin) und es gab die Chance ein großes Stück Kuchen nach eigenem Rezept zu backen. Aber zum großen Teil hatten wir vorher schon mal auf m Dorf gelebt, wenn auch nicht so intensiv.

Klaro: Der Arbeitsaufwand, um das Leben hier zu gestalten, ist doch sicher weitaus höher als es in einer "Metropole" notwendig wäre? Wie sieht denn bei euch so ein typischer Tagesablauf aus?

Gallier: Das kommt darauf an, wie hoch es gewollt ist. Du kannst den Garten jedes Jahr vergrößern um irgendwann auch über den Winter zu kommen mit Essenzeug. Fängst also an Gewächshäuser zu bauen, um auch in der kalten Zeit aufziehen zu können, Schaffst immer mehr Platz zum Einlagern, Entsaften, Trocknen, Einwecken, fängst an das Mehl für´s Selbstgebackene mit der Hand zumahlen und



brauchst anstatt Strom und Supermarkt nur Kraft und Zeit. Dann Tiere halten und Sachen wie z.B. die Wolle von den Schafen zu verarbeiten. Werkstätten, Musikraum, Ställe, Küche, also viel Platz zum Rumtuen. Und das alles in der Zeit, wo du mit Menschen zusammen wohnst und die Chance hast, daß alles viel intensiver, vertrauensvoller, schöner wird...

Klaro: Ernährt ihr euch von eigenem Anbau und fühlt ihr euch als richtige Bauern?

Gallier: Zur Zeit brauchen wir Gemüse nicht zu kaufen, aber ab Januar wird das auch wieder vorbei sein, haben Saft, Obst und so im Keller, Brot wird nur selbst gebacken; wie richtige Bauern fühlen...?

Klaro: Könnt ihr uns einen kleinen Überblick über die Entwicklung der Besitzverhältnisse und die sich daraus für euch ergebenden Schwierigkeiten geben?

Gallier: Die Treuhand bot das ganze Dorf und dazu (oder getrennt) 860 Hektar Wald und Feld zum Verkauf. Die Stadt Strasburg (Klepelshagen ist Gemeinde davon) - entweder war es Desinteresse oder einfach nur Ohnmacht sich gegen die Verlockung der Millionen zu stellen, oder gerade deswegen parteiisch zu werden. H. Rethwisch - Hamburger Unternehmer, 60 Jahre und bei 300 Mille Umsatz im Jahr auf der Suche nach einem Platz bis zum Sterben, um da auch gleich mal seine Jagdleidenschaft auszuleben und dem dann die Etikette "Wildbiologische Forschung" zu geben. Er Wollte das Dorf (nun wieder Gut) als Privatmensch kaufen, ging aber nicht, so wurde schnell eine gemeinnützige GmbH gegründet, wegen rechtens und so....

Dann gibt es noch V.A.L.K., ein Verein, der sich hier 1992 gegründet hat, um ökologischen Anbau zu betreiben, ein Backhaus zu bauen und im Gutshaus einen Platz zum Leben für schwererziehbare Kinder schaffen wollte.

Im September kam dann der Zuschlag auf ein 13 Millionen-Angebot - von wegen für ein Konzept, das sich wenn überhaupt nur selbst tragen könnte und nicht mal Gewinn für die Stadt/Staat abwerfen würde.

Wir haben uns da also mittendrin einbesetzt, haben aber gleich einen kleinen Betrag monatlich auf ein Treuhandkonto überwiesen, was von denen ein Jahr lang auch nicht gemerkt wurde. Versuche mit der Treuhand und der Stadt Gespräche zu führen scheiterten wegen "der schwebenden Lage einer Verkaufssituation". Rethwisch machte leichte Versprechen auf Anfragen bei sozial verträglichen Lösungen für alle BürgerrInnen, stellte das dann aber nach dem Verkauf als politisches Geplänkel klar, schaltete einen Anwalt ein und los ging die Klage. Nun Im Oktober hat er es auch vom Richter bestätigt bekommen und alle können aufatmen - "... wußt ich doch das das nicht rechtens war, was die da machen...bla, blablabla, bla..."

Wer Lust hat mehr und einzelner etwas darüber zu erfahren, kann uns ja mal besuchen kommen (7 km von Strasburg entfernt und mitten in den Brohmer Bergen).

Klaro: Was läßt sich Red-Wisch alles einfallen, um euch das Leben noch schwerer zu machen?

Gallier: Wieder der Verweis auf einen Besuch bei uns, der vielleicht nicht mehr so schön ist wie vorher, da uns plötzlich zwei Ställe fehlen, auf unserem Fußballplatz nun eine Rinderlaufhalle steht, täglich mehr Bauarbeiter als Einwohner zu sehen sind,tolle Technik es schaffte, Rasenflächen in Lehmschlammwüsten umzuarbeiten, alte Häuser schicken Gasbetonhäusern weichen müssen (frag mal nach Denkmalschutzauflagen) und Wachschutz ganznächtlich im Dorf sitzt und patrouliert...

Klaro: Wie wehrt ihr euch dagegen und wie schätzt ihr eure Chancen ein?

Gallier: Die Chance ein neues Haus (Hof) für uns zu finden, mit mehr Platz zum Anbauen und Geniesen, Wald, Wasser ... und wie!? Besetzen, kaufen, pachten, geschenkt kriegen!? ... und vielleicht ´n bißchen Ruhe und Abstand zu dem ganzen Teil hier, und doch `ne Lösung zu finden, die da liegt zwischen einfach hinnehmen und..... (wer liest eigentlich alles mit?)

Klaro: Wie schlägt sich die extreme Situation auf euch selbst nieder? Rückt ihr näher zusammen oder wird der Streß immer größer?

Gallier: Wo alles klar war vom Gerichtsscheiß her, haben wir versucht auf Plenen zu erzählen und rauszuhören, was alle so vorhaben und wie und zusammen umziehen oder nicht - daswar amAnfang ziemlich durcheinander. Jetzt geht eine Frau wohl sicher weg, ansonsten kümmern wir uns gerade um einen neuen Ort. Laut Gericht müssen wir bis zum 30.4. 1997 hier raus sein. Arbeiten wird halt meist einwenig sinnlos, also mehr Zeit vfür sich und für einander und viele Kuchen werden gerade gebacken...

Klaro: Wie denkt ihr wird es weitergehen?

Gallier: Ist wohl dasselbe.

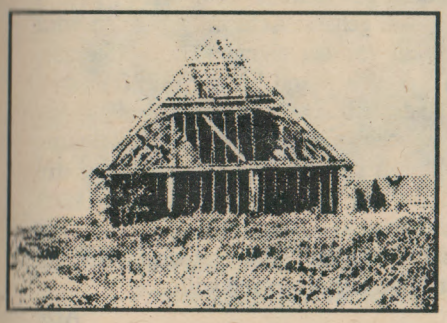
Klaro: Welche Unterstützung könntet ihr gebrauchen?

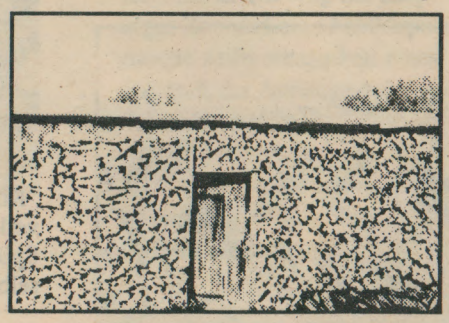
Gallier: Wem was bekannt ist von leerstehenden Höfen hier oben (oder überhaupt), kann uns das ja gerne wissen lassen. Zum Problem kann halt Kohle werden, weil, um einen längerfristigen Platz zu kriegen, müssen wir wohl kaufen. Aber das ist alles ehr noch im Unklaren oder am Ausreifen...

Klaro: Eure Parties und Fußballtuniere waren ja immer spektakulär, wird es sowas in Zukunft noch geben?

Gallier: Fußballspielen ist gerade schlecht wegen kein Platz und Schlamm und so, aber Silvester haben wir wieder einen Raum zum Party machen und irgendwann Ende April hoffen wir auf viele nette Menschen zu unserer Abschlußparty hier im Dorf und vielleicht hält ja so`n Neuputz doch nicht 10 000 Jahre.....

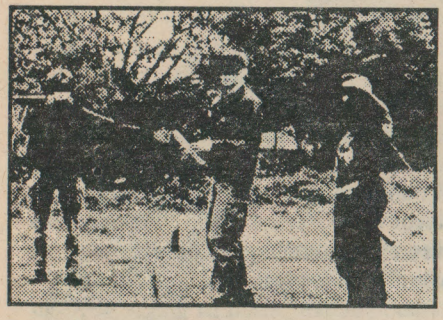
Bis dahin viele Grüße La Mutsch.



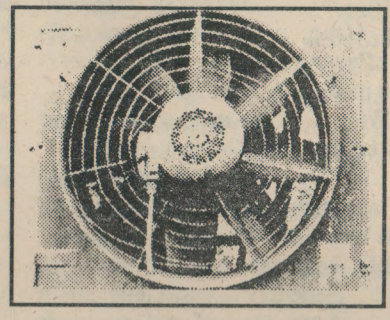


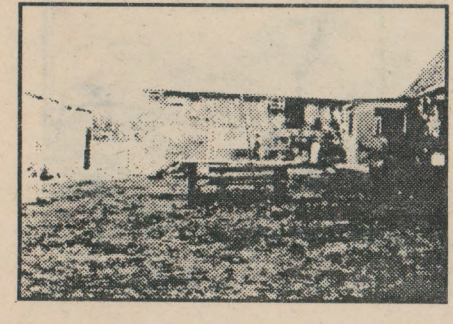
Bauernkegeln

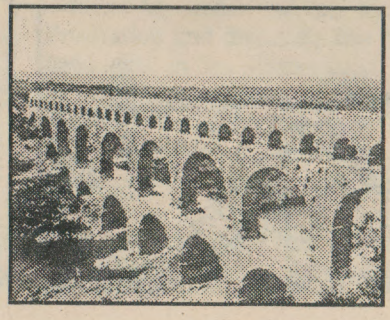
Schön ist`s auf der Welt zu sein...
Das Spiel überhaupt (nach Knack und QuarkXpress): **BAUERNKEGELN.** Solcherlei Wettbewerben durfte ich bei Besuchen im berühmten Klepelshagen anwohnen. Exzessives Betreiben trägt hier Früchte. So fanden in der Nähe sogar Bauernkegelweltmeisterschaften statt. Einem hier nicht näher zu beschreibenden Leipziger Team gelang es sogar einmal gegen die hier ansässigen Vizeweltmeister nur knapp zuverlieren - der olympische Gedanke ging trotzdem verloren.
Bei diesem Vergnügen werden nicht, wie der Name vermuten ließe, senkrechte Stehelemente des Bowlings durch Vertreter der landbearbeitenden Bevölkerung ersetzt. Ich würde sogar behaupten, daß diese Sportart völlig vegan ist. Dies stelle ich voran, da Bauernkegeln total pc sein könnte, drängte nicht schon allein der Name zu verunglimpfenden Witzen über Teile Landbevölkerung, gerade unter jüngeren MetropolitantInnen. Habt ihr erst diese Phase überstanden, blamiert ihr euch doppelt, weil die Regeln eben doch nicht mickyeasy sind.



Das Werkzeug
Ihr benötigt zehn (vielleicht elf, einen als Ersatz - Souvinierjäger) Rundhölzer mit einem Durchmesser von ca. 12 cm und einer Länge von ungefähr 20 cm. Diese müssen in der Lage sein selbstständig auf dem Rasen (sehr gut als Spieluntergrung geeignet) zu stehen. Dazu braucht ihr noch neun Rundhölzer , die 20 cm lang und 4-5 cm stark sind, zum Werfen und ein Stück Baumstamm ca. 25-30 cm dick und 50-70 cm hoch.







Die Regeln
Das Spiel wird von zwei Teams von fast beliebiger Größe gegeneinander ausgetragen. Zweckmäßig, den Funfaktor berücksichtigend, bevorzugen wir eine Teamstärke von jeweils maximal drei Leuten. Bespielt wird ein Spielfeld, das sich aus drei direkt aneinanderliegenden Quadraten mit 2 m Seitenlänge zusammensetzt. Genau in der Mitte wird der größere Stamm postiert ("die Königin" genannt). Die anderen zehn Standhölzer werden an den das Spielfeld begrenzenden Grundlinien zu jeweils fünf auf jeder Seite in regelmäßigen Abständen aufgestellt. Team Klaro beginnt und versucht von ihrer Grundlinie aus mit allen zehn Wurfhölzern die Standhölzer des Teams Fix auf der anderen Seite zu treffen. (Beachte die Vorschriften des Arbeits- und Brandschutzes, auch bei persönlichen Unstimmigkeiten!) Dieser Versuch wird wahrscheinlich scheitern. Jetzt darf zum erstenmal das Fix Team mit bloßen Händen die feuchte, leicht modrige und nach Wald und Gesundheit duftende Rinde der getroffenen und umgestürtzten Standhölzer berühren und mit ruhigem und sicherem Wurf in das Spielfelddrittel der Klaros bewegen. Das Klaro-Team muß jetzt diese Standhölzer in seinem Feld dort aufstellen, wo sie gelandet sind und dürfen außerhalb ihres Drittels gelandete Hölzer beliebig in ihrem Feld platzieren. Das Fixies dürfen es jetzt besser machen und versuchen alle Hölzer im Klarodrittel umzurotzen. Dieser Ablauf setzt sich solange fort, bis es einem Team gelingt alle im anderen Drittel stehenden Hölzer wegzuputzen, aber noch mindestens ein Wurfholz in ihrem Besitz zu haben. Mit diesen verbleibenden Wurfgewächsen wird nun mit Kraft und Zielsicherheit der große Stamm in der Mitte umgelegt. Gelingt das hat das Team gewonnen, wenn nicht, geht`s weiter, wie gehabt. Achso... geworfen wird prinzipiell von der eigenen Grundlinie aus; beim Versuch Stand hölzer zutreffen darf sich aber auch soweit in`s eigene Feld gestellt werden, wie Stand hölzer in Richtung Feindteam stehen. Wer so blöd ist, die "Königin" zu früh wegzuputzen, hat auch verloren.
Special Hints gibts nicht, weil ich schließlich selber Weltmeister werden will.....

Atze

Fußball makes the world go around!

DER BALL IST RUND

Und schon ist es 1997, als ob die Jahre davor nicht schon beschissen genug gewesen wären, zumindest für Leipziger Fußballfanatiker. Und dazu kommt noch dieser Monat Januar, genau der Monat im Jahr, wo du die letzte Kohle für's Hallenturnier hingeblättert hast und für diese 41 Märker dann auch noch durch die Anwesenheit von haufenweise kulturlosem VfB Sud gedemüdigt wirst. Da diesmal das Hallenturnier auf dem bekloppten Neuen Messegelände ausgetragen wird/wurde, wird nun gleich ganz Leipzig durch diese Sportereignis in Mittleidenschaft gezogen und unangenehm berührt, weil sich Leipzigs Lokanhängerschaft auf den Weg zu ihren Lieblingen durch ganz Leipzig bewegen muß. Die Messehalle 7, der einstige Austragungsort, lag glücklicherweise direkt neben dem Südfriedhof und auch der Hauptbahnhof (für Auswärtsfahrten oder Arztbesuche der Fenz in der CharitË) war direkt mit dafür notdürftig freigeschaufelten Kanalisationskanälen verbunden. Beim Neuen Messegelände hat man nun das Problem, daß die wilden Horden das gesammte Stadtgebiet durchstreifen müssen und mit Sicherheit eine Spur des Grauens und des ehrlichen Entsetzens hinterlassen werden. Glücklicherweise liegt auf ihrem Weg der Leipziger Zoo und eine Mülldeponie, die die Aufmerksamkeit eines Großteil der Anhänge-schar auf sich ziehen wird und diese vom Weitermarsch abhält. Letzte Hoffnung ist da dann noch die animalische Vereinigung mit den VfB-freundlichen Funktionären der Neuen Messe, die bei ausreichender Kopulation zwangsläufig zur Ausrufung des Notstandes und Quarantänebedingungen führen muß. Wer nun vorschnell meint, daß das Problem doch schnell beseitigt ist, wenn man den VfP Lok einfach ausschließt und das Bruno Rache Stadion zuscheißt, der ist auf dem Holzweg, denn ein Großteil der Leipziger Stadtväter gehört zur VfB Lobby und ebnet mit unseren Steuergeldern und vorauseilendem Arschkriechergehorsam dem Probstheidaer Haßverein den Weg in die grauenhafte Zukunft. - LEIPZIG KOMMT die Wurst!

Aber lassen wir das Reden über Themen, wo Handeln angesagt ist... zurück zum Text: Für einen Artikelschreiber der Rubrik „Der Ball ist rund" gehört der Januar zur absoluten Saure-Gurken-Zeit. Nicht mal das VfB Haus- und Hofblatt LVZ glänzt mit Gülle-Artikeln über erzlokistisches Verbrechertum, die man in dieser Rubrik hier verhunzen könnte.

Bleibt also Zeit zur Besinnung, zur Rückschau, zur Erweiterung des eigenen Horizonts.

In der Winterpause heißt es wieder mal fleißig sein: Papierschlangen recyclen!

Große Ereignisse werfen da ihre Schatten hinter uns her. Eines dieser unvergeßlichen Großereignisse des letzten Jahres war ohne Zweifel die Fußball Europameisterschaft in Holland, oder England, oder so. Viele erinnern sich noch an das Bombenattentat der Tierschützer in Manchester. (Deutschland spielte in Manchester!!) Aber beim Fußballsport sind es nicht nur Tiere, - vornehmlich schwarz-weiße Rinder-, die ihre Haut aufs Spielfeld tragen, sondern auch andere Geschöpfe Gottes, die mit Schweiß und Blut dafür sorgen, daß um Europas Fußballstadien selbiges fließen kann. Kinderarbeit ist das Schlagwort,

Fußballeuropameisterschaft in England 1996

daß tief-moralische Reporter von Fernsehmagazinen und Illustrierten drei Monate nach der Fußballweltmeisterschaft entdeckt hatten. Jeder für sich natürlich und rein zufällig... streng darauf achtend, daß keine der großen Sportmarken durch unlauteren Wettbewerb bevor- oder nachteiligt wird. Man wußte natürlich den Konzern, der sich hinter den drei Streifen verbirgt, gut zu verschweigen, denn Mutties Portemonnaise versiegt, wenn bei der coolen Hip Hop- und Skateboard Jugend Markenträume zu schlechtem Gewissen werden. Aber die Nähstuben Pakistans, in denen zierliche Kinderhände unser Freizeitvergnügen zusammenflicken, sind zum Glück sehr weit weg und mit etwas deutscher Phantasie werden aus tiefschwarzen Kinderaugen schnell drogendealende Wirtschaftsflüchtlinge, die selber dran schuld sind, wenn sie beim Gemüsemann abgemurkst werden. Hätten sie mal weiter Fußbälle genäht!

Auweia: Lok zwingt Verwandte von Spielern zum Straßenverkauf, um noch mehr Penunzen einzufahren!

Wem sich jetzt der Magen zur antifa-Faust ballt, hat natürlich vollkommen recht! So viel Zynismus, paßt nicht in unsere fortschrittliche moderne Welt. Es war kein Zufall, daß gerade der Wissenschaftler Harold W. Kroto von der Universität Sussex in Brighton (England) -ein typischer Ausländer!- ausgerechnet im Jahr der Fußball EM - ausgetragen im Mutterland des Ledersports - mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet wurde. Und das für eine Entdeckung, die möglicherweise den Fußballsport der Zukunft völlig neu definieren wird. Mit zwei amerikanischen Kollegen, Richard E. Smalley und Robert F. Curl von der Rice Uni in Texas, modifizierte er die Atome von festen Kohlenstoff um, zu polyederartigen Hohlkörpern mit fünf- und sechseckigen Seitenflächen. - Ein Fuchs wie er im Buche steht! In ihren Quacksalberkammern panschten die Superhirne über viele Jahre derartig fortschrittsbesessen herum, daß ihnen mit der simplen Behandlung ihrer Mischungen mit Benzol (logisch: jeder erinnert sich an den Benzolring, der Daimler Benz dereinst im Traum erschien) - daß ihnen also mit der simplen Behandlung mit Benzol das Wunder gelang: Die Erfindung des C60 -Käfigs, einer räumlichen Kohlenstoffkugel-Struktur, die eindeutig die Form eines Lederfußballes besaß. Fullerene wird dieser Mist nun in Fachkreisen genannt, Fullerene, die sich durch ihre runden, käfigartigen Kohlenstoffmolekühle auszeichnen und die an ihrer typischen Fußballform erkennbar sind. Begeistert und tief gerührt fielen sich die ergrauten Wissenschaftler um den Hals, hüpften minutenlang beidbeinig durch ihr Labor, und veröffentlichten ihre Entdeckung unter der Überschrift: KOHLENSTOFF IN FUßBALLFORM ENTDECKT!- SCHEIß VfB! Es war die Sensation!

Schon 1991 wurde das Molekühl von der Wissenschaftszeitung „Science“ zum Molekühl des Jahres erkohren und ein „Nature“ Bericht schnellte an die Spitze der meistzitierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Es war also nur eine Frage der Zeit, bis die Fullerene den Friedens- Nobelpreis- Orden für Chemie bekommen würden, denn der letzte Hauptgewinn geht immerhin schon zurück ins Jahr 1987, als

Also fakt ist eins: Dieses Jahr war die absolute Härte. Mein Herrchen, der Wachtmeister Jahnke hatte wohl Probleme mit seiner Frau und hat mich deshalb mehrmals arg mißhandelt, ganz zu schweigen von den vielen Enddarmoperationen: angeblich eine vorbeugende Behandlung, damit ich besser im Winter sitzen kann. Ich wollte dann eine Hundegewerkschaft im Kampf gegen Mißbrauch und Lokfurzer gründen und nun gehts in den Hundeknast... Piss Off!

Der Platz ist der Platz - ob bei Wetter oder Wind!

Allenthalben
Bullenterror!

man die Hochtemperatur-Supraleiter prämierte, die natürlich absolut gar nichts mit Fußball zu tun hatten.

Für unsere nur lauwarm belichteten Soccergehirne ist das

Nach der Fußballeuropameisterschaft 1996:
„Sieg Heil!"

alles natürlich recht schwere Materie und ich erspare mir und uns, hier Kroto selbst zu Wort kommen zu lassen, der seit Monaten mit seinen Briefen nervt, die er im Klaro veröffentlicht haben will. Als alten Chemiker will ich ihn nicht ganz vor den Kopf stoßen und seine Entdeckungen hier wenigstens erwähnen.

Natürlich wären die Fullerene eine lausige Erfindung, wenn man mit ihnen nicht noch andere nützliche Sachen anstellen könnte, einen Nagel in die Wand schlagen zum Beispiel, oder Bierflaschen öffnen. Kroto, Smalley und Curl haben natürlich auch daran gedacht. So lassen sich Metallatome in die Kugel einbauen und vielerlei chemische Gruppen daran hängen. Es stellte sich sogar heraus, daß Derivate von C60 die Vermeh-rung des AIDS-Erregers HIV hemmen können: Sie binden sich an das aktive Zentrum der viruseigenen Protease (Aufspaltungsfermente für Eiweißkörper) und blockieren so dieses eiweiß-spaltendende Enzym. Zur Zeit laufen Versuche, ob sich das Zeug essen läßt und so der Welthunger beseitigt werden kann. Wenn wir alle Glück haben und Deutschland Austragungsort der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 wird, dann können wir den neuen Adidas Sportball Marke „Fulleren" in Dresden live erleben, denn auch in Dresden macht man sich neben dem Leipziger Bürger-meiter Tiefensee Illusionen, durch den Bau eines neuen Stadions, Spielort bei einer in Deutsch-land stattfindenden WM zu werden. Dort in Elbflo-renz erwägt man den Zusammenschluß der führenden Fußballver-eine und, der dadurch überlaufenden Kohle, ein neues Fußballrund aus Sachsens Boden zu kratzen. Da muß Tiefensee sich schon mal bei Winterkälte mit einem pinkelnden Lama in die Innenstadt stellen und die Touries anbetteln. Aber vielleicht lullt sein Lama ja unsere Abgeordenten im Stadtparlament ein, die sich bei Abstimmungen ja übertreffen, ihre Achselschweißflecken zu lüften. Vielleicht kommt ja mal, wie alle Jahre wieder so ein Spinner auf die Idee, die beiden publikumswirksamen Fußballmannschaften Leip-zigs zu fusionieren. Vom VfB könnte man ja den Namen, die Spielfarben und die Geschäfts-leitung übernehmen, und vom FC Sachsen die Fans. Die müßten sich nur etwas Gehirnmasse amputieren lassen, die man dann kompostieren könnte und mit diesem guten Boden, die halbe Sahara kultivieren und zur deutschen Kolonie ausrufen. Aber ich wäre jedenfalls, glaub ich, für Dresden! Also, daß sie aus Dynamo den 1. SC Laubegast machen und künftig auf den Elbwiesen spielen in Badelat-schen. Als Maskottchen können sie sich ja vielleicht den Biedenkopf, der irgendwo da unten im Tal der Ahnungslosen in einem Amt

rumlungert, ins Tor legen. Vielleicht fällt bei ausreichend Ballkontakt bei dem ja der Groschen. Locker ist da ja immerhin schon was.

So, ich muß jetzt langsam Schluß machen. Wer noch weiterlesen will, dem kann ich ja mal ein paar Gedankenstützen zuwerfen, über die er nachdenken kann, oder seinen kleinen Bruder ausfragen. Da gab es 1996 die Einweihung eines Stadionfriedhofs bei Ajax Amsterdam, ungezählte sinnlose Trainerwechsel (Mr. Augenbraue goes Leipzig), unzählige Stadionverbote (trotzdem: Tee never walk allone!), unzählige Erkältungen und viel zuviel verschwendetes Geld. Dann war da doch noch diese Schnapsidee von einer Leipziger Fußballmesse 2000 und im Sommer war Leitzkes Verabschiedung von Leutzsch. Und dann gibts eben noch „Der BALL ist rund" zum nachlesen und auswendig lernen.

Ach, übrigens gibts vom Connewitz-Verlag ein Leipziger Fußballbuch. Der erste Teil behandelt so Geschichten von 1883 bis 1945. Da taucht zwar viel der VfB auf, aber macht euch klar, daß dieses Team wirklich nichts mit dem heutigen Sauhaufen zu tun hatte. Die Loksche hat sich einfach die Tradition eines ganzen Stückes Leipziger Fußballgeschichte angeeignet, nur weil sie zufällig historischen Boden unter den Füßen hatten und die alten Kämpen schon alle tot sind. Das Ding hat zwar nicht grad Innentaschenformat, aber es wird wohl auch in großen Kaufhäusern verteilt. Auch die LVZ gedenkt für 10 Eier ein Machwerk mit dem Titel „Leipziger Sportjahr" und mit einer VfB Handballerin auf der Titelseite unter die Leute zu bringen. Nun können die VfB Damen vom Handball zwar wenig dafür, daß sie Pokalsie-gerinnen geworden sind und den unansehnlichen VfB Aufnäher tragen müssen, aber diese Auf-näher gehen einem wirklich auf den Senkel. Da fährt sogar die LVB schon mit einem VfB be-klebten Hänger herum, als ob die Fahrpreise nicht schon genug Straßenbahngäste verschrecken. Diese Buch ist natürlich an diese Unicef Kampagne angehangen, die die LVZ seit Monaten fährt und sämtlichen Leipzigern die Kohle aus der Tasche lockt. Daß das ein trefflicher PR Gag ist, wenn jeder für die armen tschernobilgeschädigten Weißrussenkinder spendet, bekommt natürlich keiner mit. Laßt uns doch dem BND spenden, damit der weiterhin Uran aus Rußland holen läßt. Wenn die dort kein spaltbares Material mehr haben, kann auch kein Atomkraftwerk mehr in die Luft fliegen! Am besten, die kaufen persilsauberen deutschen Atomstrom. Bezahlen können sie ja mit Erdöl oder dickbusigen blonden Weibern... Wieso müssen sich eigentlich LVZ und unicef dazwischen drängeln, wenn wir das Bedürfniss haben, benachteiligten Menschen zu helfen? Ach, macht doch von mir aus, was ihr wollt, ich hab jetzt etwas vor... Wir sehn uns draußen, eua Bhur!

P.S.
Übrigens danke Frank für deinen Hinweis, daß der Spieler, der in Plauen seine Zunge verschluckt hat, anders hieß, als er hieß. Ich selbst achte bei meiner Schreiberei ja immer sehr auf Sachlichkeit und auch die Leser werden nun schlauer sein durch dich. Danke!
Ich liebe euch alle!

GOETHESTRAßE 2 / THEATERPASSAGE
An und Verkauf von Schallplatten und CD's

Dürfen die das?

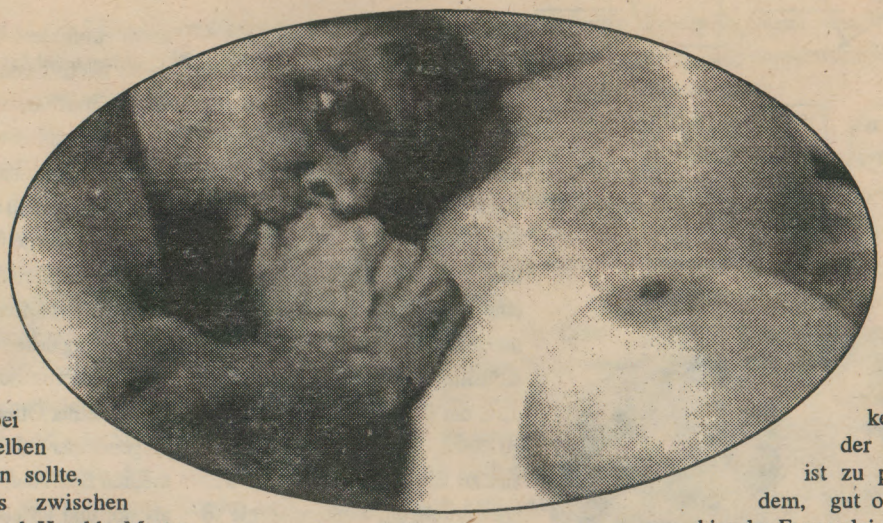
zwei Beiträge zum selben Thema

Ein Text mit dem Namen „Blutbad auf Niglam", erschienen im Klarofix 11/96, löste eine Menge Unverständnis bei den LeserInnen und bei uns eine knackige Diskussion über Sexismus im allgemeinen und später dann im besonderen, siehe „Blutbad..." aus. Während das Dezemberreditorial noch zu beschwichtigen versuchte und nichts so richtig erklärte, folgte aus unserer Diskussion „Was ist Sexismus? Was gibt es da zu sagen?" die Erkenntnis, zunächst mal die Probleme im eigenen Blatt anzugehen. Dieser Text gehörte ganz klar dazu. Dabei stellten wir fest (irgendwie peinlich, was?), daß das „Blutbad" nicht nur in der letzten Minute hereinflatterte und der verantwortliche Layouter entscheiden mußte **ob** der Text reinkommt, sondern wenn ja, **wie** er gestaltet wird. Die Story wurde also noch überlegt (siehe Layoutertext) redaktionell bearbeitet und wer sich die Sache oberflächlich betrachtete, mußte schlußfolgern, daß diese acht Seiten „ganz normal zum Klaro gehören". Ja, was ist schon normal? Normal ist, daß es kurz vor Drucklegung immer massiv Streß gibt (irgendsoein Naturgesetz, das bewirkt, daß die News, Info's und Stories sowieso im letzten Augenblick kommen). Normal ist aber auch, daß wir uns schon eindeutig für die „Fantasie & Praxis"-Seiten entschieden haben - und zwar vor ewigen Zeiten. Also: „Blutbad auf Niglam" ist eine Story aus der Ecke „Fantasie & Praxis". Hier schreibt weder eine Literaturgruppe, noch ein selbsternannter Autorenzirkel, sondern uns mehr oder weniger gute Bekannte aus dem „Willkommen zu Hause Laika"- Umfeld, um das Heft im hinteren Teil etwas unterhaltsamer und Euren Feierabend angenehmer zu machen. Izys Kolumne „Important Shit" gehört ebenso dazu wie diverse Trash-Stories. Bisher hat der Umgang mit unserer freien Autorenschaft bestens geklappt und das wird auch so bleiben. Nur, normal ist eben nicht, daß wenn „Blutbad auf Niglam" bei einigen Leuten - auch in der Redaktion - Bauchschmerzen auslöst, der Beitrag vorsichtshalber erscheint, weil wir den LeserInnen ja nicht vorschreiben wollen, was Scheiße ist und was nicht.

Diese eigentlich reine Technik-Frage ist nach dem Tritt ins Fettnäpfchen nun geklärt, doch worum ging es nochmal bei den Bauchschmerzen und was hat das alles mit Sexismus zu tun?

Wenn die Geschichte nur flach, trivial, spannungslos und irgendwie niveaulos gewesen wäre, wie das einige Leute behaupten, wer hätte sich schon großartig aufgeregt? Die Handlungsspielorte waren jedoch nicht selten das Primärgeschlechtsteil einer Frau; Gewalt, Sex und Verfolgung wechselten sich ab und diese Mischung brachte wohl einigen LeserInnen Unbehagen ein, zumal der Text recht offensiv layoutet war (barbusige Damen vor Markenreklame). Einigen Leserinnen ging es stark gegen den Strich, ihr Geschlecht wiedermal als Objekt von Männergelüsten und -phantasien zu sehen, auch wenn die Titelheldin nicht explizit von einem Mann mißbraucht wurde, sondern eher anders herum. Kritikpunkt war hier also nicht die Darstellung einer unterwürfigen Frau, die dem sexbesessenen Mann schutzlos ausgeliefert war; die Zuschreibung von permanenter Geilheit einer Frau, auch wenn sie es nicht zeigt oder sogar bestreitet und gerade wenn sie Macht ausüben kann wie in diesem Text, verkehre die reale Situation von Frauen extrem. Im schlimmsten Fall müßten Frauen mit den Vorstellungen der männlichen Leser rechnen, daß die Kerle von dominanten Frauen durchgenommen werden wollen. Also wurden bindene, weil sexversprechende Träume geschaffen, deren Ergebnis die Projektion einer mächtigen, gewalttätigen Frau ist, die dem auserwählten Mann den ultimativen Kick verschafft. „Wenn sich eine Gesellschaft auf solche Mechanismen aufbaut, daß einem Geschlecht eine bestimmte Rolle zugeschrieben wird und wenn die Triebhaftigkeit des Mannes („die Frau ist zum Ficken da") zum Prinzip erhoben wird, dann ist die Rede von Sexismus." Der Layouter sagte dies im Gespräch mit einem Bekannten des Autors. Dem kann mann entgegenhalten, daß es sich hierbei vielmehr um Frauenfeindlichkeit handele, als um Sexismus im allgemeinen: Männer sind nicht per se auf der Gewinnerseite des Lebens (obwohl sie zweifelsohne die besseren Chancen haben, dahinzugelangen) - der nackte und gut gebaute Mann als Objekt schaut uns mittlerweile von jeder xten Litaßsäule an. Den Typen den sich Susannilein von den zwei interplanetaren Fliegern aussucht, ist nicht „unansehlich, fettig und stinkt", sondern der „jungenhafte, von knackiger Statur". Andersherum funktioniert der Mechanismus also auch und wenn man es so betrachtet, kommen Männer in der Story ziemlich beknackt weg - nur, kratzen wird die das am wenigsten: das Leben ist schließlich nicht so.

booga



Die Mutterkomplexe, die ein gewisser Harald Fuckin möglicherweise haben könnte, werden jetzt nicht zum Thema gemacht. Obwohl vielleicht dieser und überhaupt jeder Hintergrund eines öffentlichen Ergusses bei einer Bewertung desselben mit einbezogen werden sollte, aber das Verhältnis zwischen Susannileins Muschi und Haralds Mutter führt uns in diesem Fall nicht zu den Ursprüngen des Eklat um das „Blutbad auf Niglam". Interessanter ist da schon die Existenz eines gewissen Susannileins in echt. Doch auch das genüßliche Tauchen nach den Schätzen dieser Fundgrube muß auf später verschoben werden, sind wir Susannilein doch noch nicht habhaft geworden. Und außerdem ist noch nicht mal klar, ob es überhaupt unsere Aufgabe sein sollte, nach den Ursachen der Lust beim Schreiben zu gründen. Ich würde ja bezweifeln, das für uns als Heftredaktion diese Aufgabe allein deshalb besteht, weil wir daran interessiert sind, im „Spaßteil" des Klarofix Leuten die Möglichkeit zu geben, ihre Texte zu veröffentlichen. Schon eher unsere Aufgabe ist es, uns mit dem was da per Post oder von Freunden zu uns kommt auseinanderzusetzen, um entscheiden zu können, ob ein Text reinkommt oder nicht. Diese Auseinandersetzung ist vor Susannilein Teil II nicht gelaufen. Und so blieb die Frage offen, was an dem Text - mal abgesehen davon, daß man in einfach flach finden kann - denn nun so Scheiße sei, daß eine Entscheidung gegen ihn hätte gefällt werden müssen.

Man könnte sich jetzt auf die Hinterbeine stellen und sagen: „Leute, das ist Trash und da ist das eben so. Trash darf das!" Oder wir sagen, wenn ihr nicht den Text einfach so über eure vorgefertigten Muster konsumieren würdet, wäret ihr nie in die Verlegenheit gekommen, sowas ernst zu nehmen. Susannilein-Syndrom. Beides werde ich jetzt einfach machen: Das ist Trash und ihr habt hirnlos konsumiert!

Nun ist Trash eine durchaus individuelle Sache und was der eine erste Kajüte findet, ist dem anderen der letzte Dreck. Und außerdem ist Trash nicht gleich Trash. Da gibt es den „wahren" Trash, der ein solcher eigentlich gar nicht sein will: „Barb Wire" zum Beispiel, Profi Wrestling und meinetwegen James Bond oder es gibt Trash, der mit allen Mitteln versucht als solcher erkannt zu werden, das Gesamtmachwerk „Divine" oder das was das gute alte Troma-Team so produziert. Und es gibt Sachen, die sehen aus wie Trash, eignen sich aber beim besten Willen nicht für das Label: Grell, bunt, schick und verrückt bis zum Delirium. „Blutbad auf Niglam" zum Beispiel.

Trash im Sinne des Erfinders ist etwas, das dazu gemacht wird (heutzutage jedoch gilt als Trash meist, was gemacht wurde, um dazu gemacht zu werden).

Nun kann behauptet werden, Trash ließe sich nicht in das Gute und das Schlechte unterteilen, und in der Tat gibt es dort auch keine klare Grenzziehung. Doch was sich vielen Produktionen aus der Ecke mit Erfolg unterstellen läßt, ist ein Hang zu intelligentem Witz (hierbei an einen in Nahaufnahme explodierenden Kopf zu denken, dem ein pfeifender Teekessel entsteigt, ist zu plump). Und außerdem, gut oder schlecht kommt hier der Frage gleich, wie lang ein Ei zu kochen habe. Trash ist der Spaß beim Überschreiten von Grenzen jeder Art. „Guter Geschmack", „politische Korrektheit", Sex'n Crime und denen der persönlichen Phantasie. (Das ich mir spätestens hier selbst widerspreche, liegt im Wesen der Sache.) Wobei sich Trash von - sagen wir mal „gewöhnlichem Müll" dadurch unterscheidet, daß er sich selbst gnadenlos auf den Arm und überhaupt nicht ernst zu nehmen in der Lage ist. Genau das habe ich versucht zu erreichen, indem ich beim Layout Bilder verwendete, die in sich schon eine völlige Ironie darstellen und zudem noch ohne jeden erkennbaren inhaltlichen Zusammenhang zum Text standen. Es spielt hierbei keine Rolle, ob diese „Markendamen" vor, auf und in Milky-Way-Packungen Popart-Gemälde sind oder wer diese gemacht hat. Ich halte die Hürde, die zu überspringen ist, um DAS ernst zu nehmen für hoch und somit für geeignet, das Blutbad zu „illustrieren".

Ich will hier keinerlei Entschuldigung für diesen Text abgeben. Und ebensowenig soll dies eine Rechtfertigung sein, genau sowenig würde ich mich für Punk oder die Russ-Meyer-Plakate auf meinem Gemischte-WG-Klo rechtfertigen.

Der damalige Layouter

„Auf der anderen Seite des niedrigen Kellerraums blinkte eine Werbetafel mit einem nackten Biomatenmädchen darauf. Es zeigte eine Chromosomenplatte mit dem neuesten Bumsprogramm der Firma in die Kamera. Der letzte Schrei. Bei diesem lächerlich-fröhlichen Anblick, der genauso sexistisch war wie die auf den Paletten wartenden Biomaschinen gespenstisch starr nach vorne schauten, ergriff unbändige Wut von Susannilein Besitz. Sie rasselte mit den Ketten, als wollte sie sie allein durch ihren Haß sprengen." aus „Blutbad auf Niglam"

GERADE GERDA

von Rainer Dinser

PHANTASIE & PRAXIS

Natürlich las er viel in seiner Abgeschiedenheit. Ab und zu nahm er auch ein Papier zur Hand um den seltenen Zustand einer philosophischen Idee, die manchmal sogar mehr Menschen, als seine Person miteinbegriff, festzuhalten. Trotzdem war letztere Produktivität eher eine Ausnahme, und kam zunehmend seltener vor. Und bei seinem Konsum von eher leichterer Lektüre, um nicht schlechter Lektüre zu sagen, oder um's ganz frei heraus zu sagen, ausnahmslos Wochenzeitungen, wußte man nie so genau, inwieweit er sich überhaupt auf das Geschriebene vor seinen Augen einließ und nicht etwa die Buchstaben zu einem meditativen Tanz aufforderte. Denn bisher war es ihm noch nie gelungen, ausreichend Geduld aufzubringen, die Zeitung, die er sich vorgenommen hatte, auch nur bis zur Hälfte durchzublättern.

Doch an einem Tag sollte alles ganz anders kommen. Wieder einmal nahm er sich da die nächstbeste Zeitung, in seinem Fall die einzig Greifbare zur Hand, um wie ein Patient im Wartezimmer beim Überfliegen der Seiten an alles andere, als an das zu denken, was darin gedruckt stand. In regelmäßigen Abständen begann es zu rascheln, was unvermeidlich ist, will man keine Aufmerksamkeit erregen. Denn was könnte in der Öffentlichkeit auffälliger sein als ein Zeitungsleser, der keine für ihn typischen Geräusche von sich gibt. Er befand sich natürlich in keiner Öffentlichkeit, er befand sich nie in igendeiner Öffentlichkeit, soweit es sich vermeiden ließ. Aber trotzdem verhielt er sich so als ob, und an eben diesem besonderen Tag spielte er seine Rolle derart perfekt, daß es keinem noch so aufgeweckten Beobachter aufgefallen wäre, daß dieser Mensch auf der Couch nicht wirklich laß, sondern schlicht und einfach überhaupt nichts tat, außer daß er für seine Begriffe nutzloses Papier in den Händen hielt, da er den Artikeln darin - ich mag mich wiederholen - keine Beachtung schenkte. Dieses Mal brach er aber einen Durchhalterekord nach dem anderen, hatte zum ersten Mal überhaupt die Hälfte der Strecke hinter sich gebracht, und näherte sich nun sogar den letzten Seiten des Hefts, als plötzlich eine nie vorher dagewesene Regung in ihm wach wurde: Wirkliche, aufrichtige Neugierde.

Auf einmal gestalteten sich die Seiten vollkommen anders, als die vorrangegangenen. Keine weiteren großen, bunten Fotos als Inseln, oder gar dicke protzige Schriftzüge als Horizonte im Buchstabenmeer. Alles was da noch zu sehen war, ähnelte der Luftaufnahme einer Ackerlandschaft, welche sich aus unzähligen Feldern zusammensetzte. Es herrschte zwar eine gewisse Ordnung auf dem Papier, da diese Parzellen in Reihen gegliedert waren, so daß sich breitere Hauptstraßen zwischen ihnen ergaben. Aber innerhalb dieser Reihen herrschte ein Chaos, das kaum von der kräftiger gedruckten Anfangszeile gebändigt wurde. Zumindest auf den ersten Blick erschrak er über diese Gewalt der Masse auf kleinstem Raum. Sicher waren ihm solche Kontaktanzeigen nicht unbekannt, aber auf Menschen unvorbereitet, wie er es in den letzten Monaten verstärkt wurde, genügten schon solche Hinweise auf deren Existenz, um ihn zu

kritieren. Es gibt Schattenrisse, es gibt Strichmännchen, es gibt Menschen als kleine unförmige Punkte in der Bildenden Kunst, andeutende Beschreibungen in jeder Literaturgattung. Aber diese Art des Minimalismus in der Darstellung und Präsentation von Personen, welche zudem noch ein Selbstportrait des jeweiligen Addressaten darstellt, ließ ihn nicht mehr los. Er begann sich von einem zum anderen zu hangeln, vom einsamen Akademiker zum verlassen Hausmeister, von der sich nach wahrhaftiger Liebe sehnenden Exprostituierten bis zur liebeswütigen Hausfrau. Und auf jeder Stufe verweilte er einen Moment, um sich das ganzheitliche Bild anhand der Skizze vorzustellen. Natürlich war das schwer möglich, und meißt hatte er einen Wust von verschiedenen Typen vor Augen, wenn er die wenigen Zeilen eines einzigen, eines Bestimmten, eines Unbekannten durchgearbeitet hatte. Doch hatte er Macht über die, die sich da tumelten in seinem Kopf, der sich mehr und mehr mit Gesichtern, Körpern, Hautfarben und Geschlechern füllte. Sie konnten ihm nichts anhaben. Hatte er sie zum einen doch selbst geschaffen, und waren sie trotz allem wirklich existent, wenn auch nur bedingt.

Von seiner Warte aus blickte er auf sie herab und machte einen mit dem anderen bekannt. Dann nahm er einen Kugelschreiber zur Hand, umrandete die für ihn auffälligsten Texte, zog Verbindungslinien zwischen den Kästchen, verkuppelte somit allmählich die gesamten Teile des wahllos zusammengewürfelten Haufens von Individuen bis schließlich ein wirres Netz von blauen Fäden den Überblick über den Text unmöglich machten. Seine Konzentration während dieser theoretischen Vermittlertätigkeit ließen alles um ihn herum vergessen. Es war wie eine Offenbarung, als sich mit einem Mal alle Türen öffneten und eines wie selbstverständlich zum anderen gehörte, alles paßte. Mehr als die Zündung zum rassanten Abschluß eines Puzzlespiels, wenn ein scheinbar unbedeutendes Versatzstückchen plötzlich die Lösung des gesammten Spielproblems geworden ist; was anderes als Liebe auf den ersten Blick, wenn sich zeitgleich mit dem Adrenalinstoß der gesammte Kosmos einem hinzugeben scheint, war dieses Glücksgefühl, als diese Menschenmassen zueinander fanden. Mit einer sich steigernden Hektik, wie wenn jede Sekunde tausend Leben retten könnte, jagte er mit dem Stift über die Seiten, steigerte sich in eine Schöpferrage, die sich in brünftigen Ja-Ausrufen kund tat. Ein möglicher Zuschauer wiederum hätte bei dem Geschehen vermutlich auf eine intellektualisierte Form der Masturbation getippt, wäre er unvermutet hinzugestoßen und müßte dieser eine Vermutung äußern, worum es sich bei dieser Kritzelei handelte.

Schließlich waren alle Töpfchen mit ihrem Deckelchen versehen und nicht ohne Stolz, wie ihn warscheinlich Mun verspüren muß, wenn er auf die Hochzeitspaare, die sich unter ihm drängen, hinabblickt, lehnte auch er sich zufrieden zurück in seine Couch, hielt die zerknitterte Zeitung mit ausgestreckten Armen hoch über seinen Kopf, um sein Werk, das so viele Lösungen für so viele Leben darstellen könnte, besser betrachten zu können.

Aber was war das? Sollte sich doch noch ein Vermittlungsfehler eingeschlichen haben? Wie in einem Rätselbuch für Kinder versuchte er im Geist die Striche aufzufädeln, die die füreinander bestimmten miteinander verband, um zu sehen, ob nicht etwa eine dieser Linien ohne Ziel endete, oder ob eine solche gar vergessen wurde. Letzteres war der Fall, und so oft er es auch nachprüfte und sich bemühte, es half nichts: Gerda H. war Single geblieben. Ja, das Spiel ging nicht auf. Nach seinem System sollte die Frau, Mitte vierzig, zwei Kinder, die nicht mehr viel erwartet, aber sich trotzdem nach ein wenig Nähe und Wärme sehnt, weiterhin allein mit ihren zwei Gören die Härte und Kälte dieser Welt spüren. Aber es war kein Zweifel möglich, er hatte sie vergessen. Gerade sie, die es warscheinlich am meisten verdiente. Gerade Gerda. Er überprüfte noch einmal seine improvisierte Partnervermittlungskartei, immer wieder. Davon abgesehen, daß die Zahl der Bewerber sowieso eine ungerade war, so daß einer auf der Strecke bleiben mußte, ergab sich für ihn auch keine Möglichkeit der Umbesetzung der Zweierpaare. Schier unmöglich, sagte er sich. Der Stimmigkeit wegen konnte er sie keinem anderen zuteilen. Ach Gerda, was mache ich nur mit dir, redete er weiter. Es blieb nur noch eine Rettung. Sein erster Gedanke zu diesem Problem sollte auch der letzte, die einzige Lösung bleiben. Ich werde mich für sie opfern, entschloß er sich nun endlich. Obwohl es ihn einiges an Überwindung kostete, griff er doch recht schnell zum Telefon, wählte die in der Zeitung abgedruckte Nummer, das Freizeichen kam.

„Hallo, hier bei H.", war eine Frauenstimme am anderen Ende der Leitung zu hören.

„Ja, hallo, spreche ich hier mit Gerda H.?", fragte er nicht ohne merkliche Nervosität. Eine bedrückende Pause entstand, weil die Frau scheinbar nicht antworten wollte.

„Hallo, sind sie noch dran", fragte er prüfend.

„Ja, ja, ich bin noch dran. Aber ich bin nicht Gerda H. , sagte die Stimme kaum hörbar. „Ich bin nur ihre Schwester Paula B.. Weshalb rufen sie denn an?"

„Ich habe diesen , diesen", er suchte nach dem passenden Wort, „Text von ihr in der Zeitung gelesen."

„Ach, ist die Anzeige schon drin." Die Frau wirkte ein wenig überrascht, obwohl sie einen schluchzenden Ton nicht unterdrücken konnte.

„ Genau, Anzeige." Er nahm die Zeitung zur Hand, und sah auf das Datum. „Schon seit drei Tagen ist die drin."

„Seit drei Tagen? Aber das ist doch gar nicht möglich. Machen sie bitte keine Scherze darüber."

„Warum sollte ich Scherze darüber machen? Ich will sie doch nur kennenlernen. Beziehungsweise muß ich sie kennenlernen. Dürfte ich sie jetzt einmal sprechen?"

„Wollen sie mich quälen." Die Frau brach in Tränen aus."Sich über die Angehörigen einer Verstorbenen lustig machen..." Die Leitung wurde unterbrochen.

Verdutzt schaute er sich im Spiegel über dem Telefontisch an, bis er endlich begriff, was Paula B. bezüglich Gerda H. gemeint hatte.

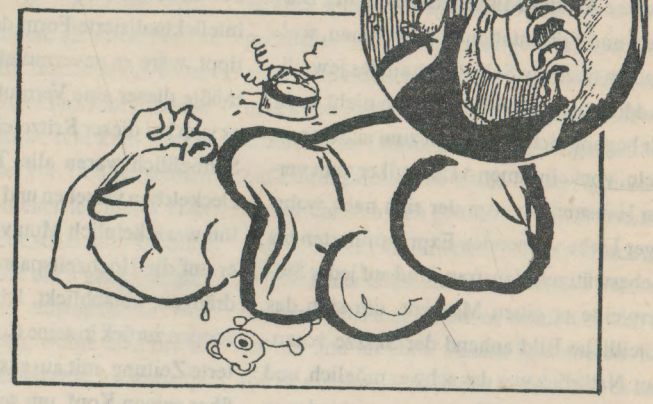
„Ach so", entfuhr es ihm laut. Er mußte über das Mißverständnis lachen, laut lachen, lange lachen, sich den Bauch halten vor Lachen; während des Lachens „Die ist tot" brüllen.

„ Ui, ui, ui. Da habe ich ja noch mal Glück gehabt. Die größten Probleme erledigen sich von selbst."

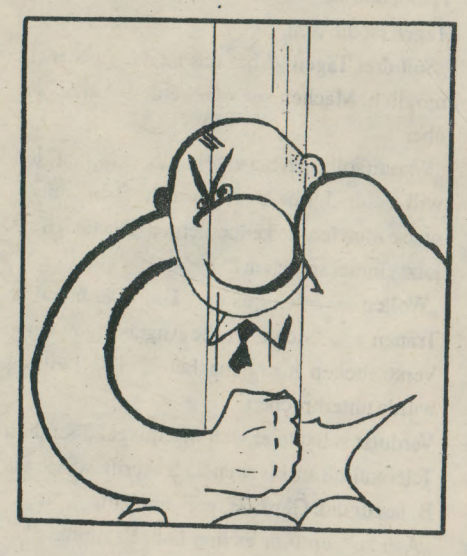
Inwieweit er damit eine Wahrheit aussprach zeigte sich ungefähr eine Woche später. Er erledigte sich selbst. Es war höchste Zeit.

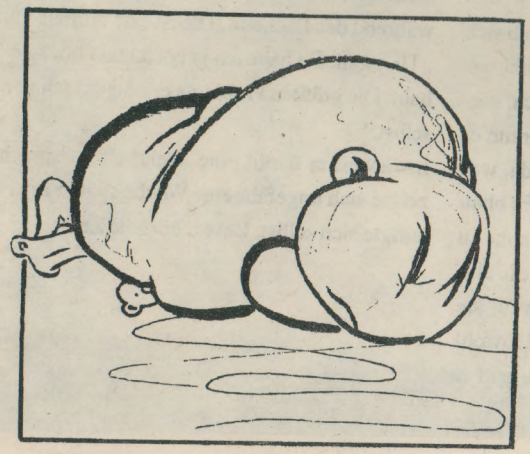
ANIMAL-MAN

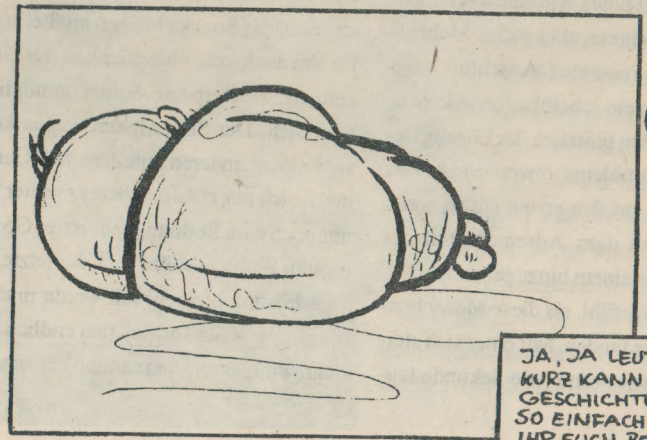
ER RETTET TIERE AUS FUN!



ANIMALMAN - EIN HERZ FÜR DEN INNEREN SCHWEINEHUND!







bücher

GIOCONDA BELLI
"Tochter des Vulkan"

"Tochter des Vulkan" beschreibt einige Jahre im Leben einer Frau, von der Kindheit bis zum Erwachsenwerden, im Nicaragua der siebziger/achtziger Jahre. Dieser Satz mag sich banal anhören, doch die Geschichte des Mädchens Sofia ist viel mehr als nur eine dahinplätschernde Story.

Das siebenjährige Zigeunermädchen Sofia wird von ihren Eltern in einem kleinen Dorf zurückgelassen. Dort nehmen sie der reiche Kaffeepflanzer Don Ramon und Dona Eulalia, eine Frau aus dem Ort auf. Von Beginn an herrscht in Diria eine geteilte Meinung über die Anwesenheit des Mädchens. Für viele ist sie ob ihrer Herkunft das personifizierte Böse.

Als Sofia erwachsen ist und, mehr nach dem Willen von Don Ramon, heiratet, gerät die rebellische junge Frau schnell in Konflikt mit den Auffassungen ihres Mannes. Der hat seine eigenen Vorstellungen von der Ehe, er verweigert seiner Frau jede Möglichkeit ihr Leben selbst zu gestalten.

Eingesperrt in das gemeinsame Haus fügt sich Sofia scheinbar in ihr Schicksal. Doch sie wird ihrem Mann kein Kind gebären und sie weiß genau, irgendwann, wenn die Zeit reif ist, wird sie gehen ohne den Kopf zu wenden.

Jahre später, nachdem ihre Pflegeeltern gestorben sind, gelingt ihr dieses Vorhaben mit Hilfe von Leuten aus dem Dorf, die als Zauberer bzw. Hexen geachtet, aber auch verschrien sind. Sofia versteckt sich für einige Zeit, reicht die Scheidung ein (was für ein Skandal) und kehrt auf das Anwesen ihres verstorbenen Pflegevaters zurück. Durch immer noch vorhandene Vorurteile gegenüber ihrer Herkunft, Aberglauben, Mißgunst und Hass wird ihr das Leben in der neu erworbenen Freiheit ungleich schwerer gemacht. Während all dieser Zeit taucht immer wieder die Frage auf, warum ihre Mutter sie damals verlassen hat, warum sich überhaupt Menschen die sie liebten , irgendwann von ihr abwandten. Sofia scheint damit nicht fertig zu werden. Als sie in dieser Situation schwanger wird, scheint die Situation zu eskalieren.

Dieses Buch ist eine Kampfansage an Männer, die Frauen unterdrücken und die immer noch nicht kapiert haben, daß Frauen mehr sind als willenlose, willfährige Wesen. Es ist aber auch ein Plädoyer für Liebe und Freundschaft zwischen beiden Geschlechtern, eine Geschichte, so temperamentvoll wie die Heldin selbst - die "Tochter des Vulkan".

kein

Im Januar ist die Zeit der Ersatzbefriedigungen. Den der November war nicht grau genug, die Selbstmordrate auf konstantem Niveau zu halten. Und durch meine schallisolierten Fenster höre ich nicht mehr, wenn doch mal jemand aus der Etage über mir springt. Bis zum Jahresbeginn wird auch mein Alkoholvorrat aufgebraucht sein, und der Gedanke, ihn nur mit meiner Hände Arbeit wieder auffüllen zu können, stimmt mich mißmutig. Was bleibt, ist die Hoffnung, daß der verdammte Schnee sich bis dahin verpisst hat. Einziger Lichtstrahl am zukünftig-bleiernen Himmel: es gibt keinen Grund ins Kino zu gehen.

Der Garten

Tschechien 1995

Beim in Leipzig ansässigen Verleih „Arsenal" (Vorsicht Grassikino!) im Vertrieb und von ihm nicht in Leipzig gestartet, liegt ein Film, den in den ersten drei Wochen 6.940 Menschen sahen; bundesweit. Sollen sie doch in der Hölle schmoren. Erfahrungsgemäß heißt das, in dieser verkackten Stadt werden, na hochgegriffen, 5 Leute in den Film gehen und das Gefühl haben, yiäh... das war's. Alle anderen sollen ruhig weiter denken, es handelt sich um einen Werbestreifen für tschechische Apfelmarmelade. Bohrt euch ins Knie und vergesst nicht, nach „Jenseits der Stille" die Hand des Regisseurs aus eurer Hose zu ziehen.

Der Garten hat nichts mit solchem Unfug wie Mikrokosmos zu tun, das ist echtes Kino. Die Menschen auf der Leinwand sind wie die Menschen neben dir in der Straßenbahn und am Anfang genau so am Ende. Da ist einer, der hat eine verknixte Beziehung zu einer Verheirateten, seine Arbeit macht ihn nur noch sinnlos an und überhaupt, es ist Zeit, das Leben grundlegend zu ändern. Ohne Tränendrüsendrückerei, Blumenstraußkitsch und synthetische Models erzählt Regisseur Martin Sulik eine Geschichte, die, in Worte gefaßt, einfach nur saublöd klingt. Sitzt man aber im Kino, dann hat das Ganze etwas mit dem Gefühl zu tun, eine echte Wiese, benetzt von Morgentau, zu riechen. Eine Verführung!

ab 9. Januar 20 Uhr im City Kino

Kinder des Olymp

Frankreich 1943

Vorsicht! Bevor ihr euch für diesen Film zu interessieren beginnt, prüft, ob ihr in der Lage seid, länger als fünf Minuten denen da vorn auf der Leinwand zuzuhören, ohne nervös in die Popkorn-Tüte zu grapschen. Es handelt sich um ein Meisterwerk!

1943 noch unter der deutschen Okkupation Frankreichs gedreht, besticht dieses Kleinod der

Filmgeschichte durch einen Dialogreichtum jenseits von:

„Ich habe Menschen getötet!"

„Es ist mir egal, wieviele du getötet hast!"

Voller Poesie verweben sich Lieben und Schicksale, scheiternde Hoffnungen und Ent-

kino

Täuschungen, um den Zuschauer, der noch in der Lage ist, ein höheres Niveau als das Disneysche Notre Dame-Szenario zu verarbeiten, mit einem gleichnishaften Bild vom Leben als Theater und vom Theater als Lebensbühne zu fesseln.
Er spielt im Jahre 1827. In Paris begegnen sich Garance und der Pantomime Debueau, der Schauspieler Frédéric und der Gauner Lacenaire. Im Wechsel der Beziehungen unter ihnen spiegeln sich Zeit und Vergänglichkeit, gleichsam als Hauptthemen des Filmes.
Nur interessant für Menschen, die sich faszinieren lassen können, von einer Art „poetischem Realismus", von einer bestechenden Harmonie der Romantik, der Melancholie und der Lebensfreude. Das einzige, was bei diesem Film explodiert, ist die Begeisterung über diese diabolisch vollendeten 184 Minuten.
Trotzdem, ein Klassiker. Schon tausend mal gespielt; hat wahrscheinlich jeder gesehen.
ab 23.1. 16.30 im Grassi

Female Perversions

USA 1996

Quasi Debutfilm von Susan Streitfield. In suggestiven, phantastisch stilisierten Bildern - die es ganz für sich genommen verdient haben, angeschaut zu werden - kommt die Geschichte einer dynamischen Rechtsanwältin daher (gespielt von der schon bei Derek Jarman zu bewundernden Tilda Swinton), um sich zum postmodernen Ich-kämpfe-mit-meiner-Vergangenheit-und-bin-Lesbe Familiengeheimnisscheiß zu entwickeln. Streitfield hat sich viel vergeben. Das Befinden einer Frau in einer Gesellschaft, die vom Mann bestimmt und pervertiert wird; das hätte die Geschichte sein können, würde sie nicht mit diesem kunstsinnigen Die-Hölle-ist-nicht-um-uns-sie-ist-in-uns und den beim Zuschauer erzeugten Sabbern nach der dunklen Seite erotischer Phantasien zugematscht.
Eigenes Urteil bilden.
ab 2.1. 22.15 & ab 9.1. 18 Uhr im Grassi

Die Hermannsschlacht

D 1996

Da will einer den Untergang des römischen Reiches auf deutschem Boden verfilmen und dreht die Schlacht im Teutoburger Wald, wo die Vorfahren der Gebrüder Taviani ins ewige Sklavendasein von Walhall geschickt werden. Die Geschichte der Hermannsschlacht und des namensgebenden Cheruskerfürsten hat die Größen hießigen Geisteslebens von jeher fasziniert. Nun reiht sich Christian Deckert ein in die Schlange derer, die - Von Luther bis Kleist - irgendwann einmal von höchster Stelle Bescheid bekommen, wer auf's Siegertreppchen darf. Deckert und der Zuschauer sollten sich bewußt sein, daß sie den ganzen Straub-Herzogschen und intellektuellen Ballast des deutschen Films mit sich schleppen. Trotzdem, nicht verzagen. Wäre nicht Januar, sollte man alles daran setzen, ins Kino zu kommen.

@Title@ Widerstand ist zwecklos

<+B><:#2351,9025><+!><+"> **First Contact** heißt der neue abendfüllende Film aus der Star Trek Reihe. Er ist voll von Sex, Drogen und Rock 'n' Roll und bietet nebenbei auch noch jede Menge Gewalt und Weltraumgeballere. Statt Fasern, die aussehen wie Rasierapparate werden Knarren von imposanten Ausmaß verwendet, wenn Mr. Worf und Jean Luc Picard gegen die Borg in den Krieg ziehen. Der Film gibt Antworten auf die Fragen, was wird aus Councillor Troy, wenn sie zuviele Tequillas trinkt, was lösen sexuelle Angebote im Gesicht eines Androiden aus und ist Dr. Dressler der einzige, der schlechte Laune durch das überlaute Hören klassischer Musik ausdrückt. Mit einem Wort der Film ist ein Muß. Wer sich nicht vorstellen kann, was das alles bedeutet, oder wem der Umstand, daß ein Film Nummer eins der Besuchercharts in den USA ist, bedenklich scheint, dem sollen die folgenden Worte zu denken geben.

@Subhead@<:#284,9025> **Vorgeplauder**

<:#1617,9025>Erinnert sich noch jemand an den letzten Star Trek Film „Treffen der Generationen"? Wenn nicht, ist das nicht allzu verwunderlich, denn der Streifen war Mist. Die Story war so dünn, daß sie wahrscheinlich nicht einmal für eine der regulären Enterprise-Episoden ausreichend gewesen wäre, geschweige denn für einen abendfüllenden Film. Das ultimative Aufeinandertreffen von Spock und Data wurde uns vorenthalten und so blieb als einziges Vergnügen das Wiedersehen von Kirk und seiner Crew, die tatsächlich fett und dekadent bis zum Umfallen geworden sind. Genauso, wie es im letzten Abenteuer der alten Enterprise (vgl. OBST #1) nachzulesen ist.

<:#3696,9025> Gibt es in den unendlichen Weiten da draußen noch Menschen, die mit Star Trek, Enterprise, Spock und Data nichts anzufangen wissen? Sehr unwahrscheinlich, aber manche werden sich fragen, warum soll ich mir das anschauen? Was unterscheidet diese Serie von Glücksrad? Während es bei Glücksrad darum geht Geld zu gewinnen, Buchstaben und Wörter zu erraten und Maren Gilzer in modischer Kleidung durch eine stereotype Kulisse gehen zu sehen, in der sie Bewegungen vollführt, die durch ihre Stereotypität nichts von ihrer Absurdität verlieren, sind die Star Trek Episoden - und hier geht es vor allem um die Abenteuer des neuen Raumschiffs Enterprise (Deep Space 9 ist Schrott, aber Voyager macht sich auch nicht schlecht) - voll von den Werten der westlichen Welt, die sich im 24. Jahrhundert bis ins Mark hinein zivilisiert hat. Der Sieg der Zivilisation, die technische Perfektionierung der Lebensumstände hat aber keineswegs dazu geführt, daß die Probleme des Menschen, die Konflikte der Vernunft verschwunden wären. Im Gegenteil, keine Folge ohne moralische Konflikte, die durch Vernunft und Humanität auch unter dem bestehenden Zeitdruck von ca. 40 Minuten gelöst werden. Das Geheimnis des Erfolgs der Enterprise liegt nicht in atemberaubender Technik, in gruselerregenden Weltraummonstern sondern in der Illusion mit ein bißchen gutem Willen ließen sich auch die größten Probleme im Leben, die quasi der Reihe nach untersucht werden, lösen.

@Subhead@<:#284,9025> **Die Borg**

In den Zeiten des Kalten Krieges, waren die Erzfeinde der Vereingte Staaten von Amerika,
äh natürlich nicht der USA sonder der Interplanetaren Förderation, und ihrer Sternenflotte ein Haufen primitiver Barbaren, die unschwer als Russen, äh natürlich nicht Russen sondern Klingonen, zu identifizieren waren. Inzwischen sind die Klingonen zwar immer noch wild und laut, aber Teil der Förderation, die friedlich durchs Raum-Zeit-Kontinuum dümpeln könnte, wenn nicht eine neue Gefahr am Horizont aufgetaucht wäre: die Borg.

<:#3465,9025> Der erste Kontakt einer Zivilisation mit den Borg verläuft nach einem festen Schema. Der Borg bemerkt die fremde, nicht assimilierte Lebensform und begrüßt sie mit den Worten: "Wir sind Borg. Ihr werdet bald assimiliert. Widerstand ist zwecklos." Damit sind ein paar der wesentlichen Eigenschaften der Borg bereits umrissen. Ein Borg spricht niemals von sich als Individuum, weil Borg nur als Kollektiv existieren. Sie haben einfach keine eigene Identität. Borg haben eine Mission. Als Lebensform, die halb organisch halb technisch ist, trachten die Borg danach andere Lebensformen zu verbessern. Dies geschieht durch Aufnahme ins Netzwerk, wobei einige kleinere technische Veränderungen am Organismus vorgenommen werden müssen. Leider sind einige der Lebensformen nicht bereit die Vorteile einer teilweise technischen Existenz und eines kollektiven Bewußtseins statt primitiver Individualität zu würdigen, weshalb die Borg sich mitunter gezwungen sehen über solche Bedenken mit Gewalt hinwegzugehen. Erleichtert wird ihnen das, durch ihre Fähigkeit sich gegen Angriffe zu immunisieren, so daß nachdem ein oder zwei der Borgkörper vernichtet wurden, die restlichen gegen die Waffe der Gegenpartei geschützt sind. Borg wissen, Widerstand ist zwecklos, weshalb sie keine Hektik entfalten und sich nur auf Kollektive konzentrieren. Einzelne Individuen können sich gefahrlos durch ein Borgschiff bewegen, solange sie die grundlegenden Regeln des Anstandes beachten.

@Subhead@<:#284,9025> **First Contact**

... als Filmtitel könnte die Vermutung nahelegen, es handle sich um die erste Auseinandersetzung der Borg mit den Menschen der Förderation. Aber in Wirklichkeit kennen wir diese islamischen Fundamentalisten schon aus dem Fernsehen. Eingeführt haben sich diese terroristischen Massenmenschen durch eine hinterhältige Entführung des Schiffsoberhauptes, den sie aber nicht etwa als Geisel in einem feuchten Keller vermodern ließen, sondern diese religiöse Sekte hatte finsterere Pläne. Jean Luc Picard sollte einer der ihren werden, den Namen Lucos annehmen und die Menschheit verraten. Der Kampf des aufrechten Vertreters von Menschenwürde und Individualität, war von Erfolg gekrönt, aber etwas hatte diese Erfahrung des Brainwashings in ihm doch hinterlassen. Haß.

Haß, der hätte gestillt werden können, als ein einzelner Borg auf einem Planeten von

Enterprisemitgliedern gefunden wurde. Stattdessen begnügten sich die Gutmenschen der Enterprise damit, dem Borg, der bis dahin mit der Bezeichnung dritter von fünf gut zurecht gekommen war, mit einem Namen zu versehen: Du. In ihrem Selbstbewußtsein den Borg durchaus ebenbürtig, glaubten sie, dies könne zu einer Veränderung der Borg führen, die sie zwar nicht zerstöre, aber weniger gefährlich mache. Ein Irrtum, wie wir heute wissen.

@Subhead@<:#284,902

"Ich bringe Ordnung in das Chaos"

<:#1386,9025> Daß die Borg eine religiöse Organisation sind, ist spätestens klar, wenn die Personifizierung des Borgseins ins Spiel kommt. Weiblich und nicht unattraktiv, sofern Gestalten der H.R. Giger -Ästhetik attraktiv sein können. In der Lage Leben zu geben und sich selbst mit Worten charakterisierend, die verdammt nach "ich bin der Anfang und das Ende", "ich bin das Eine und das Ganze" klingen. "ich bringe Ordnung in das Chaos", fehlt nur noch, "ich bin die Liebe" und es wäre offenkundig, wer gegen diese marmorierte Gestalt antritt, kämpft gegen Jesus Christus.

<:#1848,9025> Wie erwähnt, role model Picard haßt die Borg. Ist er der Antichrist? Dürfen solche Atheismus predigenden Filme in Amerika überhaupt gedreht werden? Nach dem Ende des Kalten Krieges, scheint sich wirklich alles verändert zu haben. Auf der Suche nach neuen Gegnern ist die Neue Weltordnung auf den religiösen Fundamentalismus gekommen und der darf jetzt mit aller Lust bekämpft werden. Inzwischen zählt also nicht mal mehr die eigene Tradition. Der Bummerangeffekt den sowas haben kann, läßt sich mit dem von Zeitreisen sicher vergleichen, aber die sind im Star Trek Universum ja auch nicht allzu problematisch. Der religiös begründete Terrorismus rechtsradikaler Gruppen in den USA dürfte die antireligiösen Elemente jedenfalls verstärken.

<:#1155,9025> Es ist bezeichnend, daß Picard in seinem mehr als nur aufklärerischen Haß gegen die Religion, nichts von seinem Vorbildcharakter verliert. Seine Wut wird als gerechtfertigt dargestellt und Kritik wird nur laut, als blinder Haß den Sieg gefährdet. Der neue Gegner muß bekämpft werden, by all means necessary. Gefangene werden nicht gemacht und Konvertierte (also Assimilierte) werden bevorzugt erschossen (Picard: "Glauben Sie mir, Sie tuen ihnen damit einen Gefallen.").

@Subhead@<:#284,9025>

Schnipsel, Stars und Rock ...n' Roll

<:#1386,9025> Neben der hauptsächlichen Botschaft besteht der Film aber auch aus kleineren Nebenproblemen. Der Android Data, bekommt erst Angst und dann einen Zugang zu menschlichen Gefühlen, die wir alle nicht für möglich gehalten hätten. Wobei wir nebenbei erfahren, daß 0,68 Sekunden für einen Androiden fast eine Ewigkeit seien können. Picard wird mit der Tatsache konfrontiert, daß Zitate aus bekannten Büchern nicht notwendigerweise voraussetzen, daß die Zitierenden die Bücher überhaupt gelesen haben. Das kommt davon, wenn ein Mensch zuviel Literatur in seinen Kopf stopft.

<:#1155,9025> Ernstere Probleme als die beiden hat da schon der Entdecker des Warpantriebs. Wir befinden uns im Jahre 2061, der dritte Weltkrieg ist gerade vorüber (was uns persönlich ja noch etwas Zeit gibt) und die Menschen leben in Partyzelten, in denen sie billigen Fusel saufen. Einer der größten Säufer ist der Held zukünftiger Ingenieurgenerationen und die Konfrontation, durch die Besucher aus der Zukunft mit dieser Tatsache, verbessert seine Laune nicht gerade.

<:#1848,9025> In der Zukunft ein Held mit Statue und allem drum und dran, in der Gegenwart den Traum vom großen Geld, statt einer Vision von Sternenreisen ("Ich fliege nicht mal, ich nehme immer den Zug."), bekommt der Mann ein echtes Identitätsproblem, das sich auch durch Sprüche ("Versuche nicht, eine historische Persönlichkeit zu sein, sei eine Persönlichkeit und laß die Geschichte einfach den Rest machen.") nur geringfügig bessern läßt. Das ganze ist wohl nicht zuletzt eine Botschaft, an die ganzen unausgefüllten Menschen, die glauben, ihr Begeisterung für Star Trek durch das Tragen von Metallansteckern und falschen Ohren ausdrücken zu müssen. Sie werden Euch im Kino bestimmt auffallen.

@Subhead@<:#284,9025>

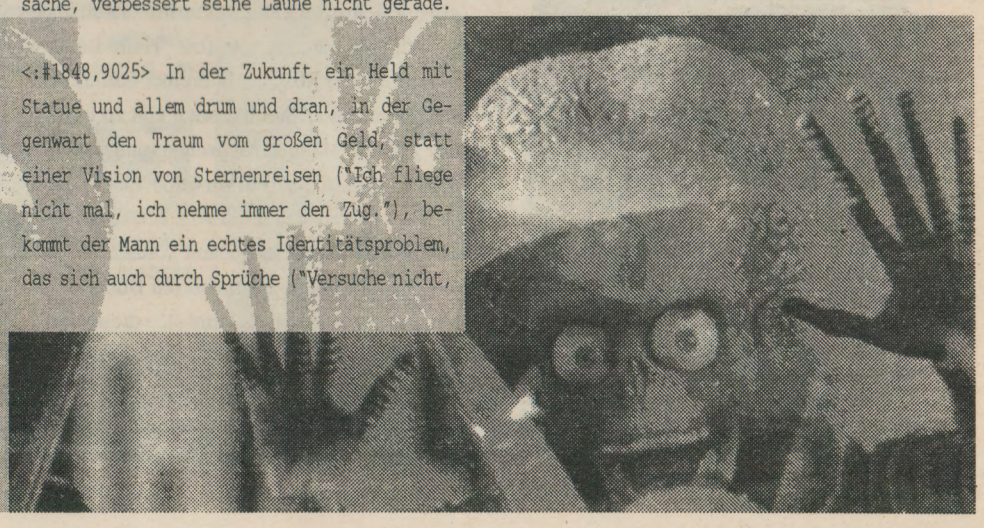
Widerstand ist zwecklos

<:#1386,9025> Das ist nicht nur die Botschaft der Borg, das hören wir jeden Tag, wenn wir wollen und weil das so ist, ist First Contact wirklich Rock 'n' Roll oder vielmehr Punk Rock, wie wir sonst in diesem Heft sagen. Widerstandskultur als Mainstream, mit der Aufforderung zum Widerstand für eine bessere Welt. Das 24. Jahrhundert mit seinen militärischen Hirarchien, seinen Strukturen von Befehl und Gehorsam ist nicht die beste aller möglichen Welten, aber die Macht der Subversion, die in First Contact immer wieder aufblitzt, läßt diesen Film vielleicht zu einigen von uns Borg sagen: Dein Name ist DU.

<+">ail<-">

>

[Embedded]
00015783



Rundschlag

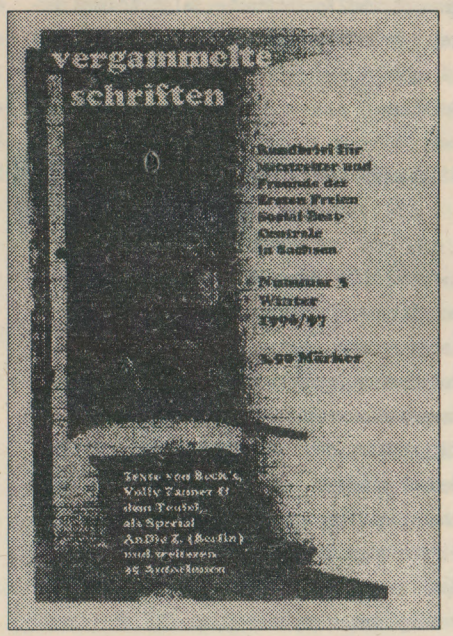
Der neue **Subbotnik in LA**, Nr. 87, beschäftigt sich diesmal mit dem Thema Tourismus. Da habe ich mich besonders interessiert raufgestürzt, weil mit dem ganzen Tourismuszeug nicht immer sehr kritisch umgegangen wird. Solche Diskussionen sind ja auch unangenehm, wenn man selber mindestens zwei mal im Jahr nach Lateinamerika oder Afrika fliegt, alternativ natürlich.

Die inhaltlichen Texte waren zwar keine Reißer, wahrscheinlich auch literaturrecherchemäßig ziemlich einseitig, aber trotzdem ganz gut zur Einführung in das Thema. Klasse war das Flugblatt von irgend so einer Organisation in Goa, welches dort in deutsch an deutsche Touristen verteilt wurde. So in der Art: "..Wir möchten Sie wissen lassen, daß sie in Goa nicht willkommen sind ... bitte kommen Sie nicht als Tourist nach Goa zurück und sagen sie es ihren Landsleuten weiter, daß auch sie in Goa nicht willkommen sind..."

Was mir wirklich gefehlt hat, war ein geschichtlicher Abriß des ganzen Tourismus-Zeugs. Aber im nächsten Heft gibt es dazu vielleicht ja was. Ich bin jedenfalls gespannt.

Sonst gibt es noch eine kleine Einschätzung zu der Wurzendemo, eine kurze Schilderung einer Veranstaltung zur "Freiwirtschaftstheorie" des Herrn Sylvio Gesell, einen Bericht über die ersten antifaschistischen Hochschultage in Halle, über die Situation und Probleme in Wittenberg, die Rote Hilfe in Halle stellt sich vor, und wie immer mit Kurzmeldungen und anderem

Wissenswerten. Also, wer wissen will, was in der "Szene " so los ist, was in der letzten Zeit an Wichtigem passierte, sollte sich den Subbotnik kaufen. Eine Mark bleibt ja immer irgendwie vom letzten China-Urlaub übrig.



Seit Anfang Dezember gibt es die Nummer 3 der **Vergammelten Schriften**. Das Heft kostet 3,50 und wird von der Ersten Freien Social Beat Centrale Sachsen herausgegeben. In deren Arbeiten wird sich mit Literatur beschäftigt, Lesungen in Abständen organisiert und eben dieses Heft herausgegeben. Dieses erscheint vierteljährlich, beinhaltet ein großes Sammelsurium an Gedichten, kurzen Texten etc. über sämtliche alltäglichen Reiberein und sind dafür noch nicht mal schlecht. Die drei Herausgeber plazieren sich im vorderen Teil des Heftes, wobei Beck's scheinbar eine Schaffenskrise hat, der Teufel leider nicht (gruslig, selbstmitleidig, selten literarisch) das war schon mal besser, der Text "Hallo Leute" ist riesengroßer Mist, der Schreiber hoffentlich erst 14, so daß er Zeit hat noch viel zu lernen über Frauen, Männer, Menschen (und das Gedicht an Anja ist doch ein Vorwurf). Der Tanner, der dritte Herausgeber hat sehr witzige Ideen, Humor und Talent. Insgesamt können Stücke von 39 AutorInnen aus mehreren Bundesländern gelesen werden. Es lohnt sich dieses Heft zu kaufen, für alle die die fernab von teuren Buchläden und perfekter Poesie Lust haben auf eine paar Stunden Lesevergnügen in großer Spannbreite an Schreibstilen, Qualität.

Im Dezember '96 ist auch wieder einmal das **Venceremos** aus Dresden zum Preis von 2,50 DM erschienen. Mit sehr breitem lokalen Teil (Dresden) über Jugend in der Neustadt, Freie Alternative Schulen, Jugenförderung, einem kleinen Artikel indem der INFO-Laden Dresden eine Stelungnahme zu einem VS-Anwerbeversuch verfasst hat. Naja, einfache informative Lektüre, schwankend zwischen absoluter Genauigkeit (Artikel Gruftis und Unterwanderung, der wirklich gut recherchier ist) und wertungsfreier Berichterstattung wie sie auch in kostenlosen Stadtmagazinen zu finden ist. Gemeint ist damit der Artikel zu Jugend in der Neustadt, der eigene Standpunkte vernachlässigt, der Text nur an den Erscheinungen hängenbleibt und es nicht schafft tiefergreifende Analysen zu bieten. Zu lesen gibt es außerdem noch etwas über Scientology, Antisemitismus inder PDS, Bündnisdemo in Wurzen und eine gelungene Theaterkritik zu Lessings Stück Emilia Galotti und ein Lesestück aus der Social-Beat-Ecke, das einen nicht enttäuscht.

Habt ihr euch eigentlich schonmal gefragt, wieso diese ganzen Zeitungen, die hier so besprochen werden, mehr oder weniger regelmäßig erscheinen, obwohl damit doch gar niemand großes Geld machen kann (meist nichtmal kleines)? Die Dezemberausgabe des **Cee Ieh** ist ein schönes Beispiel. Da ist natürlich der Werbeeffekt fürs Conne Island, das uns erzählen kann, wie großartig, die Acts des kommenden Monats so sind, aber das erklärt nicht alles. Da ist

nämlich zum anderen auch der Wille mit euch zu kommunizieren, über das was so los ist in der Welt, die wir alle bewohnen, oder zumindest in der Stadt oder Region. Manchmal ist es wichtig sich daran zu erinnern und daran, daß so eine Kommunikation nur halbfertig ist, wenn sie einfach so konsumiert wird. Viel mehr ist möglich wenn sie als Aufforderung zur Diskussion verstanden wird. Ohne diesen Aspekt, Diskussion zu provozieren, in Betracht zu ziehen, sind wieder mal ein paar Sachen dabei, die nur für verständnisloses Kopfschütteln bei LeserInnen und hier besonders den AdressatInnen sorgen wird. So schreibt Ralf seinen Beitrag „Rundgeschliffen und megalight" (wo kommt eigentlich diese Überschrift her und was will sie uns sagen?) über einige Flugblätter, die im Zusammenhang mit der Demonstration in Wurzen verteilt wurden, unter der „Prämisse, daß es nichts schlimmeres gibt, als moralisierenden Antikapitalismus", der für ihn die erste Stufe des Rufes nach dem Führer ist. Müssen wir das wirklich verstehen? Können wir uns nicht vielleicht doch eine ganze Menge schlimmerer Sachen vorstellen, als die Projektion der strukturellen Defizite, die eine kapitalistische Welt produziert, auf unser eigenes Leben? Die Sache mit dem Führer lassen wir als polemische Entgleisung mal lieber ganz unter den Tisch fallen. Ralfs Beitrag ist aber nicht der einzige zur Antifademo in Wurzen und auch nicht repräsentativ. Dokumentierte Redebeiträge und ein Rückblick, der Erfolge und Mängel darstellt, sind mindestens ebenso diskussionseinladend wie „Rundgeschliffen und megalight", obwohl der Verdacht nicht ungerechtfertigt ist, daß ohne einen gehörigen Schuß Polemik keine breiten Diskussionen zustande kommen (schade eigentlich). Der kulturelle Teil wird dominiert von Hardcore und dem, was wir früher unter dem Begriff Disco zusammengefaßt hätten. Die HardcoreberichterstatterInnen nähren die Hoffnung, daß doch noch etwas dieser Subkultur überlebt haben könnte und sich wiederbeleben läßt. Weckt schöne Erinnerungen und hoffen wir das Beste, liebe Leserinnen und Leser. In einem dokumentierten Diskussionsbeitrag zur Lesung aus „Mainstream der Minderheiten" wird ein weiterer Versuch unternommen den Zusammenhang von Pop und Politik offenzulegen, der sprachlich allerdings eher etwas mystisch ist. Die Bilder zu dem Text

Kaffee aus Nicaragua

- Wir kaufen nur bei selbstverwalteten Kooperativen von KleinbäuerInnen oder LandarbeiterInnen ein
- Wir finanzieren die Ernte teilweise vor, um die ProduzentInnen nicht in die Verschuldung bei unseriösen ZwischenhändlerInnen zu treiben
- Wir zahlen einen stabilen und garantierten Mindestpreis, der zeitweise (z.B. im Mai '93) doppelt so hoch war wie der Weltmarktpreis. Sollte der Weltmarktpreis diese Höhe erreichen, zahlen wir immer 10% mehr. Damit können sich die ProduzentInnen ihre Existenz sichern, und es bleiben Mittel zum Aufbau materieller und sozialer Projekte für die Bevölkerung im Projektgebiet.
- Trotz unseres Einkaufspreises bezeichnen wir diesen Kaffee nicht als fair gehandelt. Ein Kaffee mit gerechten Löhnen würde aus diesem alltäglichen Getränk ein unbezahlbares Luxusgut machen. Die ungerechten Welthandelsstrukturen verwandeln aber wertvolle und aufwendig produzierte Güter in Billigangebote für die Industrienationen.

BÜCHER ZU DEN THEMEN
FEMINISMUS, TRIKONT,
ANARCHISMUS,
(ANTI)FASCHISMUS,
(ANTI)PÄDAGOGIK, ROMANE,
KRIMIS UND VIELES MEHR...

Bibliothek

...ODER AUCH
NUR EINFACH REINSETZEN,
STÖBERN, KAFFEE TRINKEN

el rojito
Industriestraße 97, 04229 Leipzig, Tel.: 0341 / 4795093,
Öffnungszeiten: Montag, Mittwoch und Freitag von 17 bis 19:30 Uhr

sind jedenfalls schön anzusehen und diskutiert worden, soll auch sein, also was solls. Weils gerade um Bilder geht, die Titelseite des Cee Ieh scheint jetzt einem relativ festen Konzept zu unterliegen. Mehr Gallerie-Katalog als Punk, aber weiß zu gefallen. Wer die Titelseite lange genug angeschaut hat und das Heft aufschlägt, stolpert wie immer über das Editorial, das ja immer wieder für Neuheiten in Stil und Inhalt zu haben ist. Diesmal sehr gelungen in seiner Auseinandersetzung mit den Vorbereitungen zum TT-Turnier im CI. Zitat: „Sportochsen". Kein Preis.

Ebenfalls ohne Geld kriegt ihr **Klarkopf-Quertext** (dummerweise bespreche ich hier die November-Ausgabe - ist also schon etwas angestaubt), das sich mausernde SchülerInnenmagazin, das wohl an mehreren Leipziger Gymnasien gelesen wird. Schwerpunktmäßig geht´s diesmal um Sexulatät (das Thema sollte eigentlich ein Dauerrenner in Publikationen wie dieser sein), Andreas Seier räumt unter dem Motto "Ficken macht Spaß - Mythos Sex" mit drei weitverbreiteten Mythen (Privatheit, Pubertät und Heterosexualität - Zweisamkeit) auf, es gibt ein Interview mit Anja und Martin von den Jungen Lesben und den j.u.n.g.s. (jung und nicht gemäß Sexualnorm), außerdem meldet sich die AIDS-Hilfe Leipzig zu Wort und testet das Wissen der Jungen Leute zum Thema AIDS. Das alles läßt sich innerhalb von wenigen Minuten durchackern, stellt also auch keine großen Anforderungen an die Ausdauer der KonsumentIn (wie es die Texte in diesem Heft hier regelmäßig tun). Auch die Situation und die Demo in Wurzen sind Thema, es wird kurz die Faschoszene in L.E. angepickt, allerdings nicht sehr umfangreich, dabei hatte ich gehofft, daß die Leute zwischen 16 und 18 an ihren Schulen etwas mehr davon mitkriegen als ich auf dem Sozialamt. Naja, etwas mehr erfahre ich schon, und zwar vom Brockhaus-Gymnasium, wo offensichtlich nicht nur viele Faschos die Schulbank drücken, sondern wo es auch noch der Direktor schafft, die Verteilung der Ausgaben 2 und 3 der Quertexte zu verbieten. Es ist wohl zuviel Antifaschismus drin, vielleicht paßt ihm auch der Artikel zu Wehrdienstverweigerung nicht, schließlich haben wir eine Wehrpflicht oder was? Schön, daß sich die Klarköpfe davon nicht beeindrucken lassen, sondern überlegen, was an dieser Schule gemacht werden kann. Ansonsten? Ostermarsch, Demo gegen Sozialabbau, Gedichte, Platten-Reviews - was eben so reingehört.

"Erst wenn die letzte Phrase gedroschen ist, werdet ihr sehen, daß man Musik nicht essen kann."

Da kommt bei uns ein Paket aus Essen an und drin ist das OX. Eines der wichtigeren Fanzines der Punk/HC-Szene und seit nunmehr 7 Jahren in Bewegung. Naja, besprechen sollen wir´s. Weil wir aber in der Redaxion keinen Berufs-Punk haben und weil ich ´ne alte Platte von ANTI-CIMEX im Schrank habe und mir aus Versehen mal RIGHTEOUS PIGS überspielt habe, muß ich das jetzt besprechen. Die Kriterien für den Rundumschlag erfüllt das Teil irgendwie nicht, kommt von ziemlich weit weg, Dresden und Halle - na gut - aber Ruhrpott? Deshalb ist das jetzt hier so extra gestellt - den OXen wird´s recht sein.

Für wen schreibe ich das hier eigentlich? Punks werden das OX kennen und ihre Meinung darüber haben, was soll ich denen denn erzählen? Und Leuten, die damit nix zu tun haben (wollen), brauch´ ich auch nix zu erzählen. Ich könnte über irgendwelche Internas der Szene herziehen, könnte mich über das "Lost and Found"-Label aufregen, das in irgendeiner Beziehung zu dem Heft steht (zumindest insofern als das ein L&F-Einleger beiliegt), und von dem mir Stelle erzählt hat, daß sie irgendwie Scheiße sind. Aber was weiß ich denn von diesen Dingen? Bin ich Punk? Heiße ich mit zweitem Vornamen Hardcore? Nö. Also werde ich das OX jetzt ein bißchen hypen und ihr könnt mir dann Flames oder Blumen schicken.

Seit 7 Jahren gibt´s das Teil und inzwischen sind die Leute um den Hauptakteur Joachim Hiller bei Nummer 25 angelangt. Das OX - FACES THE FACTS erscheint so aller drei Monate und bedient neben Publikationen, wie dem ZAP (zu dem eine gesunde Feindschaft zu existieren scheint) oder dem TRUST, PLASTIC BOMB oder den zahlreichen kleinen Fanzines (in Leipzig soll es ja mittlerweile

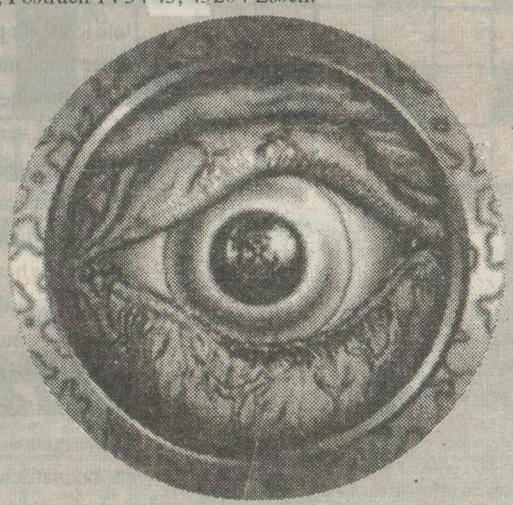
4 Stück geben), den Informationshunger der Szene. Wie üblich werden Seitenweise Platten (oder CDs), Tapes, andere Fanzines, hier aber auch Filme, Comics und Bücher besprochen. Das nimmt einen ziemlichen Teil des Heftes ein. Der Rest ist mit Interviews, Szene-News, Szeneberichten, aber auch Artikeln zum täglichen Leben (freie Radios) und vegetarisch/veganen Kochrezepten gut gefüllt. Dabei machen sich die Macher/innen ´nen Kopf um den Zustand der Szene, Kommerzialisierung (wobei gerade dem OX wegen seiner "hohen" Auflage von 6.000 Stück oft genug Kommerz vorgeworfen wird) und Sektenbildung. Thomas Hähnel, Mitstreiter und ehemaliger Macher des FACE THE FACTS-Fanzine, das im OX aufgegangen ist, sagt von sich: *"Also, als Hardcore würde ich mich nicht mehr bezeichnen. Das ist mir mittlerweile alles zu sehr in Fraktionen aufgeteilt, die sich nur untereinander abfeiern, aber von der ursprünglichen Bedeutung von Hardcore leider keinen Plan haben. Da gibt es die Straight-Edge-Heinis mit ihren ganzen Kasperbands, mit denen ich eigentlich noch nie was anfangen konnte. Dann die Melodic-Core-Sachen, die ich zwar mag, aber mit den ganzen Konsum-Kiddies der Marke "Heute Skater und morgen auf der Love-Parade" werde ich auch nicht so richtig warm. Kann ich mir aber dennoch antun, unter dem Gesichtspunkt, daß man ein solches Konzert als pure Entertainment-Veranstaltung betrachtet ohne subkulturelle Relevanz. Zum Schluß die korrekte "Heute schon mal gelacht?"-Politfraktion, die zwar radikal ist, aber meist nur Scheiße labert. Klar gibt es auch heute noch einige vrdammt gute HC-Bands, aber die Luft aus der Szene ist schon seit einigen Jahren ziemlich raus. Mittlerweile würde ich mich eigentlich mehr als Punk bezeichnen. Zwar jetzt nicht der Super-Assi-Stumpfpunk, aber Punkrock an sich bietet eigentlich viel mehr Platz für die richtige Mischung aus Kreativität und politischem Bewußtsein, ohne dabei so oberlehrerhaft dogmatisch zu sein auf der einen Seite oder so inhaltsleer und kritiklos auf der anderen Seite..."*

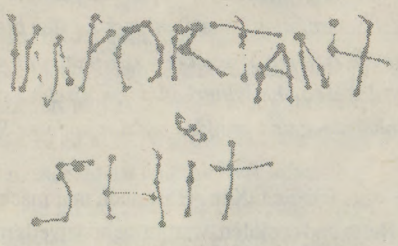
Anläßlich der 25. Ausgabe feiern sich die OXen selbst noch mal mächtig ab, besprechen ihre ersten 10 Hefte und erzählen, warum sie so jeweils mitmachen. Für Joachim ist das Heft mittlerweile zum Job geworden, der nicht viel abwirft, trotz der immerhin 6.90DM, die das Teil ohne Versand kostet, 50qm Büro müssen bezahlt werden, Telefon, Porto usw.. Die anderen machen aus Enthusiasmus, Langeweile oder wegen der kostenlosen Promo-Platten (Joke) mit.

Inhaltlich geht´s um MOTORPSYCHO (der Zusammenhang zwischen Rockmusik und Russ-Meyer-Filmen), Punk in Sibirien, NOVOTNY TV, NO REDEEMING SOCIAL VALUE, YUPPICIDE, SWOONS (wobei ich hier nur meine Highlights bzw. das, was ich schon gelesen hab´aufgeschrieben habe). Besonders der Artikel über Punkrock in der Tundra hat mich neugierig gemacht, und die Hörprobe von GRAZHDANSKAYA OBORONA (Bürgerwehr), die sich auf der beiliegenden CD befindet, ist einfach Klasse. Erinnert mich irgendwie an SLIME ist aber viel dreckiger. Auf der CD finden sich insgesamt 32 Bands deren musikalisches Spektrum so ziemlich alles umfaßt, was unter der Überschrift Punk/HC zu verkaufen ist. Einige Sachen klingen wie "schon mal im Original gehört" (zum einen hat sich damit der OFFSPRING-Melody-Boom jetzt doch bis in meinen CD-Player vorgearbeitet, zum anderen weiß ich jetzt, daß es immer noch Leute gibt, die Jello Biafra mögen), andere wiederrum sind für meine in der modernen Welt doch etwas mainstreamigen Ohren noch interessant und trotzdem gut (z.B. NOVOTNY-TV, deren Test-Stück dazu geführt hat, daß ich mir jetzt das Vinyl besorgen muß). Ziemlich empfehlenswert auch das Interview mit Daniel Clowes über seine Indie-Comics und Comic-Art in den USA allgemein, sowie der Artikel über Manfred O. Jelinski, Jörg Buttgereit und den deutschen Untergrundfilm.

Alles in allem eine runde Sache mit 116 Seiten A4. Wenn´s bei eurem plattendealer nicht zu haben ist, bestellt es für 8,-DM (incl. Porto) bei: OX-Fanzine, Postfach 14 34 45, 45264 Essen.

t.v.





DENEINENVORTEI hat es, direkt in der innenstadt zu wohnen: man bekommt auf keinen fall besuch. was allerdings inflationär ins haus kommt, sind versprechungen, doch mal „auf einen sprung“ (zwischen den vorlesungen etwa) vorbeizukommen. „ich laufe ja jeden tag mindestens dreimal bei dir vorbei“, ist das, was man zu hören bekommt, „aber für eine halbe stunde diese ganzen treppen zu steigen, lohnt sich nicht.“ es gibt aber auch etwas höflicher formulierte absagen, die im wesentlichen darauf abzielen, daß eine halbe stunde einfach viel zu wenig sei, sich gebührend auszutauschen. „ich würde dann ja sowieso nur von mir erzählen“, sagte zum beispiel jemand. andere wiederum, die als selbstverständlich voraussetzten, daß sie ausschließlich von sich selbst reden, sagen meist.“Ich hab bis spät in den abend im lesesaal zu tun, und dann bin ich einfach zu erschöpft.“ und alle ziehen dabei ein gesicht, als würde ich mich ungehörig ärgern, daß sie nicht kommen. als hätte ich nichts besseres zu tun.

einige leute aber kommen natürlich doch vorbei und zwar mit gewisser regelmäßigkeit. einmal kam ein freund mit seiner freundin. mit beiden saß ich einige tage später in einer kleinen dunklen plagwizer kellerkneipe. dort fragte die freundindes freundes völlig unvermittelt, an was ich gerade denke. in dem bewußtsein, daß ich alles, was ich erlebe, und zwar wahrheitsgemäß, in meinen alltagskolumnen in einem alternativ-autonomen magazin veröffentliche, log ich. ich sagte also nicht „sex“ oder „ficken“, weil ich dachte, es mache sich nicht gut in meinen kolumnen über sex schreiben zu müssen. stattdessen antwortete ich mehr philosophisch, man könne bei so einer frage nie die wahrheit sagen. schon bei einer bewußten reflexion über augenblickliche gedanken, verfälsche man unbewußt. doch im nächsten augenblick fragte sie etwas ähnlich unvermitteltes: „warst du eigentlich schlecht in sport, als du noch zur schule gingst?“ ich mußte es leider bestätigen. „und dafür warst du bestimmt gut in deutschaufsätzen, stimmts?“ auch diese frage mußte ich bejahen.

mit dem schulsport ist es ja so ein thema für sich. mittlerweile habe ich zwar viele leidensgenossen getroffen, mit denen ich meine traumatischen erlebnisse in gesprächskreisen zwar verabeiten kann, aber zur zeit nützt mir das recht wenig. denn im rahmen meiner berufsschulausbildung kehren alle diese horrorszenarien mit unverminderter härte wieder zurück (teil III mit starbesetzung ute fuhrmann als mordende schwebebalkenschleuderin). neulich erst mußte ich eine rolle rückwärts vorführen und schlimmer: ein rad schlagen. doch schon bei den gymnastischen aufwärmübungen lachte die ganze klasse. zu allem unglück bin ich nämlich der einzige junge. meine lehrerin (rot unterlaufene augen, die wie schmelzende tischtennis bälle aus dem blassen schlagenden braunen, schleimig-amöbenartigen schädel hervortraten, die langen kral-len drohend in die höhe gestreckt, den dämonischen baskettballkörben entgegen, fäden von blut und restkörpersubstanz nach sich ziehend, einen schritt vortretend mit den elephantenfußähnlichen und dampfenden und zischenden beinen, die ein sonderbar betörendes sekret ausstießen, wobei der ganze hallenboden vibrierte und blitze aus der decke zuckten, unerwarteterweise plötzlich einen kompletten schwebebalken über seinem kopf haltend, den das monster auch nicht zögerte, laut brüllend durch die dunkle, neblige luft zu schleudern, nur knapp an meiner brille vorbei, schlag auf schlag folgten turnmatten und sprungkästen, die hinter mir im morast versanken) stellte erstaunt fest, daß ich nichteinmal hüpfen könne. ob ich zum beispiel nie als kind gehüpft habe, wollte sie wissen. ich antwortete freiheraus (die kleinen elfen hatten mir zuvor einen zaubertrank verabreicht), schon als kind habe ich es gehaßt zu hüpfen. daraufhin verstummte sie (und es tat sich die wolkendecke auf, sonnenstrahlen webten sich durch die turnhalle, „urgh! licht!“ schrie das monster und die braune körpersubstanz verflüssigte sich, um sich auf dem hallenboden zu verteilen und letztendlich zu verdampfen). ihr glück, denn wenn ich morgens um acht uhr hüpfen muß, habe ich natürlicher weise schlechte laune. fernerhin benutzte ich als entschuldigung für mein verspätetes erscheinen zum unterricht meine morgendlichen hüpfübungen, die ute fuhrmann mir auftrug vor dem spiegel zu tätigen.

mir ist es aber selbst ein rätsel, was der wirkliche grund für meine versätungen ist, denn seit ich direkt in der innenstadt wohne, ist mein schulweg ungleich kürzer als zuvor.

izy

Das HORROR Rätsel

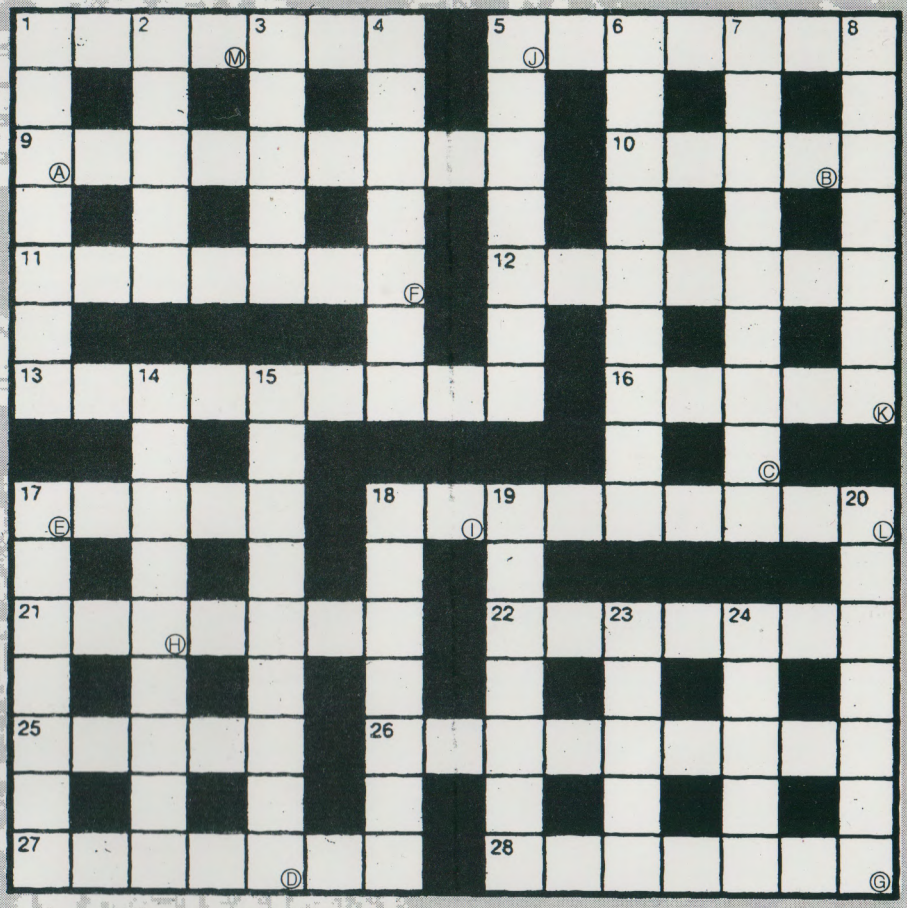
Natürlich ist diese Bezeichnung des Rätsels etwas übertrieben, aber da ich von KlaroFix-LeserInnen gehört habe, die noch nie die ultimativen Rätsel in diesem Heft gelöst haben, mußte diese Übertreibung ran. Vielleicht gewinnen wir damit neue Freunde und Freundinnen der Rätselseite. Die Lösung ergibt diesmal einen Bullenplatz auf dem Friedhof, der, glaube ich, sogar mal verfilmt wurde. Das Lösungswort kannt ihr unten in die vorgefertigte Zeile schreiben. Zu gewinnen gibt's eine von den unten aufgeführten CDs. Schreibt uns einfach die richtige Lösung und die CD, die ihr haben wollt.

waagerecht:

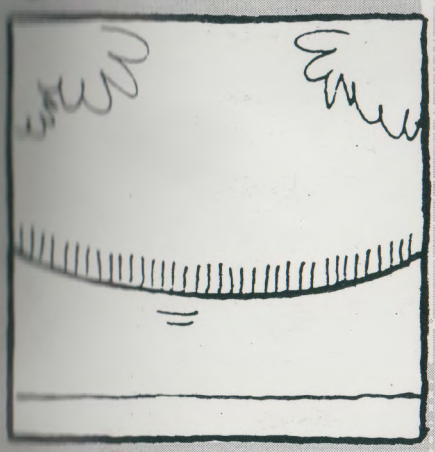
1.Oberleitungsnahverkehrfortbewegungsmittel für Yaks mit J, 5.englischer Kämpfer, 9.Zersetzung durch Licht, z.B. bei Vampiren, 10.ke-Laut, 11.Folterstaat, 12.grell, 13.guter Fluchtwagen, 16.Fußstoß, 17.Bäume, die sehr alt werden können, 18.oft entwendetes Autozubehör, 21.kleinstes Teilchen, welches mit Vorname Eur heißt, 22.Telefonteilnehmer, 25.anti sein, 26.schwierig zu schreibendes Schloß in Potsdam, 27.Stelle, an der 1. waagerecht zum Ein- und Austeigen hält, 28.weniger als zwei Trags

senkrecht:

1.Planet, 2.wegen diesem königlichen Schmuckstück ist schon manches Verbrechen begangen worden, 3.geleimter Blätterstapel, 4.stilvolle Formgebung, 5.sollte man vermeiden, um keine Spuren zu hinterlassen, 6.Geräusche eines kaputten Autos, 7.wenn du z.B. das Leipziger Rathaus klaust, kannst du dich überall auf diesem Bild in den Zeitungen sehen, 8.Renegat, 14.lateinamerikanisches Land, 15.unausgeschlüpfter Nachwuchs einer Einöde, 17.luftförmiger Stoff mit Adelsprädikat, 18.aus Spenden bezahlte Bergbeinkleider ohne H, 19.großes Trinkgefäß für Tiere, 20.begehrter Körperteilbeschmückungsgegenstand für Panzerknacker, 23.wenn man tot ist, kommt man unter diesen, 24.chemisches Element



Was ist das?



eine Hängematte für Fakire - ha, ha

Ⓐ	Ⓑ	Ⓒ	Ⓓ	Z	Ⓔ	Ⓕ	Ⓖ	Ⓗ	Ⓘ	Ⓙ	Ⓚ		Ⓛ	Ⓜ	7

Die Preise: **Little Axe** *„slow fuse"* (finest blues-dub. on-u-sound production), **Raissa** *„sleeping bugs"* (bristol space pop), **Long Fin Killie** *„valentino"* (filigraner als notwist, intelligenter als red hot chilli peppers), **Lyrical Poetry** *„nonplusultra"* (german hip hop), **Oxbow** *„serenade in red"* (california-HC), **Cora E.** *„schlüsselkind"* (single und remixe einer rap-diva), **Soul Coughin** *„irresistible bliss"* (weißer Bar-Rock-Soul), **DJ Vadim** *„u.s.s.r. repertoire"* (der langsamste und tiefste trip hop bei ninja tune records), **Andreas Dorau** *„neu!"* (Schlager der 90er), **Rockers HiFi** *„mishmash"* (dub-soul-jungle-joint), **Stereolab** *„emperor tomato ketchup"* (psycho hippie journey), **Zeni Geva** *„freedom bondage"* (hart, böse, gut - exclusiv tape)

Klarofix gibt´s (so ungefähr) ab jeden ersten im Monat bei

33 1/3, Al Pascha, Alexandrina, B12 (Braustr.), Boccaccio, Buchladen Bruchsteine, Café und Buch (Hamburg), Conne Island, Connewitzer Stadtbuchhandlung, Culton, Doc Arthur, El Rojito (Hamburg), Frau Krause, Generation X, IG Rock (Haus Leipzig), Infoladen im Conne Island, Infobüro, HdD Café, Kaufhaus Goldfisch, Killy Willy, Könich Heinz, Kulturtreff Mühlstraße, Lichtwirtschaft, mb, Mrs. Hippie, Muzak, naTo, Plaque, Sachsenbuch, Sack und Hand, Schall und Rausch, Substanz, Ullis Bücherstube, Weltladen Burgstraße, Weltladen Stockartstraße, Werk II/Halle 5, Zeughaus, Zoro, bei Elke im Handverkauf, wer will im Abo

und beim Fahrer ihres Wagenzuges (Geld bitte passend bereithalten)